Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

April 1976, 4. Jahrgang, Nr. 4 Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB Wien) P.b.b. Preis 4.-

Gegen Volkszählungsgesetz und Volksgruppengesetz!

Für volle Gleichberechtigung der Minderheiten

In den letzten Monaten ist die Frage der Gleichberechtigung der Minderheiten zu einem der wichtigsten innenpolitischen Probleme geworden.

Die Ursache dafür liegt in der reaktionären Minderheitenpolitik der bürgerlichen Parteien. Sie rief den geschlossenen Widerstand der Minderheitenorganisationen gegen die geplante "Volkszählung besonderer Art" und gegen das Volksgruppengesetz bzw. das "Minderheitenförderungsgesetz" hervor. Die Vertreter der Slowenen und Kroaten lehnen jede Prozentdemokratie, die in den neuen Gesetzen vorgesehen ist ab, da sie in jedem Fall Teilen der Minderheit ihre Sprachenrechte im öffentlichen Leben vorenthält.

Die entschiedene ablehnende Haltung der zentralen Slowenenorganisationen war ausschlaggebend dafür, daß sich auch im übrigen Österreich der Protest - im besonderen gegen die Zählung der Minderheiten - ausbreitete. Die Slowenen und Kroaten hoben hervor, daß eine Zählung einen Kampf um jedes Dorf und um jede Stimme mit sich bringen werde, daß die Zählung eine Kampfansage an die Minderheiten bedeute und eine Hetze gegen sie entfachen werde.

Diese Tatsache hoben auch die Katholische Männerbewegung Österreichs, die Katholische Arbeiterjugend und andere katholische Gremien hervor, als sie die Zählung der Minderheiten ablehnten. Auch unter den SP-Mitgliedern rief die geplante Abzählung der Minderheiten Ablehnung hervor. So stellten einige Mitglieder am SP-Parteitag den Antrag auf Ablehnung der Volkszählung besonderer Art, und der Bund Kärntner Studenten (der der SP nahesteht) sprach sich Ende März trotz heftigen Drucks seitens der Kärntner SP scharf gegen die Zählung aus.

Forts.auf S.15

1.MAI

Seit am 1.Mai 189o die wiener Arbeiter zum ersten Mal unter der Losung des Achtstundentages auf die Straße gingen, ist dieser Tag der Kampftag der Arbeiterklasse. Ungeachtet aller Versuche reformistischer Führer, die Arbeiter glauben zu machen, ihre wichtigsten Ziele seien schon erreicht oder könnten doch in der bestehenden Gesellschaft verwirklicht werden, demonstrieren die klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlichen Menschen für den Sieg der sozialistischen Revolution.

INTERNATIONALER KAMPFTAG DER ARBEITERKLASSE

Beiliegend gemeinsames Forderungsprogramm und gemeinsamer Maiaufruf von: KB Graz, KB Linz, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, KB Wien, KG Graz und KG Klagenfurt.

Massenaktionen gegen israelische Besatzer



Zum Schutz gegen den Terror der israelischen Besatzer: Barrikaden aus angezündeten Autoreifen



Machtvoll hat das palästinensische Volk in den seit 1967 besetzten Gebieten in den letzten Wochen seine unversöhnliche Gegnerschaft zum kolonialistischen Unterdrükkerstaat Israel zum Ausdruck gebracht.

In den seit 1967 besetzten Gebieten, aber auch in weiten Teilen des "Kernlandes" stand die Bevölkerung gegen die zionistische Besatzungsmacht auf und stellte sich den Besatzungstruppen entgegen-in den grössten Demonstrationen und Massenaktionen seit Errichtung des Staates Israel. Entzündet hat sich die Massenbewegung an einer Entscheidung eines Jerusalemer Gerichtes, wonach in Zukunft auch Juden in der El-Aksa-Moschee in Jerusalem beten dürfen.

Die El-Aksa-Moschee ist für die Araber eines der wichtigsten religiösen Heiligtümer. Demgemäss wurde dieses Urteil auch von der arabischen Bevölkerung als unerhörte Provokation empfunden und als weiterer Versuch der Zionisierung aller Lebensbereiche und der Zerstörung der arabischen Kultur.

Zur gleichen Zeit bereitete die israelische Regierung eine neue Welle gewaltsamer Landenteignungen vor, um ihre Siedlungspolitik fortsetzen zu können. Im Norden Galiläas sollen etwa 2ooo Hektar arabischen Bodens enteignet werden, für den die Zionisten nur eine lächerliche Entschädigung (1/2o des wahren Wertes) zahlen wollen.

Forts.auf S. 22

Aus dem Inhalt

Schließung der US -Stützpunkte in Thailand

Am 21.März ist der Termin für den Rückzug aller US-Streitkräfte aus Thailand abgelaufen. Die USA versuchten, ihren Rausschmiß zu verzögern und verlangten diplomatischen Status für ihr Militärpersonal. Die thailändische Regierung antwortete mit der Schließung einer US-Geheimdienstorganisation, verschiedener Radar- und Nachrichtenstationen und des US-Stützpunktes Utapao. Ministerpräsident K.Pramoj gab den USA eine Frist von 4 Monaten, um die ca. 4000 US-Soldaten abzuziehen und die technischen Geräte abzubauen. Gegen die Verzögerungstaktik der USA, die sich mit ihrer Niederlage in Indochina nicht abfinden will, wurden in Bangkog große Demonstrationen abgehalten.

Neue Arbeiterarist okratie in Polen

Nach einer Untersuchung der Zeitschrift "Polityka" erfüllen die Betriebsräte in Polen "nur in Ausnahmefällen ihre eigentliche Arbeit, nämlich die Arbeiter zu vertreten". Ein Beispiel: 1975 wurden von der Berufungskommission für Arbeiterfragen in der Stadt Bytom 198 Ansuchen um Aufhebung der Entlassung behandelt. Nur in einem einem einzigen Fall wurde dieses Ansuchen (das von den betroffenen Arbeitern gestellt wurde) vom Betriebsrat unterstützt. In den übrigen 197 Fällen waren die Betriebsräte mit der Entscheidung der Direktoren einverstanden, obwohl diese in einigen Fällen klar gegen das Gesetz verstießen. Abgesehen davon, daß die Betriebsräte zwar Einspruchsrecht haben, die Entlassung aber nicht verhindern können, zeigt sich daran, daß es der neuen Bourgeoisie in Polen in den 20 Jahren seit ihrer Machtübernahme gelungen ist, eine Schicht von Arbeitern heranzuziehen, die ihr bei der Einschüchterung und Spaltung der Arbeiterklasse hilft. Wie groß die Unzufriedenheit der polnischen Arbeiter mit ihren Arbeitsplätzen und die Unsicherheit dieser Arbeitsplätze ist, muß die polnische Wirtschaftszeitung "Zycie Gospodarcze" zugeben: Allein in der Industriestadt Lodz haben 1975 23% der Arbeitnehmer den Betrieb gewechselt.

Vorbereitungskonferenz für die Gründung einer gesamtösterreichischen kommunistischen Organisation

Am 6./7.3.1976 trafen in Linz Delegationen des KB Wien, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol KB Linz, KB Graz, der KG Graz und der KG Klagenfurt zusammen, um aufbauend auf den Ergebnissen der Wiener Konferenz von Anfang Dezember75, auf der die Kursnahme auf die Auflösung der KBs und KGs in eine einheitliche demokratisch-zentralistische Organisation beschlossen worden war, weitere Vorbereitungen für die Gründungskonferenz zu treffen. Die Gründungskonferenz wird für Juli ins Auge gefaßt.

Die wichtigsten Voraussetzungen dafür sind die Ausarbeitung von Programm, Statut und politischer Hauptresolution. Programm und Statut existieren bereits im Entwurf und sind zum Zweck der öffentlichen Beratung aller an der marxistisch-leninistischen Bewegung Interessierten im theoretischen Organ des KB Wien "Kommunist" abgedruckt. Wir laden alle Genossen und Freunde ein, dazu ihre Meinung zu äußern. Die politische Kampfresolution, die die internationale politische Lage und die politische Lage in Österreich darstellen, Festlegungen in den Kampffragen der politischen Linie (Kampf um Demokratie, Gewerkschaftsfrage, Aktionseinheitspolitik) und Festlegungen über die Hauptrichtungen des Aufbaus der neuen Organisation enthalten soll, wird bis Mai im Entwurf ausgearbeitet sein. Alle drei Dokumente werden der Gründungskonferenz zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Mit der Beratung und Beschlußfassung über eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Vorbereitung der Gründung der neuen Organisation wurde die Konferenz erfolgreich abgeschlossen.



Preis: 20.-S
Zu beziehen über den KB Wien

In Ägypten hat sich die SU die Finger verbrannt

Am 15.März beschloß die ägyptische Volksversammlung die Kündigung des ägyptisch-sowjetischen "Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit". Dies ist ein weiterer Schritt Ägyptens, sich aus der Abhängigkeit vom russischen Sozialimperialismus zu lösen und hat diesen auch schwer getroffen.

Die Sowjetunion hatte den Vertrag nur ausgenutzt, um das Land besser ausbeuten zu können, es politisch unter Kontrolle zu bekommen, es von sich abhängig zu machen und im Ringen mit der USA um den Nahen Osten als Faustpfand einzusetzen.

Die Bestimmungen über "militärische Zusammenarbeit" nutzten sie, um massenhaft Militärpersonal nach Ägypten einzuschleusen und sich militärische und politische Privilegien zu sichern.

Den ägyptischen Offizieren und selbst den ranghöchsten Militärs war der Zutritt zu den unter sowjetischer Kontrolle gestellten ägyptischen Einrichtungen und Basen verboten. 1972 wies Ägypten 20000 russische Militärberater aus.

Im Oktoberkrieg wurden die Waffen- und Ersatzlieferungen von der Sowjetunion eingestellt im Versuch, Ägypten einen Waffenstillstand aufzuzwingen und den Zustand von "Weder Krieg noch Frieden" wiederherzustellen. Vom Oktober 1973 bis zum Jänner 75 weigerten sich die Sozialimperialisten, Ägypten Waffen und Ersatzteile für die in der Sowjetunion hergestellten Flugzeuge MIG-21 zu liefern. Sie verboten sogar Indien, an das sich Ägypten gewandt hatte, Ersatzteile zu liefern. Offen fielen sie damit der arabischen Nation im Kampf gegen die zionistischen Aggressoren in den Rücken. Jahrelang haben die Sozialimperialisten durch ungleiche Geschäfte viel Profit aus Ägypten herausgepreßt. "Die von der Sowjetunion auf Kredit im Rahmen des üblichen Handels geschickten Waren (sind) nicht nur von einer sehr schlechten Qualität, sondern auch viel teurer als auf dem Weltmarkt. Zum Beispiel hat die Sowjetunion eine Tonne Gußeisen an Ägypten 214 Prozent teuer verkauft als an die BRD, eine Tonne Steinkohle zu 218 Prozent teurer." (Radio Tirana, Ausgewählte Sendungen, Nr.15/1975)

Trotz langer Verhandlungen lehnte die Sowjetunion eine vernünftige Regelung der Schuldenrückzahlung ab. Präsident Sadat nannte diese Politik beim Namen: "Das ist Wirtschaftsblockade und militärische Erpressung."

Die Kündigung des Freundschaftsvertrages zeigt: je größer der Machthunger der neuen Zaren, je größer ihr Bemühen, in alle Gebiete ihre Fangarme auszustrecken, desto mehr Menschen erkennen ihr imperialistisches Wesen und desto mehr Menschen bekämpfen sie. Anfang April hat Sadat drei ägyptische Häfen für sowjetische Schiffe gesperrt.

Die andere Supermacht, die USA, sucht diese Politik und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ägyptens zu nutzen, um sich selbst die ägyptische Regierung dienstbar zu machen, sie für die "Politik der kleinen Schritte" zu gewinnen und durch die Spaltung des arabischen Lagers ihr Ziehkind Israel zu schützen. Das ägyptische Volk aber hat auch mit diesen Herren schon Bekanntschaft gemacht und seine Solidarität mit dem palästinensischen Volk wächst ständig. Damit wird Sadat konfrontiert werden, wenn er zwar den Wolf bei der Vordertür hinausjagt, den Tiger aber bei der Hintertür hineinläßt.

KLASSENKAMPF
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN

Erscheint 12mal jährlich. Einzelpreis S 4.-, Jahresabonnement inkl. Porto (12 Nummern) S 60.- im Inland, S 70,- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an KB - Wien, 1070 Halbgasse 12, oder telefonisch: (0222) 93 83 37.

Redaktionsschluß: 4.4. Erscheinungstermin: 7.4.
Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070

Impressum: Herausgeber, Eigentümer, Verleger: Kommunistischer Bund Wien, Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz. Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12.
Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

Gehaltsverhandlungen
Der Staat will im öffentlichen Dienst Lohnraub durchsetzen

Resolutionen an die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten

In einer ganzen Reihe von Wiener Schulen, aber auch in den Bundesländern, führte die Empörung über die miesen und unzureichenden Forderungen der Gewerkschaftsführung zu Resolutionen und zu offenen Briefen an die Gewerkschaft. Der unten abgedruckten Brief wurde vom gesamten Lehrkörper dieser Schule unterzeichnet, an die anderen Schulen im Bezirk gebracht und persönlich der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten übergeben.

Knaben und Mädchen-Hauptschule - 11. Bezirk

Die unterzeichneten Gewerkschaftsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen an der KMH 11 (1110 Wien, Rzehakgasse) unterstützen folgende Resolution zu den laufenden Gehaltsverhandlungen:

Seit Oktober 1974 wurden unsere Gehälter, bis auf die 2,5% Vorleistung, der Teuerung nicht mehr angeglichen! Diese nimmt inzwischen unerhörte Ausmaße an, wenn man die jüngsten Steuer- und Tariferhöhungen in Betracht zieht.

Seit dem letzten Gehaltsabkommen sind wir nunmehr 3 Monate ohne Abkommen und sollen es noch weitere 3 Monate sein. Die Steigerungen müssen wir aber inzwischen tragen!
Seit Jahren wird uns die Verwaltungsdienstzulage versprochen, wir haben sie aber noch immer nicht bekommen!
Es darf jetzt kein Nachgeben der Gewerkschaft geben! Das neue Angebot der Regierung ist untragbar!
Wir fordern hiermit ausdrücklich:

- Abrechnung der seit 1.10.74 ausständigen Teuerungsabgeltung, wie sie im Gehaltsübereinkommen vom 2.9.1971 festgelegt ist.
- Eine ausreichende Abgeltung der Teuerung seit dem letzten Gehaltsabkommen, in einem einheitlichen Betrag für alle Beamten.
- Laufzeit des Abkommens von einem Jahr und nicht länger. Kein gleichzeitiges Stillhalteabkommen!
- Einhaltung des Termins vom 1.7.76.
- Unbedingte Auszahlung der Verwaltungsdienstzulage, und zwar zusätzlich zur Teuerungsabgeltung, da die Verwaltungsarbeit damit abgegolten werden muß.

Wir fordern die Gewerkschaft auf, in der nächsten Verhandlung am 8.4.76 konsequent unsere Interessen zu vertreten und dem Angebot der Regierung nicht nachzugeben.

Außerdem soll in aller Öffentlichkeit der Beamtenhetze ("Beamte fordern 4 Mrd.") entgegengetreten werden und klargestellt werden, daß es sich bei unseren Forderungen genauso um berechtigte Forderungen handelt, wie bei allen anderen Arbeitnehmern auch.

Wien, am 2.April 1976

AHS - 5.Bezirk

An einer Wiener Allgemeinbildenden Höheren Schule im 5.Bezirk haben noch vor Beginn der Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst am 3.3.1976 mehr als 40 Lehrer und fast alle Schulwarte eine an die Gewerkschaft gerichtete Resolution unterzeichnet, in der gefordert wird:

- *Sofortige Abrechnung der seit 1.Oktober 1974 ausständigen Teuerungsabgeltung*
- *Keine mehrjährige Laufzeit des neuen Gehaltsabkommens*
- *ein ausreichender einheitlicher Schillingbetrag für alle gleich, die Verwaltungsdienstzulage für alle Lehrer.*
- *Einhaltung des Termins vom 1.Juli 1976*
- *offene Verhandlungsführung*
- *entschiedenes Auftreten gegen die Behinderung der Beamten durch das Dienstrecht, ihre Interessen öffentlich zu verfechten*

Ein Kollege meinte, je entschiedener die Forderungen, umso günstiger die Ausgangsposition. Hatte doch Androsch erklärt: "Auch eine realistische Forderung ist zu hoch.", und Benya eine - völlig unzureichende - Forderung von 8,6% als realistisch bezeichnet. Dienstältere Kollegen mit höheren Bezügen betonten, ihre Unterschriften seien vor allem ein Ausdruck der Solidarität mit den Kleinverdienern im Bundesdienst.

In den sich bereits seit längerer Zeit geruhsam dahinziehenden Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst hat sich jetzt eine schnellere Gangart eingestellt. Obwohl am 30.März die Verhandlungen "ohne Ergebnis abgebrochen" wurden, und ihre Fortführung für den 8.April festgelegt wurde, zeichnet sich doch eine Beendigung ab.

Wurde von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bisher eine Gehaltserhöhung vom 9 bis 12 Prozent ab 1.Juli 1976 verlangt und mit einer Laufdauer von 12 Monaten verbunden, so stand dem die Regierung bis jetzt absolut ablehnend gegenüber. Überraschend war daher das bei den letzten Verhandlungen "letzte Angebot" der Regierung gekommen. Dieses letzte Angebot bietet ab 1.Juli 1976 eine Gehaltserhöhung zwischen 6,5% und 10,5% und ab 1.Jänner 1977 zusätzliche 1,5%. Das ganze allerdings bei einer Laufzeit von 18 Monaten.

Bereits die Gewerkschaftsforderung war in keiner Weise ausreichend, um nur irgendwie der Verschlechterung des Lebensniveaus der öffentlich Bediensteten entgegenzutreten. Zusätzlich kam dazu noch der spalterische Charakter, der in jeder Prozentforderung immer wieder eine einheitliche Kampffront verhindert. Zwar hatte man eine Abstufung der Prozente je nach dem Einkommen gefordert, doch war dies inkonsequent und zuwenig gewesen. Gezwungenermaßen mußte die Gewerkschaftsführung auf die besonders starke Verschlechterung der Lebenslage der unteren Einkommen, die etwa 70% aller öffentlich Bediensteten ausmachen, Rücksicht nehmen, und dies auch in ihrer Forderung einbeziehen. Aber die Tatsache bleibt eben aufrecht, daß auch bei diesem Prozentunterschied die höchsten Einkommen erheblich mehr erhalten würden als die Bezieher der unteren Einkommensstufen.

Und ausreichend ist auch diese Forderung nicht. Dagegen kann nur eine einheitliche, ausreichende Forderung für alle die Grundlage für einen gemeinsamen Kampf sein.

Schneller Abschluß zur Absicherung des Lohnraubs

Die Verschärfung der Ausbeutung ist der Ausweg, den die Kapitalisten aus der Krise suchen. Das zeigen deutlich die letzten Lohnabschlüsse: alle neuen Kollektivverträge brachten empfindliche Reallohnverluste für die Werktätigen und verbesserten die Bedingungen für die Arbeitshetze durch die Kapitalisten. Die kapitalistische Wirtschaftskrise begleitet eine schwere Finanzkrise des bürgerlichen Staates: die staatlichen Einnahmen bleiben hinter den Ausgaben zurück. Durch immer neue Ansprüche der Kapitalisten an den Staat bläht sich gleichzeitig der para-

Fortsetzung auf Seite 4

Das bringt der Regierungsvorschlag

	Anfangsgehalt	Erhöhung	Endgehalt	Erhöhung
Ungelernte Arbeiter, Reinigungskräfte	4.010.-	421.-	5.620.-	545.-
Facharbeiter	4.716.-	480.-	7.515.-	683.-
D-Beamter Briefträger..	4.445.-	462.-	9.953.-	796.-
C-Beamter Fachdienst	4.900.-	494.-	12.671.-	988.-
B-Beamter Maturant	5.971.-	579.-	Oberamtsrat.. 22.392.-	1.634
A-Beamter Akademiker	8.036.-	719.-	Sektionschef.. 37.533.-	2.439.-
Berufsschullehrer Volsschullehrer Hauptschullehrer	7.406.-	673.-	14.628.-	1.126.-
AHS-Lehrer	8.765.-	745.-	21.737.-	1.586.-

Fortsetzung von Seite 3

Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst...

Etwa 70% der öffentlich Bediensteten sind keine "Schreibtischhengste", sondern arbeiten schwer in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Dienstes. Dies versucht die Regierungspropaganda zu vertuschen-um so die Bevölkerung gegen sie aufzubringen. Dazu benutzt sie die nur zu berechtigte Ablehnung jeder staatlichen, bürokratischen Bevormundung und Schikane.



sitäre Staatsapparat weiter auf. Das wachsende Staatshaushaltsdefizit finanziert das Finanzkapital durch profitbringende Kredite an den Staat und vergrößert dadurch seine Kontrolle über ihn. Das dringend benötigte Geld kann sich der Staat in eigener Regie nur durch immer unverschämtere Ausplünderung der Volksmassen beschaffen. Sparen kann die Regierung nur auf Kosten der Volksmassen: im Gesundheitswesen, Sozial- und Volksbildungswesen und durch Lohnraub an der Masse der kleinen Beamten und Vertragsbediensteten. Und je länger sich die Verhandlungen hinausziehen, desto mehr steigt für die Bourgeoisie und die Bundesregierung, die getreulich deren Politik durchführt, die Gefahr eines Widerstandes. Daher lieber nichts riskieren und versuchen, schnellstens die Sache unter Dach und Fach zu bringen.

Das alte Gehaltsabkommen

Das letzte Gehaltsabkommen von 1972-1975 hatte 4mal Reallohnerhöhung um 3% versprochen und eine an den Verbraucherpreis gebundene Teuerungszulage. Die Erhöhungen waren brutto, die Berechnungsgrundlage der Teuerungszulage lag jedesmal um mehr als ein Jahr zurück. Die 3% Reallohnerhöhung wurden jeweils auf den Gehalt von 1971 aufgerechnet. Nicht einmal brutto wurde so die laufende Teuerung real abgegolten, geschweige denn durch den Nettogehalt. Die Abrechnung des Abkommens, die Anfang Jänner 76 fällig gewesen wäre, wurde angeblich in das Feilschen um die Prozente des neuen Gehaltsabkommens einbezogen. In Wirklichkeit konnte der Staat seine Beamten mit einer Vorleistung von 2,5% des Gehalts ab Juli 1975 abspeisen, die Abrechnung, die etwa dem Betrag eines Monatsgehalts entspricht, blieb er schuldig.

Die Gewerkschaftspolitik und das Regierungsangebot

Im Namen von ungefähr einer halben Million organisierter Kollegen des öffentlichen Dienstes erklärten sich die Gewerkschaftsführer bereit, schon lange vor der ersten Verhandlungsrunde am 3.März 76, ihren Teil zur Überwindung der "Durststrecke" der Kapitalisten bis zum nächsten wirtschaftlichen Aufschwung beizutragen. Die Gewerkschaftsführer nannten das eine "verantwortungsbewußte Lohnpolitik, die weder die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft schmälert, noch die Massenkaufkraft und damit die Nachfrage nach Konsumgütern schwächt". Die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft wird aber nur durch Verringerung der Lohnkosten verbessert und durch "flankierende" staatliche Geldhilfe. Wer also die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft "ehrlich" unterstützt, der muß die Interessen der Werktätigen verraten. Der muß auch für möglichst niedrige Gehälter im öffentlichen Dienst eintreten. Die Gewerkschaftsführer verteidigen hier nicht den Reallohn, sondern die Tradition der Gehaltsabkommen von 1968 und 1971. Da der Wahlkampf zu den Nationalratswahlen 1975 keine "sachliche Atmosphäre" erlaubte, verschoben Gewerkschaftsführung und Regierung einhellig die im Sommer 1975 dringend anstehenden Verhandlungen. Die ÖVP- und SPÖ-Fraktionen in den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Bahn, Post, Gemeinde, öffentlich Bedienstete) konnten sich nach einem ÖVP-Einzelvorstoß erst Anfang Februar 1976 auf ein gemeinsames Vorgehen einigen, das übrigens die Regierung als Bedingung gestellt hatte. Die Gewerkschaftsforderungen lauteten: "Kein Reallohnverlust, niedrige Bezüge solle stärker angehoben werden als höhere, Bezugserhöhung am 1.Juli 1976 die folgende am 1.Juli 1977; Spartenprobleme sollen gelöst werden." Spartenprobleme waren die Forderung nach Verwaltungsdienstzulage (VDZ) für die Lehrer; die Einrechnung der VDZ für vor 1972 pensionierte Verwaltungsbeamte; zweijährige statt dreijährige Vorrükkung für die Eisenbahner. Am 3.März forderten in der ersten Vollsitzung der Verhandlungspartner die Gewerkschaftsführer als Erhöhung 12% für Gehälter unter 10.000.-, darüber abgestuft bis 9% für Spitzenverdiener. Die Kosten der Gewerkschaftsforderung betrugen 2,5 Mrd.S für die Gehälter und 2 Mrd.S für die Spartenwünsche.

Also 4,5 Mrd.S für 76. Die Regierung bot 1,24 Mrd. insgesamt, als Gehaltserhöhung davon 6 bis 10% ab 1.Oktober 76, im Durchschnitt 7%. Die Gewerkschaftsführer nannten das Regierungsangebot unannehmbar, Androsch bezeichnete die Gewerkschaftsforderung als astronomisch. Unter Lauseckers Vorsitz tagte am 15. und am 26. März ein Unterausschuß, um zumindest über Teilprobleme einig zu werden. Die zweite Voll-

Gemeindespitäler

Sparen auf Kosten des Personals

Wenn die Regierung heute bei den Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst so "sparsam" wie möglich sein will, so geht es ihr nicht nur darum, unmittelbar ein paar Milliarden mehr einzusparen. Es geht ihr auch darum, günstigere Bedingungen für die Durchführung von Rationalisierungen zu schaffen.

BEISPIEL SPITÄLER DER GEMEINDE WIEN

Heute arbeitet ein Großteil des Personals 47 Stunden in der Woche und mehr. Angeblich deshalb - so die Gemeinde Wien - weil sich niemand findet, der den Pflegeberuf ergreifen will, weil das eben eine Berufung sei. Tatsächlich waren es aber bisher in erster Linie die schlechten Gehalts- und Arbeitsbedingungen. Der Grundgehalt einer diplomierten Schwester ist 5.431.-brutto (1973:3.978.) Heute, wo es immer mehr Arbeitslose gibt und die Angst vor der Arbeitslosigkeit immer größer wird, gibt es immer mehr Leute, die den Pflegeberuf erlernen wollen - aber sie werden abgewiesen - zu wenig Platz in den Schulen. In einigen Spitälern gibt es auch bereits eine Aufnahmesperre. Mehr Personal würde zwar gebraucht, aber es ist eben zu teuer! Je mehr Staat und Gemeinde sich für die Kapitalisten verschulden, desto weniger werden sie daran denken, Maßnahmen gegen den Personalmangel zu setzen. Eine Hilfe ist ihr dabei eine geringe Gehaltserhöhung.

Es ist schon heute so, daß sich Kollegen um den Radl - dienst reissen (ist mit Überstunden verbunden), weil sie sonst der wachsenden Teuerung nicht mehr Herr werden. Je weiter die Gehälter in Zukunft hinter der Teuerung zurückbleiben, desto mehr Kollegen werden "gerne" Überstunden machen und darauf "vergessen", daß es eine gesetzliche 40-Stunden-Woche gibt!

Die Gemeinde hat damit zwei Fliegen auf einen Schlag getroffen: Sie zahl wenig Gehaltserhöhung und spart sich die notwendige Gehaltsaufstockung.

L.M.
(Spitals-Kollektiv)

sitzung unter Kreiskys Vorsitz tagte am 30.März. "Am Ende von sechs harten Verhandlungsrunden - unterbrochen freilich von einem feinen Mittagessen aus der Küche eines Wiener Spitzenhotels samt launiger Kanzlerrede - war der Krieg abgeblasen." (Kurier). Die Regierung hatte ein "letztes Angebot" gemacht: Gegenüber der Gewerkschaftsforderung von insgesamt 13 Milliarden Schilling, 10 Mrd.S für 18 Monate, aufgeschlüsselt: 6,5% bis 10,5% ab 1.Juli 1976 und eine zweite Etappe am 1.Jänner 1977 mit einer durchschnittlichen Erhöhung um 1,5%. Kostenpunkt für 1976 2,8 Mrd.S, für 1977 samt Spartenforderungen der Altpensionisten (Anrechnung der Vordienstzeiten in 3 Etappen 1977, 78, 79) und der Eisenbahner (zweijährige Vorrückung ab 1977) 6,8 Mrd. Die Lehrer sollen um die Verwaltungsdienstzulage weiterverhandeln.

Die Reaktion auf das Regierungsangebot war sehr verschieden. Die Eisenbahnergewerkschaft und die Gemeindebediensteten waren nicht unzufrieden, wobei die Gewerkschaftsführung der Eisenbahner dem Regierungsangebot kurz nach der Verlautbarung zugestimmt hatte. Die ebenfalls von sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern dominierte Postlergewerkschaft hat sich noch nicht entschieden, will aber eher dem Angebot zustimmen. Allein die ÖVP-Gewerkschaftsführer des öffentlichen Dienstes fandes zuerst einmal das "Angebot nicht annehmbar". Sie versuchen da mit dieser Taktiv ihr eigenes Süppchen zu kochen, und durch eine "radikale" Politik der SPÖ Posten und Einfluß abzujagen. Doch ist die ÖVP und mit ihr ihre Gewerkschaftsfraktion als "Lohnkämpfer" nicht sehr glaubwürdig. Doch drückte sich darin auch der Unmut und die Empörung unter den Kollegen aus. Im Gegensatz zu den SPÖ-Gewerkschaftsführern sind sie nicht gezwungen, die Regierungspolitik immer und in jedem Fall zu unterstützen, obwohl sie bei Gott keine Antikapitalisten sind. So kann man sich auch ihre schwankende Haltung, wortgewaltige Ansprüche auf der einen Seite und mickrige Taten auf der anderen Seite, erklären.

Dies alles wirkt sich auf die Bedingungen, die wir heute vorfinden, natürlich schlecht aus. Große Teile der "Staatsdiener" sind ideologisch an die Interessen des Staates gebunden und kommen da in einen scheinbar unlösbaren Widerspruch mit ihren eigenen Interessen. Und dazu bewirkt die im letzten Jahr gestiegene Arbeitslosigkeit und die unsichere Zukunft einen verstärkten Ansturm auf die "sicheren" Staatsposten. Das ermöglicht dem Staat hier über immer häufigere, jederzeit kündbare Dienstverträge und über eine verschärfte Rationalisierung auch auf diesem Sektor, Druck auszuüben.

Schritte des Widerstands organisieren

All dies macht wahrscheinlich, daß kaum mit Kampfaktionen zu rechnen ist, die noch in dieser Gehaltsrunde einen Abschluß bringen könnten, der den Interessen der großen Teile der Beschäftigten im öffentlichen Dienst entspricht: Einen Abschluß für alle gleich, der die Verschlechterung der Lebensbedingungen abfängt. Doch hat sich gerade in der letzten Zeit die Protestbewegung in den Dienststellen verstärkt. In Resolutionen wurde die Gewerkschaftsführung aufgefordert, das Lebensniveau der Beschäftigten zu verteidigen, gegen den Verzicht auf die Abrechnung aus dem alten Abkommen und gegen einen Abschluß mit einer Laufzeit von 18 Monaten aufzutreten. Jeder Protestschritt auf einer Dienststelle ist ein Beitrag zum Aufbau einer breiten Kampffront gegen den bürgerlichen Staat und alle seine Versuche die Krise des Kapitalismus auf dem Rücken der Lohnabhängigen auszutragen.

Dazu ist es auch richtig, die Forderung nach einer offenen Verhandlungsführung aufzustellen, die es uns überhaupt erst ermöglicht, rechtzeitig zu erkennen, welche Politik da die Regierung mit uns vorhat, und uns so erst geeignete Kampfschritte finden lassen kann. Ebenso wichtig ist es, sich gegen die vielfältigen gesetzlichen Bindungen der Staatsangestellten zu stellen, gegen die Dienstpragmatik der Beamten, gegen das Vertragsbedienstetengesetz der Vertragsangestellten.

Die Spaltung zwischen der Masse der kleinen Beamten und dem Volk muß aufgehoben werden. Denn nur der bürgerliche Staat profitiert davon und versucht dies auch noch andauernd durch seine gezielte Hetze gegen die "Schreibtischhengste" die "uns alles wegfressen", zu schüren. Und die Beamten werden ihre berechtigten Forderungen nur durchsetzen können, wenn sie die Unterstützung der werktätigen Massen erhalten. Daher muß die Überzeugungsarbeit von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Werktätigen gegen den bürgerlichen Staat verbunden werden mit der Organisierung des Auftretens gegen diesen Staat. Nützen wir jede Gelegenheit, jede Teilforderung, auf der richtigen Linie des Zusammenschlusses der Massen gegen den bürgerlichen Staat bringt uns weiter!

P.P./-R-

Waagner - Biro Konzern

Innerbetriebliche Lohnerhöhung durchgesetzt

Waagner-Biro ist der erste Betrieb, in dem die Belegschaft nach Abschluss des heurigen Kollektivvertrages für die Metall- und Bergarbeiter eine innerbetriebliche Lohnerhöhung durchsetzte.

Der Unmut über den miserablen Abschluss im Jänner war so gross, dass die Betriebsräte gezwungen waren, in beiden Werken des Konzerns, in Graz und in Stadlau, mit der Firmenleitung in Verhandlungen zu treten. In Verhandlungen über einen teilweisen Ausgleich des Reallohnverlustes, den die Kollegen mit dem Abschluss der ganzen Branche erlitten hatten. Sie forderten 3,5 %. Sie erreichten schon die Zustimmung der Firmenleitung, doch der Hauptaktionär des Waagner-Biro-Konzerns, die Länderbank, legte sich quer und wollte nur 2,5 % geben.

Mit diesem Abschluss wollten die Betriebsräte nicht vor ihre Kollegen treten und beriefen am 17. März im Grazer Werk während der Arbeitszeit eine Betriebsversammlung ein. Es kamen alle 8oo Arbeiter dieses Werkes und sie beschlossen, auf Initiative des Betriebsrates, auf den 3,5 % zu bestehen und sie, wenn notwendig, mit weiteren Kampfmassnahmen durchzusetzen.

Auch in Wien war nach Bekanntwerden des Angebotes der Konzern-Eigentümer der Unmut sehr gross. In einer Situation, wo laufend Rationalisierungsmassnahmen durchgeführt werden und die Arbeitshetze steigt (z.B. in einer Abteilung allein sind durch Entlassungen und durch Nichtersetzen des natürlichen Abganges ungefähr 7o Arbeiter seit Anfang Jänner weniger, das sind ca. 25 % - doch der Ausstoss ist derselbe geblieben!), andererseits die Firma volle Auftragsbücher hat, sahen die Kollegen nicht ein, warum sie immer mehr arbeiten bei weniger Lohn sollten.

Und so musste auch in der letzten März-Woche die Länderbank nachgeben. Die 3,5 % wurden erreicht. Doch nicht ohne Pferdefuss. Die 3,5 % werden abteilungsweise auf die Lohnsumme gegeben und die Meister sollten die Erhöhung nach eigenem Gutdünken aufteilen. Das bedeutet, wie es die Praxis der vergangenen Jahre gezeigt hat, dass nur ungefähr 8o % der Belegschaft die Erhöhung bekommen. Ausserdem ist die Auszahlung so geregelt, dass ein Teil der Kollegen sie mit der Mai-Auszahlung bekommt, ein anderer Teil mit der Juni-Abrechnung, ein anderer Teil im Juli. Und ein Teil bekommt überhaupt nichts!

Jeder einzelne braucht aber die Lohnerhöhung. Und vor allem wird durch diese Art der Auszahlung Spaltung und Misstrauen unter den Kollegen bezweckt. Die Liebkinder vom Meister werden bevorzugt, wer irgendwann aufmuckte, bekommt nichts. So wird versucht, die erkämpfte Lohnerhöhung zum Niederhalten der Belegschaft zu benutzen. Doch wenn die Betriebsräte die Kollegen genau über die Verhandlungen und den Abschluss informieren, was sie nicht immer getan haben, und die Kollegen weiterhin geschlossen Druck ausüben, wird es möglich sein, dass alle Kollegen zum selben Auszahlungstermin die Lohnerhöhung bekommen.

J.K.(WB-Koll.)

Post: Protestresolution

Kurz vor der Gehaltsverhandlungsrunde Anfang April wurde im Fernmeldetechnischen Zentralamt (FZA) eine Resolution an den Gewerkschaftsvorstand der Post- und Telegrafenbediensteten verfaßt.
Diese Resolution wendet sich entschieden gegen den Reallohnverlust von durchschnittlich 15%, der bei einer Zustimmung zum Angebot der Bundesregierung entstünde. Von Oktober 1974 bis Ende 1977, also für 3 Jahre und 3 Monate werden die Gehaltserhöhungen zusammengerechnet nur 13,5 bis 17,5 % ausmachen, während die Teuerung in diesem Zeitraum etwa 30 % ausmachen wird.
Besonders empörend ist dieses Angebot deshalb, weil die Regierung unter das letzte Gehaltsabkommen ohne Abrechnung einen Schlußstrich ziehen will, womit die Beamten um rund 9% BETROGEN werden sollen.
Die Resolution fordert von der Gewerkschaftsführung auf dieser Abrechnung auf jeden Fall zu bestehen, wenn es sein muß, mit gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen. Für den Fall, daß die Gewerkschaftsführung diesem Vertragsbruch zustimmt, wird mit aller Schärfe ihr Rücktritt verlangt. Diese Resolution fand bei den rund 160 Bediensteten des Fernmeldetechnischen Zentralamtes breiteste Zustimmung.

SGP-Graz
Proteststreik in der Mechanischen Abteilung

Der Unmut vieler Kollegen im Werk über die zunehmende Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen nahm in den letzten Monaten beträchtlich zu.

Übermäßiger Lärm in einzelnen Abteilungen, Schikanen von seiten der Firmenleitung zur Antreiberei (wie z.B.Bespitzelung, wer sich schon 5 Minuten vor Schicht-Ende wäscht) hatten die Kollegen mit Recht aufgebracht. Das ist kein Wunder, denn bei SGP in Graz macht ein beträchtlicher Teil der Kollegen, manchmal bis über 20 Überstunden pro Woche. Samstags und Sonntagsarbeit ist aufgrund der guten Auftragslage keine Seltenheit und die Betriebsleitung hat den Druck auf die Kollegen ziemlich verstärkt.
Aufgrund des Platzmangels, der Ergebnis der Produktionsausweitung war, aufgrund des gestiegenen Arbeitstempos beim Akkord hat in der mechanischen Abteilung die Unfallgefahr ziemlich zugenommen, weshalb die dort beschäftigten 60 Kollegen Maßnahmen zu überlegen begannen.

Am Montag, den 8.März war das Maß voll! Trotz der damals herrschenden Kälte wurde in dieser Abteilung kaum geheizt. Die Firmenleitung wollte offenbar nun auch beim Heizmaterial sparen.
"Unter solchen Bedingungen arbeiten wir nicht!" war die einmütige Antwort der Kollegen der Mechanischen Abteilung. Die Firmenleitung mußte nachgeben und nach 2einhalb Stunden, als es halbwegs warm war, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

K.W.M.
(KG-Graz)

Waagner-Biro:
Erhöhung der Kantinenpreise

Nichts ist den Kapitalisten zu gering, wenn sie nur irgend wie etwas auf Kosten der Arbeiter einsparen können. So hat die Firmenleitung von Waagner-Biro die Erhöhung der Kantinenpreise bekanntgegeben. Der Preis wird von jetzt 8.- pro Essen gleich auf 12.-, also um 50% angehoben. Diese Verteuerung ist umso unverschämter, wenn man bedenkt, daß ein Essen vor eineinhalb Jahren in der Kantine noch 4.- gekostet hat.

Erfolgreicher Streik bei Lapp-Finze

Schon seit längerem mehrte sich der Unmut der Lapp-Finze-Arbeiter gegen die von der Firmenleitung verordnete Ausschußregelung. Weil er zuviel Ausschuß produzierte, sollte nun am 9.3.76 ein Kollege in eine andere Abteilung versetzt werden - in eine ungewohnte Umgebung bei weniger Lohn. Die Arbeiter erkannten sofort, daß diese Maßnahme gegen einen von ihnen ein Versuch der Firmenleitung ist, sie gegeneinander auszuspielen, dabei den Lohn zu drücken und die Arbeitshetze zu erhöhen:

Sie solidarisierten sich mit dem Kollegen, der versetzt werden sollte, traten geschlossen in den Streik und forderten: Rücknahme der Versetzung! Verbesserung der Ausschußregelung!
Der Betriebsrat wurde zur Firmenleitung geschickt. Da alle Arbeiter geschlossen für diese Forderung eintraten und die Arbeit nicht vor Erfüllung dieser Forderung aufnehmen wollten, mußte die Firmenleitung nachgeben: Die Versetzung wurde zurückgenommen und die Ausschußregelung verbessert.

KG-Graz

KV-Abschluß
Ein Schritt weiter

Nach vier Verhandlungsrunden innerhalb von drei Monaten kam es am 25. März zum Abschluss einer kollektivvertraglichen Vereinbarung.

Der Abschluß:

- 2o %, mindestens aber S 75o,- auf die KV-Mindestgehälter ab 1.3.1976 (Laufzeit des alten KV 23 Monate).
- Empfehlung an die Ingenieurkammermitglieder für die Aufrechterhaltung der Überzahlung, wobei Istgehaltserhöhungen seit dem 1.1.1975 eingerechnet werden können.
- Ausbildungsbetreuer für Anlernlinge und wöchentlich vier Stunden zur Ausführung von Übungsarbeiten während der Arbeitszeit für Anlernling und Ausbildner.
- Erhöhung der Erschwerniszulagen, der Baustellenzulage und des Trennungsgeldes.

Das Ergebnis war im Hinblick auf die ursprünglich aufgestellten Forderungen kein Erfolg. Jedoch hatte sich im Zuge der Verhandlungen innerhalb der Werktätigen in diesem Bereich eine verhältnismässig breite und tiefe Bewegung entwickelt. Ausgangspunkt war das Forderungspro-

Urabstimmung bei Wertheim
95 % gegen den Leiter der Lohnverrechnung

Am 3o. März hat es unter den Wertheim-Arbeitern eine Urabstimmung gegeben. Zu entscheiden galt es, ob man zum Leiter der Lohnverrechnung, Mareiner, noch Vertauen habe, oder nicht. Nur 18 Stimmen, das sind da. 5 % aller Stimmen, wurden für Mareiner abgegeben.

Schon Wochen vorher hatten die Wertheim-Arbeiter durch einen einmütigen Warnstreik klar zu verstehen gegeben: Mareiner muss weg! Damals hatte er versucht, den Zeitpunkt der Auszahlung der Familienbeihilfe zugunsten der Firma nach hinten zu verschieben. Noch am selben Tag kam es im Betrieb zu Versammlungen. Die Kapitalistenvertreter mussten die Massnahme schliesslich zurückziehen. Trotzdem organisierten die Kollegen den Ausstand, um zu zeigen, dass es mit diesem Rückzieher nicht getan war, dass man von Mareiner endgültig genug hatte (s. Klassenkampf 2/76).

Die Sache mit der Familienbeihilfe hatte das Fass bloss zum Überlaufen gebracht. Mareiner versuchte an allen Ecken und Enden, die Arbeiter durch irgendwelche Tricks und "Auslegungen" zu bescheissen. Bei Nachrechnungen ergab sich, dass Mareiner in manchen Fällen über Jahre hinweg nicht den vollen gesetzlich und kollektivvertraglich abgesicherten Lohn ausbezahlen liess. Für die Firma sollte durch Mareiners Art der Lohnverrechnung noch ein wenig mehr herausschauen.

Der Betriebsrat hat erst kürzlich in einer langen Liste Mareiners bisher entdeckte Vergehen zusammengestellt: Zu niedrige Berechnung des Krankenentgelts, willkürliche Auslegung" der kollektivvertaglichen Bestimmungen über die Höhe des Urlauszuschusses, falsche Aliquotierung des bestehenden 15. Monatsbezuges, zu niedrige Berechnung der Entgeltfortzahlung, keine Berücksichtigung der Überstunden bei der Berechnung der Feiertagsbezahlung, bei den Montagearbeitern keine Berücksichtigung der Wegzeit in der Feiertagsbezahlung (obwohl beides im Gesetz vorgesehen), bei der neuen Programmerstellung für die EDV-Anlage wurde die Wegzeit bei der Feiertags- und Entgeltfortzahlung einfach "vergessen".
Die Firmenleitung hat den Schaden in einigen der Punkte bisher nachzahlen müssen. In anderen steht eine Zahlung aber noch immer aus.

Nach dem erwähnten Streik kam es zu Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und den Direktoren. Die Direktoren redeten sich erstens auf eigenständige "Fehler" Mareiners aus und zweitens lehnten sie es ab, der Forderung der Kollegen nach der Entfernung Mareiners nachzukommen. Als ob Mareiner nicht schon längst gefeuert worden wäre, wenn er sich ständig zum Vorteil der Arbeiter "verrechnet" hätte. So aber hatte er nur das getan, was man von seiner hochbezahlten Stellung erwartet: Auf den Vorteil der Kapitalisten zu schauen. Deshalb und weil sie auf der ganzen Linie die Herren bleiben wollen, die über alles zu bestimmen haben, hielten die Direktoren an Mareiner als Leiter der Lohnverrechnung fest.

Die Wertheim-Arbeiter blieben aber entschlossen. Auf Vertrauensleutenversammlungen wurden die "Kompromissvorschläge" der Unternehmensleitung, die alle darauf hinausliefen, Mareiner in seiner Stellung zu lassen, abgelehnt. Schliesslich wurde gegen die Behauptung der Direktoren, die Forderung sei nicht repräsentativ, die Urabstimmung angesetzt. Ihr Resultat ist eindeutig. Jetzt geht es darum, die Forderung durchzusetzen. Die Kollegen haben nicht mit überwältigender Einheit dafür gestimmt, zu Mareiner und seiner Lohnverrechnung kein Vertrauen mehr zu haben, nur um es halt wieder einmal gesagt zu haben. Sondern deshalb, weil die notwendigen Folgen davon für alle längst schon klar waren: Mareiner ist untragbar, er muss gehen! In den nächsten Tagen findet eine Vertrauensleuteversammlung statt, die sich mit der entstandenen Lage und den notwendigen Schritten zur Durchführung des Beschlusses beschäftigen wird.

W.R.
(Wertheim-Kollektiv)

bei den Angestellten der Zivilingenieurbüros
in der gewerkschaftlichen Organisierung

gramm, das von der Arbeitsgruppe "Werktätige in Planung und Technik" aufgestellt wurde, und es gelang, diese Forderungen, die nur von den Interessen der Kollegen ausgingen, schnell zu verankern. In Mitgliederversammlungen, einer Protestversammlung, Betriebsversammlung und einer Unterschriftenaktion griffen die Kollegen direkt in die Verhandlungen ein, und es gelang den Unternehmern nicht, hier die Kollegen von ihren berechtigten Forderungen abzubringen, sie abzuspalten.

Das von einer gewählten Kommission erarbeitete und in mehreren Gewerkschaftsmitgliederversammlungen bestätigte **Forderungsprogramm** lautete:

- [illegible]euerungsabgeltung für 18 [illegible]onate: S 1.5oo,-- einheitlich für alle auf die Istgehälter.
- Anhebung der KV-Mindestgehälter (in Richtung Baugewerbe).
- Zeitausgleich für Überstunden entsprechend der materiellen Abgeltung (1:1,5 und 1:2).
- Nur mehr 1oo% Überstunden.
- Maximal ein freier Mitarbeiter auf je fünf Angestellte.
- Zusammenfassung der Beschäftigungsgruppen A und J zu einer gemeinsamen Gruppe O mit dem Lebensminimum (S 391o,-) als Gehaltsbasis.
- Verteilung der normalen Arbeitszeit einvernehmlich mit den Dienstnehmern, wenn kein B[illegible]triebsrat vorhanden ist.
- [illegible]agen sollen einander nicht mehr ausschliessen.
- Baustellenzulage schon ab 2 Stunden.
- 24. und 31. Dezember dienstfrei.

Wie der Abschluss zeigt, war es in dieser Etappe der Bewegung noch nicht möglich, die notwendigen und gerechten Forderungen durchzusetzen. Trotzdem stellten diese ein wichtiges Instrument für die Entfaltung einer Bewegung in den Betrieben und in der Gewerkschaft dar. Das zeigte sich an der wachsenden Beteiligung der Kollegen während der Verhandlungsrunden, welche schliesslich nach dem zweiten Verhandlungsabbruch zu einer von der Gewerkschaft einberufenen Protestversammlung führte. 13o Kollegen kamen während der Arbeitszeit (eine noch nie zuvor erreichte Mobilisierung). Sie bestätigten das Programm, die Vorgangsweise des Verhandlungskomitees und unterzeichneten eine Resolution, mit der sie sich hinter die Forderungen stellten.

Abwiegelung durch Gewerkschaftsführung

Bei dieser Protestversammlung trat auch der leitende Sektionssekretär Czasny zum ersten Mal in Erscheinung. Durch entmutigende Feststellungen und das Aufzeigen, dass es aussichtslos sei, einen Streik in den Betrieben durchzuführen, gelang es ihm, Unklarheit eines grossen Teiles der Kollegen über die weiteren Schritte auszunutzen, um das Abgehen von den ursprünglichen Forderungen einzuleiten. Damit erreichte er, dass die Mehrzahl der Kollegen seiner Ansicht, "ohne Istgehaltsregelung kein Abschluss, aber dem Verhandlungsteam optimalen Spielraum bezüglich der Höhe lassen" stillschweigend zustimmte. Die anwesenden Kollegen waren zwar von der Notwendigkeit der Forderungen überzeugt, aber noch nicht genug entschlossen, um aus eigenem weitere kämpferische Schritte zu setzen. Dazu wäre es notwendig gewesen, die durch mehrere hetzerische Ingenieurkammerartikel ("Giftmischerei", "Gewerkschaft dreht durch", s. Klassenkampf 11/75) und den zweimaligen Verhandlungsabbruch gewachsene Empörung gegen die Ingenieurkammer in eine einheitliche, gezielte Richtung zu lenken.

Der vom leitenden Sektionssekretär vorbereitete Verhandlungsspielraum wurde von seinem Stellvertreter Freitag bei der nächsten Verhandlung ausgenutzt. Ein Angebot der Ingenieurkammer von 17 % nahm er sofort zum Anlass, von der einheitlichen S 1.5oo,-- Forderung auf die üblichen Prozentfeilschereien einzuschwenken. Er begründete dies damit, dass man in diesem Stadium der Verhandlungen nicht mehr auf die ursprünglichen Forderung zurückgehen können.

Dazu stellte die Arbeitsgruppe "Werktätige in Planung und Technik" fest, dass es falsch sei und der Einheit der Bewegung schade, von den ursprünglichen Forderungen abzugehen, um mit der Unternehmerseite um halbe Prozente oder Promille zu feilschen und auf Prozentbasis Gegenangebote zu machen. Falsch wäre es aber in der jetzigen Lage auch, den Abschluss noch länger hinauszuzögern, dass auf Grund des vorhandenen Kräfteverhältnisses unmittelbar keine weiteren Kampfaktionen möglich wären.

Man müsse daher abschliessen, aber gleichzeitig klarmachen, dass das ursprüngliche Forderungsprogramm nach wir vor gerecht und richtig sei.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe konnten ihre Linie und ihre Forderungen bei Mitgliederversammlungen in der Gewerkschaft und Betriebsversammlungen in einzelnen Betrieben soweit bei den Kollegen und im gewerkschaftlichen Verhandlungskomitee verankern, dass selbst einige Gewerksschaftsfunktionäre, die vorher mehrmals versucht hatten, die Arbeitsgruppe zu isolieren, gezwungen wurden, ihre Vorschläge und Vorgangsweise zu akzeptieren.

Gewerkschaftssekretäre : » Forderungsprogramm weiterhin notwendig

Bei der letzten Verhandlung stellten beide Gewerkschaftssekretäre fest, dass sie dieses Forderungsprogramm weiterhin für notwendig halten. Es zeigte sich, dass es möglich ist, durch konsequenten Druck von der Basis Teile der Gewerkschaftsfunktionäre für richtige Forderungen zu gewinnen. Selbst wenn sie dies nur in Worten ausdrücken, so ist es als ein Erfolg zu werten, dass sie darauf festgelegt werden konnten.

Die von Anfang an opportunistische und spalterische Haltung zweier Betriebsräte konnte sich nach harten Auseinandersetzungen weder bei der Erstellung des Forderungsprogrammes noch bei den Verhandlungen durchsetzen. Sie standen mit ihrer Politik zugunsten des "oberen Gehaltsdrittels" am Ende der Verhandlungen isoliert und geschwächt da. Sie waren es auch, die zusammen mit den Gewerkschaftssekretären anfangs die Meinung vertraten, man müsse "realistische" und keine utopischen Forderungen aufstellen. Die relativ schnelle Entwicklung in dieser Sektion aus einem Zustand der Ruhe in einen der wachsenden Beteiligung und gewerkschaftlichen Organisierung - so verdoppelte sich innerhalb eines Jahres die Zahl der GPA-Mitglieder - fand in der Protestversammlung, für viele die erste gewerkschaftliche Kampfmassnahme, ihren vorläufigen Höhepunkt.

B.M., H.R.

Abschluß Papierarbeiter : Lohnraub

Auch die jetzt abgeschlossenen kollektivvertraglichen Vereinbarungen bei den Papierarbeitern fixierten für die nächste Zeit bessere Ausbeutungsbedingungen für die Papierkapitalisten und Lohnraub für die Arbeiter. Ab 1.April werden die Löhne bei Papier um 8,4% und bei Pappe um 8% angehoben, die Abfertigungsbestimmungen etwas verbessert. Ab 5 Dienstjahren wird ein halber Monatslohn, ab 10 Jahren 2 Monatslöhne, ab 20 Jahren 6 und ab 25 Jahren Firmenzugehörigkeit werden jetzt 8 Monatslöhne als Abfertigung bezahlt.

Unmut über Chemiearbeiter-Abschluß

Großer Unmut herrschte bei den Chemiearbeitern über den letzten Kollektivvertragsabschluß, der vor einem Monat über die Bühne ging. In Betriebsversammlungen, die knapp nach dem 8,4%-Abschluß der für 13 Monate gelten soll, im Werk Wimpassing und Traiskirchen der Semperit stattfanden, wurde der zu niedrige Abschluß durch die Gewerkschaftsführung verurteilt. Desgleichen in einem Beschluß des Betriebsrates der Glanzstoff-Werke in St.Pölten.

Reisebüroangestellte : KV-Abschluß lächerlich niedrig

Die Niedrigkeit des Abschlusses kommt vielen Reisebüroangestellten, die sich bis jetzt von der auch nicht gerade imponierenden Zahl von 10-11% Brutto auf den KV-Gehalt, gekoppelt mit der gleichen Überzahlung auf den Ist-Gehalt, bluffen ließen, erst so recht zu Bewußtsein. Denn ein Abschluß, wo die Gehälter im wesentlichen auf Überzahlung aufgebaut sind, ist eine Augenauswischerei.
Ein Angestellter der Beschäftigungsgruppe K3/1, z.B. hat laut KV ein Grundgehalt von 3.465.-, zu dem noch die etwa durchschnittliche Überzahlung von etwa 1.500.- kommt, wird nach der Erhöhung jetzt um sage und schreibe netto 267,40.- Schilling im Monat mehr erhalten. Oder ein Angestellter der Gruppe K4/4, dessen durchschnittlicher Ist-Gehalt bei etwa 7.200.- liegt, erhält jetzt um 298.- netto mehr.

Rückgang in der Glasindustrie

Im vergangenen Jahr verlor jeder vierte der ursprünglich 9.300 Glasarbeiter seinen Arbeitsplatz (25%). Dagegen sank die Realproduktion der Glasindustrie nur um 16,5%. Bei Hohlglas betrug der Rückgang 20-30%, bei Flachglas 10% und in dem Bauglassektor betrug er etwa 30%.

Seit 1973 um 20.000 Textilarbeiter weniger

Wie die Gewerkschaft Textil,Leder und Bekleidung kürzlich bekanntgab, ist die Zahl der Arbeitsplätze in dieser Branche seit 1973 um über 20.000 zurückgegangen. Das heißt nichts anderes, als daß in der letzten Zeit jeder fünfte Textilarbeiter seinen Arbeitsplatz verloren hat. Doch ist dies erst ein erster Schritt gewesen. Mit den unmittelbar bevorstehenden Rationalisierungsmaßnahmen die über die Textilfusionierungen durchgesetzt werden, sind weitere Tausend von Kündigungen bedroht. Pottendorf, Möllersdorf, Kunert-Wolford, Geiger-Wolfort usw. sind nur ein Teil der jetzt angelaufenen Angriffe auf die Existenz der Textilarbeiter.

Der Kampf gegen die hohen Kantinenpreise ist gerecht und not

Seit Jahren versuchen die Wiener Berufsschüler, einen Kampf gegen die hohen und dauernd steigenden Kantinenpreise zu führen. Vor Weihnachten 1975 hatte sich der Unmut in einigen Berufsschulen so gesteigert, daß sie beschlossen, die Kantine eine Woche lang zu boykottieren und die Besitzer so zu zwingen, mit den Preisen herunterzugehen.

Die Berufsschülervertreter nahmen die Forderung: "Versorgung der Berufschüler durch Kantinen zum Selbstkostenpreis" in ihre Programm auf.

Die Kantinen an den größten Berufsschulen - Hütteldorfer Schule und Mollardschule - werden durch die Wiener Öffentlichen Küchen (WÖK) geführt. An einigen anderen Berufsschulen sind es kleine Privatunternehmen, die die Berufsschüler mit Speis und Trank versorgen.

Natürlich lassen sich diese Unternehmen nur dort nieder, wo es sich für sie auch lohnt. Deshalb gibt es zum Beispiel in der kleinen Berufsschule Sonnenuhrgasse keine Kantine.

Die Versorgung der Lehrlinge mit Nahrung anihren Berufsschultagen geschieht nicht einheitlich durch den Staat, obwohl dieser für die Erhaltung der Berufsschule zuständig ist, sondern die Berufsschüler sind auf die Gnade von privaten Geschäftsleuten angewiesen.
Diese treiben natürlich die Preise hinauf, wie sie es auch anderswo tun. So ist die WÖK z.B. auch in diversen Mensen und Altersheimen anzutreffen. Wenn den Berufsschülern aber der Magen knurrt, müssen sie die Preise bei den Kantinen zahlen oder sich im Gasthaus ein Mittagessen kaufen, wo es auch nicht billiger ist.

Gerade die Lehrlinge, die ohnehin nicht wissen, wie sie mit ihrer "Entschädigung" auskommen sollen, trifft dieser Zustand besonders hart. Ihre Vertreter haben deshalb beschlossen, Verhandlungen mit der WÖK aufzunehmen und ihnen die Forderung, daß sie ihre Preise auf die Selbstkosten senken sollen, vorzulegen. Das war Anfang Jänner 1976. Die Kollegen, die verhandeln sollten, hatten dafür eine Woche Zeit. War bis dann nichts herausgekommen, wollten die Berufsschüler mindestens eine Woche die Kantinen boykottieren, um ihre Interessen durchzusetzen.

Zwei Unterhändler, die von den Schülervertretern geschickt wurden (darunter auch der Landesschulsprecher), zögerten die Verhandlungen aber nach eigenem Ermessen wochenlang hinaus.

Dadurch wurde der Plan der Schülervertreteung durcheinandergeschmissen, und viele von ihnen wollten an ihrer Schule sofort den Boykott durchführen, was natürlich - da schlecht geplant - nicht klappte. So wurde durch diese Verzögerungstaktik der zwei eigenwilligen Unterhändler das einheitliche Vorgehen an allen Berufsschulen (wo Kantinen sind) aufgespalten.

Das war möglich, weil es diesen zweien gelungen ist, die Schülervertreter während der Verhandlung, die schon Wochen dauerte, vom Boykott abzubringen, den diese forderten. Dazu benützten sie das Argument, "der Boykott würde das Verhandlungsklima stören". Das ist natürlich Geschwätz. Gerade durch den Boykott, der nach der ersten Verhandlungswoche geplant war, wären sie gegenüber den Verhandlungspartnern der WÖK gestärkt worden und außerdem wäre es nicht möglich gewesen, die Kollegen nach "eigenem Ermessen" zu hintergehen.
So war aber die Bewegung gespalten und gelähmt, und viele Kollegen meinten, daß sowieso nichts mehr zu machen ist. Zu dieser Meinung hat auch beigetragen, daß die beiden abwiegelnden Berufsschüler"vertreter" verbreitet haben, daß die WÖK schon immer unter den Selbstkosten verkaufe und daß deshalb eigentlich die Lehrlinge etwas draufzahlen müßten!

Das wäre allerdings etwas Neues, daß ein Unternehmen, das für Profite arbeitet, unter den Selbstkosten verkauft. Die Kollegen dürfen sich durch diese gestiftete Verwirrung und Zersplitterung nicht abhalten lassen, für ihre gerechte Forderung nach niedrigen Kantinenpreisen einzutreten und den Boykott durchzuführen. Eine Schlacht, die nocht nicht angefangen hat, kann man noch nicht verloren haben. Das Problem der hohen Preise wird dadurch nicht verschwinden, daß die Lehrlinge sich wieder zur Ruhe setzen. Wenn es gelingt, an einer Berufsschule (z.B. der Hütteldorfer Schule) die Kantinen geschlossen zu boykottieren, wird es sicher nicht lange dauern, bis sich die anderen Berufsschulen wieder anschließen.
Die kommunistischen Schülervertreter werden alles daran setzen, - d. h. das Ihre dazu beitragen - daß eine solche Bewegung entsteht.
Das anerkannten auch die Berufsschüler, die nach dem Rücktritt eines Schulsprechers an seiner Stelle einen Kollegen wählten, den sie als Kommunisten kannten.
Nun muß man sich aber Gedanken machen, was ist, wenn der Boykott mit einem Erfolg endet. Die Kantinenbesitzer werden natürlich alles daransetzen, die Preise, wo es geht, wieder in die Höhe zu treiben. Und es würde unsere Kräfte sicherlich abnützen, wenn wir dann wieder monatlich Boykotte planen und durchführen müßten.
Wenn wir all die Preissteigerungen, die es ständig gibt, verhindern wollten, müßten wir dauernd kontrollieren. Sollen wir uns dann vielleicht auch einen Computer besorgen, damit wir nach jeder Preisstei-

Forderungsprogramm der Wiener Schülervertreter: Verdoppelung der Berufs

37 Mitglieder der Schulgemeinschaftsausschüsse verbrachten ein Wochenende in Bernstein, um ein Programm auszuarbeiten, auf das sich alle Schülervertreter in ihrer Arbeit stützen können, und das die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit festlegt.
Der erste Antrag "Verdoppelung der Berufsschulzeit, wobei auf allgemeinbildende Fächer besonders Wert gelegt werden soll" wurde einstimmig angenommen, wobei man sich auf einen zweiten Berufsschultag einigte.

Mit dieser Forderung soll ein erster Schritt getan werden, um den Lehrlingen ein Mindestmaß an Ausbildung zu sichern und sie einen Tag mehr der Willkür der Unternehmer zu entreißen.

Gerade in diesem Punkt konnte schnell Einigkeit erzielt werden, da die Unhaltbarkeit der Zustände in der Ausbildung von jedem als das Wichtigste erkannt wurden. Nur schlecht argumentieren konnten allerdings die anwesenden ÖGJ-Funktionäre, obwohl sie selbst diese Forderung in ihrem Programm haben. Sie konnten deshalb die Notwendigkeit des zweiten Berufsschultages nicht erklären, weil sie in ihrem Gesetzentwurf zur Berufsausbildung" (ab gesehen von dieser Forderung) in keinem anderen Punkt vorhaben, den Kapitalisten die Vollmacht über die Ausbildung der Arbeiterjugend abzuringen. Uns Kommunisten ist es in der Diskussion doch zum Teil gelungen, diese Forderung zu erklären, denn das Ziel der Arbeiterklasse ist es, den Kapitalisten die Kontrolle über die Ausbildung der Arbeiterjugend zu entreissen.

Unter den 16 Forderungen befanden sich aber noch eine Reihe solcher, deren Erfüllung die Situation der Lehrlinge in einigen Bereichen verbessern wird.
"Kündigungs- und Maßregelungsschutz für Schülervertreter damit sie ihre Aufgaben ohne Repressionsgefahr erfüllen können, und auch die notwendige Zeit dafür haben", wurden gefordert und weiters die "Freistellung der Schülervertreter von der Firma zur Erfüllung ihrer Aufgaben" sowie "Freistellung aller Lehrlinge für 12 Tage Bildungsurlaub im Jahr". Anfangs sollte der Bildungsurlaub nur für die Schülervertreter gelten, was auch von den ÖGJ-Funktionären vertreten wurde.

Da augenscheinlich ist, daß immer weniger Jugendliche eine Lehrstelle finden, weil die Kapitalisten darüber entscheiden können, wurde auch die Forderung nach "Lehrwerkstätten auch an der Berufsschule..." in das Programm aufgenommen.

Zu kaum einer Diskussion kam es in der Frage der Lehrlingsentschädigung. Vor allem deshalb ist es den ÖGJ-Funktionären und Reformisten gelungen, ihre spalterichen Prozentforderungen zur Abstimmung zu bringen.
Dank ihrer Initiative konnte auch die "generelle Freifahrt für alle Lehrlinge" nicht beschlossen werden. Mit ihrem Argument "das kommt dem Staat doch viel zu teuer .." hieß es dann nur "die Fahrt zum Arbeitsplatz und zur Berufsschule soll für alle Lehrlinge kostenlos sein". Eher hielten sie es noch die 120 Millionen für eine neue Bobbahn für notwendig.

Einigungkonnte dagegen mit der Forderung "Schulärzte an die Berufschulen, regelmäßige Impfaktionen und Gesundenuntersuchungen" erzielt werden. An den Berufsschulen hatte es schon Schulärzte gegeben, die jedoch vor einigen Jahren mit der Begründung "das Geld reicht nicht"(!?) wieder abgezogen wurden.

wendig

gerung schnell genug die neuen Selbstkosten berechnen können?

Um nicht dauernd hinter Preislisten herrennen zu müssen, müssen wir fordern, daß der Staat unsere Verpflegung übernehmen soll. Er ist auch für die Erhaltung der Berufschulen zuständig und soll deshalb auch für die Errichtung und Unterhaltung der Kantinen sorgen. Mit einer Jause ist es nicht abgetan; um halbwegs gesund zu bleiben, müssen wir zumindest etwas Warmes bekommen. Wir müssen diese Forderung auch deshalb aufstellen, weil es viele Berufsschulen gibt, wo es gar keine Kantinen gibt.

Oder sollen die Berufsschüler an diesen Schulen vielleicht irgendwen suchen gehen, der bereit ist, sein Standl aufzustellen? Alle Berufsschüler sollten sich aber überlegen, ob es nicht gerade deshalb der Staat ist, von dem sie die Versorgung mit Nahrung am Berufsschultag fordern müssen.

Es wird natürlich nicht leicht sein, ihre Unterstützung zu bekommen, weil für sie ja noch nichts herausschaut.
Auf jeden Fall dürfen wir den Boykott nicht länger hinausschieben und auf den Erlöser warten, sondern gerade in diesem Kampf werden wir Einheit und Kraft gewinnen, die wir in den nächsten kommenden Auseinandersetzungen unbedingt brauchen werden.

S.J.

schulzeit

Alles in allem enthält das Programm Forderungen, die wichtige Bedeutung für die Lehrlinge haben. Und gerade deshalb wird es der Schülervertretung gelingen müssen, sie unter die Lehrlinge zu tragen und für ihre Durchsetzung möglichst breite Teile von ihnen dafür zu mobilisieren. Auch wird sich erst in den Kämpfen um die Durchsetzung zeigen, ob sie geeignet sind, breiteste Teile der Lehrlinge zusammenzuschließen oder ob sie spalterisch sind, weil sie keine klaren Ziele angeben können.

Vorerst ist es natürlich das Wichtigste, eine breite Debatte unter der Arbeiterjugend zu diesen Forderungen zu entfalten. Und dazu kann jeder beitragen!

J.S.

Diskussionen zur Fristenlösung in der Wiener ÖGJ

In einigen Jugendgruppen der ÖGJ wurde das "Komitee für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen" zu Diskussionen eingeladen. Die Metall- und Bergarbeiterjugendgruppe im 20. Bezirk hat sich nach ausgiebiger Diskussion mit 13 gegen 5 Stimmen für die Streichung der Abtreibungsparagraphen und die Teilnahme an der Demonstration ausgesprochen. In Diskussionen in anderen Jugendgruppen erkannten viele Jugendliche sehr deutlich, daß es dem Staat nicht um das Wohlergehen des Volkes, sondern um dessen Knebelung geht. Klar wurde, daß die vielfach schlechten Lebensbedingungen zur Abtreibung führen, nicht etwa Leichtsinn und Bequemlichkeit.
So gab es Zustimmung bei der Metall- und Bergarbeiterjugend im 10. Bezirk und bei der Lebens- und Genußmittelarbeiterjugend. Diese wollten aber aus Angst vor der Gewerkschaftsführung keinen Beschluß fassen, schon gar nicht als erste Gruppe.
Der Jugendvorstand der Privatangestelltenjugend (PAJ) findet Diskussionen mit Komiteemitgliedern "störend". Verboten wurden sie bisher nicht, es gelang ihm aber, durch Gerüchte und sein Drängen, keine Diskussionsveranstaltungen mit dem Komitee zu machen, eine Unsicherheit in der PAJ zu schaffen. Der Vorstand versuchte, das mit dem Argument: "Diese Leute beeinflußten die Jugendlichen", zu begründen.

ÖGJ gegen üble Kapitalistenmachenschaften

In einer geheimen Aussendung gibt die Bundeskammer für gewerbliche Wirtschaft allen Kapitalisten Tips, wie sie die gesetzliche 3-monatige Behaltepflicht für Lehrlinge umgehen können.

Sie empfiehlt bereits bei Abschluß des Lehrvertrags für die Zeit nach der Lehre ein befristetes 3-monatiges Dienstverhältnis festzulegen.

Im Fall eines befristeten Dienstverhältnisses verlieren die Angelernten jeden Kündigungsschutz. Nach Präsenzdienst oder Mutterschaft, die in das befristete Dienstverhältnis fallen, haben die Betroffenen keinerlei Recht auf Wiedereinstellung.

Nun hat der Zentraljugendverband der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter schärfstens gegen diese Taktik protestiert. Er verlangt eine Novelle des Berufsausbildungsgesetzes, in der dieser üblen Vorgangsweise ein Riegel vorgeschoben wird.



Immer weniger ist die Arbeiterjugend bereit, die Zustände in der Berufsausbildung, die sich fest in den Händen der Kapitalisten befindet hinzunehmen. Überall kommt die Jugend in Bewegung. Das beweist etwa das Programm der Wiener Berufsschülervertretung oder die starke Bewegung für einen Existenzlohn in Oberösterreich.
Das Bild zeigt eine Demonstration für eine Reform der Berufsausbildung, die in Nettingsdorf im Rahmen der ÖGJ-Aktion 75 stattfand.

St. Pölten
Direktor prügelt Lehrlinge

In der St. Pöltner Fremdenverkehrsfachschule mußten die Lehrlinge nächtelang bei Bällen und Festen bürgerlicher Parteien und Mandataren servieren, ihre Trinkgelder an den Direktor abliefern, der sie prügelte, wenn ihm irgendetwas nicht paßte.
Gegen diese Zustände traten die Lehrlinge zu Beginn der Semesterferien in den Hungerstreik. Die zuständige Fachgewerkschaft ist nun eingeschritten und verlangt die Entfernung von Direktor Spiehs.

Weil sie sich beschwerten:
4 Lehrlinge gefeuert

Vier Lehrlinge der "Tischlerei Grasmuck" in Köflach wurden hinausgeschmissen, weil sie es gewagt hatten, in einem Brief an Grasmuck gegen die Art ihrer Ausbildung zu protestieren.

Nach diesem Brief gehörten zu ihrer Ausbildung: Teppich klopfen, Vorhänge aufhängen und Mistgrube ausräumen. Nach dem Rausschmiß behauptete die Frau des Kapitalisten, die Lehrlinge hätten gestohlen und wären im Übrigen eh "froh, wenn sie nicht arbeiten müßten".

Die Lehrlinge sollen sich nun gar wegen des Protestes bei ihrem Ausbeuter entschuldigen müssen, wenn sie wieder eingestellt werden wollen.

Oberösterreich:
ÖGJ-Gruppen fordern Existenzlohn

"Wir unterstützen die im 'Offenen Brief' von den Klassensprechern der Wiener Berufsschulen für Radiomechaniker und Fernmeldemonteure aufgestellte Forderung nach einem Existenzlohn von mindestens S.3.000.- im Monat ab dem 1.Lehrjahr (was nicht bedeutet, daß ein Lehrling im 3.Lehrjahr nicht mehr erhalten darf, wenn 75% des Kollektivvertragslohns eines Facharbeiters höher liegen!)
Wir fordern den Landesvorstand der ÖGJ auf, die Forderung nach einem Existenzlohn von mindestens 3.000.- zu erheben."
Beschlossen wurde diese Resolution von den ÖGJ Ortsgruppen: VORCHDORF, SCHARNSTEIN, GMUNDEN und BAD ISCHL
In LINZ wurde dieselbe Resolution von der ÖGJ Gruppe "TREFFPUNKT 1" einstimmig beschlossen.

Wiener Schülerbeirat
Pressefreiheit für Lehrlinge!

Eine Änderung des Pressegesetzes an der Stelle, wo es Jugendlichen unter 18 Jahren verboten ist, "eine Druckschrift zu verbreiten, zu verlegen, ob entgeltlich oder unentgeltlich" verlangt der Wiener Schülerbeirat.
In der Diskussion um eine gesamte Wiener Schülerzeitung der Berufsschüler, stellte sich natürlich die Frage, wer diese Zeitung überhaupt machen soll, wenn es den Berufsschülern selbst durch dieses Gesetz verboten ist. Der überwiegende Teil der Lehrlinge ist ja unter 18 Jahren. Somit hat also die Pressefreiheit für Lehrlinge bis jetzt keine Geltung.
Deshalb hat der Wiener Schülerbeirat auf der letzten Sitzung die Herabsetzung der Alters auf 16 Jahre als Forderung für alle Berufsschüler beschlossen.
Von der Versammlung der Wiener Schülervertreter am 31.1. und 1.2. wurde dieser Beschluß mit großer Zustimmung aufgenommen.

Fa. Eder, Wien XV
JVR gewählt

Am 5.3.1976 wurde in der Firma Eder in Wien XVI der Jugendvertrauensrat gewählt. Zu der vor der Wahl stattfindenden Jugendversammlung kamen vor allem Lehrlinge (Werkzeugmacher und Kunststoffverarbeiter). Es wurde über ihre Probleme, die hauptsächlich in der Ausbildung und der Bezahlung liegen, diskutiert.
So wurde z.B. das Problem aufgeworfen, daß Lehrlinge tagelang den selben Handgriff an ein und derselben Maschine machen und andere Tätigkeiten, welche mit ihrer Ausbildung nichts zu tun haben. Als Grund für diesen Umstand wurde herausgearbeitet, daß die Ausbildung in den Händen der Kapitalisten liegt und dadurch entsprechend ihren Profitinteressen gestaltet wird. Die Firmenleitung schaltete sich in die Wahlaktion ein indem sie Lehrlinge zu sich rief und ihnen drohte, Begünstigungen zu streichen, wenn ein bestimmter Jugendlicher, der sich aktiv für die Wahl eingesetzt hatte, gewählt würde.
Die Zelle Ottakring des KB, die vor dem Betrieb arbeitet, zeigte in einem Flugblatt den Grund für die Einschüchterung auf, eben daß die Firmenleitung auf keinen Fall einen Jugendvertrauensrat duldet, der von den Interessen der Jugendlichen ausgeht und versucht, sie gegenüber der Firmenleitung durchzusetzen.
Die Jugendlichen wählten eine Jugendvertretung, welche 1. die Probleme der Jungarbeiter sieht (zum Unterschied von der Firmenleitung) und 2. gewillt ist, die Jugendlichen mit den Arbeitern für die Erlangung ihrer Rechte zusammenzuschließen.

32. ASVG Novelle

Staat plant verstärkte Belastung der Versicherten

Mitte Februar ist die 32.Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) zur Begutachtung verschickt worden. Die Novelle kommt nun ins Parlament und soll möglichst vor dem Sommer noch in Kraft treten.

Der Kernpunkt dieses Gesetzes ist die Sanierung der Pensionskassen auf Kosten der Werktätigen. Bis jetzt war der Staat verpflichtet, das Defizit der Pensionskassen durch staatliche Zuschüsse auszugleichen. 1975 war dies bei der Pensionsversicherung (PV) der Arbeiter allein über 9,5 Milliarden Schilling. Damit diese Gelder nun über Subventionen den Kapitalisten zufließen können, soll die defizitäre Entwicklung der Pensionsversicherungskassen aufgehalten werden.

Mit dieser Novelle wird einmal mehr deutlich, daß der Staat die Sozialversicherung der Werktätigen in der Hand hat. Mit seinen Gesetzen gibt er den Rahmen vor, nach dem sich die Versicherungsträger zu richten haben. Daß er dabei nicht die Interessen der Werktätigen im Auge hat, das zeigen die Bestimmungen der 32. ASVG-Novelle deutlich:

WAS BRINGT DIE 32.ASVG-NOVELLE?

Erhöhung der Beitragssätze bei den Angestellten:

Durch eine Erhöhung der Beitragssätze um 0,5% sollen der Pensionsversicherung der Angestellten noch 1976 296 Millionen Schilling zufließen, 1979 sollen es bereits 905 Millionen sein.

In der 32.ASVG-Novelle ist ein Finanzausgleich von der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) der Angestellten zu der defizitären Anstalt der Arbeiter vorgesehen. Befristet auf 8 Jahre, sollen Beträge von insgesamt 8 Milliarden (!) überwiesen werden.
Damit liegt der Plan der Regierung offen auf der Hand. Die staatlichen Subventionen an die PV der Arbeiter sollen eingespart werden. Deshalb sollen die Angestellten in die Tasche greifen. Während sich Arbeiter und Angestellte in den Haaren liegen, sind die lachenden Dritten die Kapitalisten, denen ihr Staat nun vermehrt Geld zustecken kann. Bereits von mehreren Seiten ist gegen die Beitragserhöhung Stellung bezogen worden. So spricht sich der ÖAAB und auch der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, Dallinger dagegen aus. Allerdings haben sie bei dieser Ablehnung keineswegs die Interessen der Werktätigen im Sinn, sondern halten nur den Zeitpunkt für verfrüht. Ihre Sorge ist, daß man diese Erhöhung den Angestellten infolge der erzielten Überschüsse schwer erklären kann. (Kurier, 23.3.76 und Wiener Zeitung, 26.3.)

Anhebung der Höchstbeitragsgrundlagen:

Auch damit soll zur Sanierung des Budgets der Sozialversicherung beigetragen werden. Kein Schilling der besser verdienenden Werktätigen soll unberührt bleiben. Keine einzige Verbesserung der Leistungen ist in der UV und KV dafür in der Novelle vorgesehen.
Bei der PV zudem ist die Rechnung äußerst kurzsichtig. Wenn auch nun kurzfristig mehr Beiträge eingehoben werden, so müssen dann auch höhere Pensionen ausgezahlt werden, deren Höhe von der Beitragsgrundlage abhängt. Was heute eine Milderung der Finanzmisere bedeutet, kann morgen schon den völligen Zusammenbruch der Sozialversicherung bedeuten.
Einkauf von Versicherungszeiten:

Der wohl am umstrittenste Punkt der neuen Novelle ist die Nachversicherung bei der Pensionsversicherung und Selbstversicherung bei PV und KV. Gemäß der Novelle soll der nachträgliche Einkauf von Versicherungszeiten ab 1.Jänner 1965 - 31.Dezember 1976 ermöglicht werden und die Sozialversicherung für alle Bevölkerungsgruppen - egal ob Lohnabhängiger oder nicht - geöffnet werden. Für die sogenannten "freien" Berufe, wie Ärzte, Rechtsanwälte usw. soll es nun sogar eine Pflichtversicherung im ASVG geben.

Die soziale Sicherheit der Werktätigen soll also nun zur öffentlichen Handelsware und Spekulationsobjekt werden. Man soll Versicherungszeiten kaufen und verkaufen können. Daß es sich aber nicht um einen leicht erwerblichen Artikel handelt, dafür sorgen die Preise.

Pensions- und Unfallversicherung:	Krankenversicherung:
Derzeit 13.200.-	Derzeit 8.400.-
ab 1.Juli 76: 14.100.-	ab 1.Juli: 9.000.-
1977 15.000.-	1977 9.900.-
1978 17.100.-	1978 11.400.-
1979 18.900.-	1979 12.600.-

Es ist daher erfreulich, wenn verschiedene Arbeiterkammern als auch Gewerkschaftsfraktionen gegen diese Regelung Stellung beziehen. So meint der Sozialpolitiker des ÖAAB Schwimmer: Da stellt man etwas in die Auslage, wo die meisten nur sehnsüchtig mit offenem Mund davorstehen, das für den Mann von der Straße unerschwinglich, für den Gutsituierten hingegen ein Geschäft werden könnte." (Kurier, 19.3.).

So kostet ein Versicherungsjahr bei den Arbeitern :			
Männer	S 10.080.-	für 21	211.680.-
Frauen	S 6.300.-	Jahre	132.300.-
	bei den Angestellten:		
Männer	S 12.285.-		257.985.-
Frauen	S 8.505.-		178.605.-

Der ÖGB selbst jedoch hat noch nicht offiziell Stellung bezogen.

Mit der Möglichkeit des nachträglichen Einkaufs von Versicherungszeiten wird praktisch zugegeben, daß die heutige Sozialversicherung, die auf erworbenenVersicherungszeiten beruht, unzureichend ist.
So bekommt ein großer Teil der österreichischen Werktätigen einezum Leben viel zu niedrige Pension (Ausgleichsrentner) oder hat durch Fehlen von Versicherungszeiten überhaupt keinen Anspruch darauf.

Statt aber nun vom System der Versicherungszeiten abzugehen, wird der individuelle Einkauf vorgeschlagen.
Damit trifft man mehrere Fliegen gleich mit einem Schlag. Einerseits hofft man damit den wachsenden Unmut über die Sozialgesetzgebung abzufangen, andererseits werden die Kassen aufgefrischt und nicht zuletzt der Versicherungsgedanke überhaupt unterwandert. Es kann sich nun jeder österreichische Staatsangehörige - egal ob Lohnabhängiger oder nicht - einkaufen. Damit aber wird der Zweck der Sozialversicherung, wer sie braucht und wozu, immer mehr verschleiert.

Um von den Sanierungsversuchen auf Kosten der Werktätigen abzulenken, richtet die SPÖ ihre Propaganda vor allem auf die Neuregelung der Rehabilitation und die Vereinheitlichung und Anhebung des Hilflosenzuschusses.
Damit hofft sie, doch noch irgendwie die neue Novelle als Reform im Interesse der Werktätigen darstellen zu können. Die Rehabilitation soll nun zu einer Pflichtleistung werden, während sie vorher eine freiwillige Leistung war.
Weil aber nicht das Geringste getan wird, um mehr Rehabilitationszentren einzurichten bzw. besser auszustatten, wird diese Verbesserung nur auf dem Papier existieren.
Die Fixierung der Obergrenze des Hilflosenzuschusses und seine Vereinheitlichung Anfang der 80iger Jahre auf 2.200.-, die dann ohnhin schon längst von der Untergrenze erreicht worden wäre, als Verbeserung hinzustellen,ist gelinde gesagt eine Frechheit. (vgl.nebenstehenden Artikel).

Die Vertiefung der Krise wird notwendigerweise auch im Bereich der Sozialversicherung den Klassenkampf verschärfen. Die Kapitalisten versuchen den Arbeitern diesen Rückhalt zu nehmen, um ihnen vollends das Rückgrad brechen zu können. Wenn die Werktätigen erst einmal bei jeder Krankheit, Schwangerschaft, Arbeitslosigkeit u.s.w. in eine existenzbedrohende Situation kommen, haben die Kapitalisten leichtes Spiel. Und das wissen sie genaus. Deshalb auch die verstärkte Hetze, die Vorschläge von Beitragserhöhungen und Selbstbehalt, Einsparungen im Gesundheitswesen usw.
Der Staat spielt in dieser Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Kapitalisten keine neutrale Rolle. Er ist der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalistenklasse. Das zeigen die Bestimmungen der 32.ASVG-Novelle wiederum von Neuem.

p.b.

...ein Volk von Strebern?

In den letzten Monaten wurde die werktätige Bevölkerung einem immer stärkeren Druck durch die Arbeitsbedingungen und den Lohnraub ausgesetzt. So freut sich der "Kurier" am 29. Februar, daß "wir zu Strebern geworden" sind, weil die Krankenstände stark gesunken sind. Natürlich liegt das nicht am Wegfall der Ursachen, die die Arbeiter und Angestellten krank machen. Nicht einmal der "Kurier" wagt zu behaupten, daß es heute weniger Akkordarbeit, weniger Nacht- und Schichtarbeit usw. gibt. Der Rückgang der Krankenstände, über die sicher der "Kurier" so freut, liegt darin, daß die Kapitalisten für Rationalisierungsmaßnahmen, Versetzungen und Entlassungen benutzen. Viele Arbeiter überlegen es sich daher, ob sie nicht trotz Krankheit und Beschwerden zur Arbeit gehen sollen. p.b.

Kapitalisten sollen Beitrags-erhöhung alleine zahlen !

Die Beitragserhöhung bei der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten zu rechtfertigen, fällt den bürgerlichen Politikern schwer. Daß sie die Finanzlöcher des Staates auf Kosten der Werktätigen stopfen wollen, trauen sie sich nicht offen zu sagen. Diese Beitragserhöhung als notwendige Maßnahme auszugeben, damit die Leistungen verbessert werden können, ist auch nicht möglich. Ist doch gerade die PVA der Angestellten eine der wenigen Kassen, die eine positive Bildanz aufweist.

Die SPÖ versucht daher diese Erhöhung mit dem Argumetn einer Vereinheitlichung der Beiträge zu rechtfertigen. Während Kapitalist und Arbeiter 8,75% der allgemeinen Beitragsgrundlage für die PV zahlen müssen, muß ein Kapitalist, der seine Arbeiter ummeldet und Angestellte nennt, nur 8,5% zahlen. Für die Angestellten bedeutet diese Vereinheitlichung, daß ihnen noch mehr vom Lohn abgezogen wird.

Dies mit einer Vereinheitlichung zu begründen, ist ein starkes Stück. Die SPÖ besinnt sich immer dann auf "Einheit", wenn es gilt, eine Gruppe von Werktätigen gegen eine andere auszuspielen.

Angesichts der heutigen Aufsplitterung des Sozialversicherungssystems in verschiedene Berufsgruppen und Versicherungsfälle ist natürlich der Gedanke der Einheit zu begrüssen. Ist doch die Einheit der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen unabdingbare Voraussetzung für jeden siegreichen Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat.

Dem Ziel der Einheit kommt man jedoch durch eine Beitragserhöhung, die zumindest zur Hälfte auf Kosten der Angestellten geht, nicht näher. Die Einheit der Werktätigen ist nur im Zusammenschluß gegen die Kapitalisten möglich. Eine Vereinheitlichung der Beiträge und Leistungen fördert diese Einheit und erleichtert den Zusammenschluß der verschiedenen Versicherungsträger. ~~Dem Ziel der Einheit kommt man aber durch eine Beitragserhöhung, die zumindest zur Hälfte auf Kosten der Angestellten geht, nicht näher~~. Die geplante Erhöhung stellt nur dann in dieser Richtung einen Schritt dar, wenn sie voll auf Kosten der Kapitalisten geht. Sind doch sie es, die vom Verschleiß der Arbeitskraft den Profit ziehen. In ihrem Ausbeutersystem haben die Menschen eben nur dann eine Existenzberechtigung, wenn sei profitabel verwertbare Arbeitskraft sind.

So wie die Kapitalisten bzw. der Staat, wo er als Dienstgeber auftritt, gezwungen werden müssen, die gesamten Kosten der Sozialversicherung alleine zu tragen.

Die neuen Pläne in der 32. ASVG-Novelle zeigen, welche Auswirkungen es hat, wenn der Staat der Kapitalisten die Sozialversicherung der Werktätigen in den Händen hält. Damit die Sozialversicherung nicht länger ein Mittel der Spaltung und Disziplinierung bleibt (so wurden beim Böhlerstreik die Streikenden ganz einfach von der Sozialversicherung abgemeldet), müssen die Werktätigen dem Staat die Sozialversicherung entreissen. Das Instrument in diesem Kampf kann nur die Gewerkschaft sein, die die Organisation aller Werktätigen darstellt.
Es ist daher schärfstens zu kritisieren, daß zu dem in der Novelle geplanten Angriff auf die Pensionskassen der Werktätigen bis jetzt noch keine Ablehung durch den ÖGB erfolgt ist. Der Grund ist darin zu sehen, daß die Gewerkschaftsführung eine Politik der Klassenversöhnung betreibt, die nicht die Einheit der Werktätigen und Druchsetzung ihrer Interessen zum Ziel hat, sondern deren Unterordnung unter die Kapitalisten.

Ein erster Schritt, um in der Gewerkschaft eine klassenkämpferische Politik in der Frage der Sozialversicherung durchzusetzen ist es, heute den Kampf gegen die geplante Beitragserhöhung zu führen:

DIE 0,5% BEITRAGSERHÖHUNG MUSS ALLEIN AUF KOSTEN DER KAPITALISTEN GEHEN!

p.b.

.... Hilflosenzuschuß

Fortsetzung von S. 11

Ein besonders plumper Taschenspielertrick ist es jedoch, wenn die SP behauptet, dass der Hilfslosenzuschuss in mehreren Etappen angehoben wird. So soll schom am 1. Juli 1976 (mit dem geplanten Inkrafttreten der Novelle) die Mindestgrenze des Hilfslosenzuschusses von S 1.o31,-- auf S 1.231,--, also um S 2oo,-- angehoben werden. Weil aber die heutige Mindestpension S 2.625,-- ist, beträgt daher der denkbar niedrige Hilfslosenzuschuss davon die Hälfte, d.h. etwa S 1.3oo,--. Die SP macht nun ein Geschrei darüber, dass die Untergrenze von S 1.o31,-- auf S 1.231,-- angehoben wird. Erhöht wird etwas, was sowieso nicht Gültigkeit hat. Ein plumper Taschenspielertrick!

p.b.

Ärztekammer veranlaßt Schließung von Simmeringer Ambulatorium !



Nach der Eröffnung des neuen Ambulatoriums in Wien-Süd schloß die Krankenkasse auf Verlangen der Ärztekammer das Simmeringer Ambulatorium. Für die Simmeringer ,die "im Einzugsbereich des neuen Ambulatoriums" wohnen, bedeutet dies oft mehr als eine Stunde Fahrzeit, bis sie zur Wienerbergstrasse ins Ambulatorium kommen.

»Arbeiter -Mittel zur Ra

Vor kurzem wurde bei Waagner-Biro durch das Arbeitsinspektorat wieder ein Gehörtest durchgeführt: dabei stellte sich heraus, daß in vielen Abteilungen ein Teil der Kollegen durch die ständige Lärmeinwirkung, der sie bei der Arbeit ausgesetzt sind, stark gehörgeschädigt ist. Zu diesen äußeren meßbaren Schäden kommen aber bei vielen Kollegen noch Gleichgewichtsstörungen, Ohrensausen, Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Übelkeit, Herz- und Kreislauf- und Durchblutungsstörungen.

Seit Jahren nun gibt es Kontrollen durch das Arbeitsinspektorat. Doch die Arbeitsbedingungen, unter denen die Kollegen bei Waagner-Biro arbeiten, haben sich nicht verbessert: Die Absaugevorrichtungen in der Gießerei und Sandstrahlerei sind nach wie vor meist verstopft. So helfen sich die Kollegen mit ihren Gasmasken, um einer "Staublunge" zu entgehen. Die gesundheitsschädlichen Auswirkungen des Siliziumstaubs in der Gießerei sind die Hauptursache für die unheilbare Silikose. In der Montage sind die Arbeiter anilinhältiger Luft ausgesetzt, die zu Haarausfall, Harnerkrankungen und ständig entzündeten Augen und letzten Endes zu Magenkrebs führt. Wenn das Arbeitsinspektorat mit seinen Meßgeräten anrückt, um den Anteil des Anilins in der Luft zu messen, pendelt die Nadel bei 180 Einheiten. Die akute Gefahr, bei der die Arbeit hätte sofort eingestellt werden müssen. liegt bei 200.

Alle Belastungen haben sich im letzten Jahr noch mehr verstärkt. Jeder Kolleg hat Angst, daß er seinen Arbeitsplatz verliert, wenn er etwas sagt, und das nützen die Kapitalisten auch aus.
Aber gerade hier kann man sehen, daß es nichts nützt, wenn man die miserablen Arbeitsbedingungen auf sich nimmt: so mancher Kollege, der seine Gesundheit ruiniert hat und ohne zu murren halb taub geworden ist, verliert nun seinen Arbeitsplatz. Als Folge der Inspektion durch das Arbeitsinspektorat wurden einige Kollegen auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze versetzt, andere haben Angst, gekündigt zu werden.

Dazu gibt das "Arbeiterschutzgesetz" dem Kapitalisten die Handhabe: es läßt die Möglichkeit offen, dort wo die Arbeitsbedingungen so mies sind und der Gesundheitszustand des Arbeiters eine Weiterarbeit am

schutz« tionalisierung

selben Ort nicht mehr "erlaubt", den kranken Kollegen zu versetzen; sofern kein geeigneter Platz für ihn in derselben Firma gefunden werden kann, ihn zu kündigen. Wenn nun aber der Gesundheitszustand des Arbeiters so schlecht ist, daß ihm eine bestimmte Arbeit nicht mehr länger zugemutet werden kann, was für ihn dann ein geeigneter "Ersatzarbeitsplatz" ist, das entscheidet der Kapitalist allein.

Die Arbeitsbedingungen und der Gesundheitszustand sind für die Waagner-Biro-Kapitalisten solange optimal, als die Profitscheffelung reibungslos verläuft. Solange die Arbeiter bei minimalen Kosten maximale Profite sichern, solange die Geschäfte für sie gut gehen, scheren sie sich nicht um die Gesundheit.

Für die Kapitalisten findet erst dann der Arbeiter "Beachtung", wenn der Raubbau der Gesundheit so weit fortgeschritten ist, daß der Arbeiter nicht mehr 100% einsetzbar ist und die normale Ausbeutung gestört ist. Bzw. in Krisenzeiten, um mit dem Vorwand der "Gesundheit" Rationalisierungen besser durchzudrücken.

Und in solchen Fällen wird das "Arbeiterschutz"gesetz angewendet!

Ob aber der Arbeiter, der aufgrund der Versetzung Einkommensverluste erleidet, mit seinem Lohn auskommt, ob er überhaupt sofern er nicht so geschädigt ist, daß er als Invalide bzw. frühzeitig in Pension gehen muß - einen Arbeitsplatz findet, dazu sagt das Gesetz nichts. So wie die Waagner-Biro-Kapitalisten, denken und handeln aber anderen auch, und deswegen gibt es in den meisten Betreiben Einstellungskontrollen: denn auch die anderen Kapitalisten brauchen gesunde und kräftige Arbeiter. Und da gibt es zwei Möglichkeiten für ihn: entweder es gelingt ihm, seine Schäden zu verheimlichen, dann kann ihm aber bald wieder dasselbe passieren und er wird wieder gekündigt, bzw. man nimmt ihn gar nicht auf.

So wie in allen Fragen, die die Arbeiter betreffen, liegt es auch beim Gesundheitswesen: wir dürfen den betrieblichen Arbeiterschutz weder den Kapitalisten noch dem Staat überlassen. Es wird sich erst zugunsten der Arbeiter etwas ändern, wenn der Betriebsrat die Kontrolle über das betriebliche Gesundheitswesen hat, und wenn er über die Auswahl und Einstellung des Sicherheitspersonals und des Betriebsarztes entscheidet.

M.S.
(Waagner-Biro-Kollektiv)

1976:20.000 Arbeitslose mehr

Bei der Landesexekutivsitzung Niederösterreich des ÖGB Anfang März in Wien gab der wirtschaftspolitische Referent des ÖGB, Erich Schmidt äußerst vorsichtige Prognosen für das laufende Jahr. Die Inflationsrate für 1976 werde etwa 7 - 7,5% betragen. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen würde etwa noch um 20.000 ansteigen, wobei gleichzeitig damit spekuliert wird, daß etwa 30.000 ausländische Kollegen ebenfalls abgebaut werden würden.

Mit diesen Prognosen stellt sich Schmidt in einen ziemlichen Gegensatz zu den offiziellen Horoskoplesern der Regierung Kreisky, die für das laufende Jahr kaum Ansteigen der Arbeitslosikkeit und auch eine geringere Inflationsrate voraussagen.

Exportrückgang 6,6 %

Im Jänner 1976 sind im Vergleich zum Vorjahr die Exporte um weitere 6,6% zurückgegangen. Da im gleichen Zeitraum die Einfuhren von Waren nach Österreich erheblich angestiegen sind, hat sich das Handelbilanzpassivum um 65,4% auf sechs Milliarden Schilling vergrößert.

Offiziell 94.500 Arbeitslose

Ende Februar waren in Österreich rund 94.5000 Arbeitslose bei den Arbeitsämter vorgemerkt. Das sind um rund 21.000 (knapp 30%) mehr als Ende Februar 1975 und nur um 2.500 weniger als im Jänner dieses Jahres. Gleichzeitig sank die Zahl der Gastarbeiter gegenüber dem Vorjahr um rund 31.000 auf knapp 150.000 und die Zahl der offenen Stellen sank um rund 13.600 auf etwa 22.000.

Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit in den sogenannten Grenzlandgebieten. In Niederösterreich liegt sie im Bezirk Gmünd bei etwa 8,9%, während sie im Bezirk Zwetts Ende Februar 12,3% (!) erreichte

Industrieländer - 18 Millionen Arbeitslose

Die Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern ist seit 40 Jahren noch nie so hoch gewesen, wie Ende 1975. Sie erfaßte in 18 westeuropäischen Industrieländern und in den USA, Kanada, Japan und Neuseeland etwa 18 Millionen Menschen. Das sind etwa 5,3% der Arbeitsfähigen. 41% der Arbeitslosen sind Jugendliche unter 25 Jahren.

Vorarlberg
Betriebsstillegungen und Erpressungsmanöver

Die Schließung der Strumpffabrik Roylon bei Bregenz zieht immer weitere Kreise. Im Zuge der Konzentration der Produktion im Stammwerk des Kunert Konzerns in der BRD wurde die Produktion in Österreich aufgelassen und ein Großteil der Arbeiter wird auf der Straße landen. Doch mit der Unverfrorenheit der Geldschweine versucht der Kunert-Kapitalist auch hier noch seinen fetten Schnitt zu machen. Bald nachdem die Schließung bekannt geworden war, ließ er überall verbreiten, auch Zeitungsannoncen waren da nicht aufwendig genug, daß der die Produktion nur einstellen müssen, weil in der Nähe seines Vorarlberger Werkes die Autobahn gebaut wird und er dadurch in seiner natürlichen Expansionsmöglichkeit gehindert werde. In einem Gutachten, das von einem gewissen Professor Swoboda aus Graz erstellt wurde, wird der Schaden des Kapitalisten auf 285(!) Millionen Schilling geschätzt. Sollte der Staat bereit sein, binnen 14 Tagen, diesen Betrag zuzuschießen, würde er so gnädig sein und in Österreich bleiben.

Doch schon kurze Zeit darauf teilte sich der Rauchvorhang. 81 Arbeiter, darunter 8 Betriebsräte, erhielten am 23. März die Information, daß ihre Kündigung mit Monatsende bevorstehe und daß die Schliessung des Werkes abgemachte Sache sei.

Der nächste Fall: Geiger

Doch so ein gutes Beispiel macht unter den Kapitalisten meist Schule. Die Firma Geiger in Wolfurt meldete unter dem gleichen Grund, nämlich Autobahnbau, Schadenersatzansprüche an. Widrigenfalls dann das Stammwerk in Wolfurt und gleich dazu zwei Werke in Tirol geschlossen werden sollen. Was die Tiroler Werke mit dem Autobahnbau in Vorarlberg unmittelbar zu tun haben, ist allerdings auch dem wohlmeinendsten Kapitalistenfreund nicht gleich einsichtig. Doch der nächste Schlag folgt sogleich. Da der Herr Kunert für die Nichtkündigung von 380 Arbeitern und Angestellten 285 Millionen verlangt hat, verlang Herr Geiger den aliquoten Teil für die Nichtkündigung von 264 Beschäftigten, nämlich 185 Millionen. Ansonsten erwägt die Geschäftsleitung aus "steuerlichen Gründen" die Übersiedlung in die Schweiz. Doch wäre Herr Geiger kein echter Kapitalist, wenn er nicht versuchen würde der anderen Krähe, dem Kunert noch ein Auge auszuhacken. In einem Brief an den Gemeinderat und andere schlägt er vor, daß man ihm doch die bald aufgelassenen Produktionsanlagen von Kunert überlassen sollte, da das Gardinengeschäft ja jetzt weltweit in Expansion begriffen ist, während dagegen die Strumpindustrie des Herrn Kunert einem radikalen Schrumpfungsprozeß unterworfen sei.

Die Sache geht aber noch weiter! Als nächster hat sich der Herr Fischer, Eigentümer der Kästle-Schifabrik zu Wort gemeldet und erklärt, er könnte ja eigentlich auch seine "Anrainer-Probleme, die eine Erhöhung der Schiproduktion beeinträchtigen, durch eine Werksverlegung lösen."

Fremdenverkehr:
Millionen Schilling an Löhnen vorenthalten

Die gewerkschaftliche Organisation gibt es heute praktisch nur in einigen ganzjährig geöffneten Betrieben. Diesen Umstand, sowie der Druck, jede auch noch so schlechte Arbeit anzunehmen, da man sonst das Schicksal der 16.000 Arbeitslosen in Kärnten teilen muß, nützten die Fremdenverkersunternehmer rücksichtslos aus. So werden oft in den Fremdenverkehrsbetrieben die kollektivvertraglichen Bestimmungen nicht eingehalten.

Die Spitze eines Eisbergs

1975 hat das Kärntner Landessekretariat der Gewerkschaft der gastwirtschaftlichen Arbeiter in 76 Fällen 554.800 Schilling eintreiben müssen.

Das sind 7.300 Schilling pro Fall. Das ist allerdings nur die Spitze eines Eisberges, denn nur wenige Gewerkschaftsmitglieder gehen am Ende der Saison, wenn die Fremdenverkehrskapitalisten etwas schuldig geblieben sind, zur Gewerkschaft. In mehr als 90% der Fälle bleiben die Unternehmer ungeschoren. Im übrigen Österreich schaut es da nicht besser aus, das geht aus den Protokollen des letzten Gewerkschaftstages hervor.

Da hilft auch auf dem Gastgewerbesektor nur der Aufbau kampfstarker und klassenbewußter Gewerkschaften zum Zweck der Durchsetzung der eigenen Interessen.

(In den letzten 5 Jahren hat die zuständige Kärntner Gewerkschaft 1.874.000.- vorentaltener Löhne für 450 Bedienstete eintreiben müssen).

H.St.
(KG-Klagenfurt)

Demonstration für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen

Günstige Bedingungen für die Entfaltung des Kampfs gegen das Abtreibungsverbot

Am 31.3.1976 demonstrierten in Wien ca. 400 gegen das Abtreibungsverbot in jeder Form. Unmittelbarer Anlass war die Behandlung des Volksbegehrens der "Aktion Leben" durch den Nationalrat. Zur Demonstration hatte das Komitee für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen aufgerufen. Der KB Wien und seine Massenorganisationen schlossen sich diesem Aufruf an. Im folgenden bringen wir die Rede der Vertreterin des Komitees auf der Demonstration. Die Zwischentitel stammen von uns.

-Red.

Die Bedingungen für den Kampf gegen das Abtreibungsverbot haben sich gegenüber den Bedingungen des Jahres 1974 wesentlich geändert. Anfang 1974 glaubten viele noch dem Argument der SPÖ, mit der Fristenlösung werde das Recht auf Abtreibung verwirklicht. Die praktische Erfahrung des Volkes mit der Fristenlösung auf dem Hintergrund der sich laufend verschlechternden sozialen Verhältnisse, die immer wieder für viele die Abtreibung als letzten Ausweg erscheinen lassen, führt dazu, dass die Bewegung gegen jede Form des Abtreibungsverbotes und damit auch der Fristenlösung wieder zunimmt. Auch die Auseinandersetzungen unter den bürgerlichen Parteien über die wirksamste Methode des Abtreibungsverbotes, die Geburtenziffern anzuheben, werden offener und grundsätzlicher. Klar tritt hervor, welche Interessen der Staat vertritt und dass wir das Recht auf Abtreibung nur gegen den Staat erkämpfen können.

Günstige Bedingungen in der Gewerkschaftsjugend

Bis jetzt waren zwei Gewerkschaftsjugendgruppen bereit, ihre Zustimmung zu der Forderung und der Arbeit des Komitees in Mehrheitsbeschlüssen an ihre Führung weiterzuleiten. Durch das selbständige Vorgehen dieser zwei Jugendgruppen, das Anwachsen der Diskussionsbereitschaft mit dem Komitee innerhalb der Gewerkschaftsjugend und die vielfache Zustimmung der Mitglieder der Gewerkschaftsjugend zur Forderung nach der ersatzlosen Streichung der Abtreibungsparagraphen wurden die Führungen zum Handeln gezwungen. Noch ist die Bewegung nicht so stark, dass sie gezwungen wären, für die Forderung nach ersatzloser Streichung einzutreten. So wurde der Versuch gestartet, die Bewegung innerhalb der Gewerkschaftsjugend schon im Keim zu ersticken. Gewerkschaftsjugendgruppen der Privatangestellten und der Bau- und Holzarbeiter erhielten die Weisung, das Komitee nicht mehr zu Diskussionen einzuladen, da das Komitee "das Gruppenleben störe". Dieses Verschanzen hinter dem Argument, das Komitee sei ein Störenfried, zeigt, dass es sich diese Führer nicht leisten können, direkt gegen die Forderung nach ersatzloser Streichung der Abtreibungsparagraphen Stellung zu nehmen. Wird auch die Arbeit des Komitees durch solche Weisungen erschwert, so wird es diesen Führern doch nicht möglich sein, die aufkeimende Bewegung gegen das Abtreibungsverbot zu stoppen.

So ist auch eine Beratung der ÖGB-Jugendsekretäre am Sonntag vor der Demonstration übereingekommen, zwar nicht zur Demonstration aufzurufen, aber auch in keiner Weise dagegen Stellung zu beziehen.

Die Bewegung innerhalb der Gewerkschaftsjugend schafft günstige Bedingungen, um unseren Kampf erfolgreich führen zu können. Wir müssen für unsere Forderung die Unterstützung der Gewerkschaft gewinnen, denn in ihr sind die Lohnabhängigen organisiert, um für ihre Interessen zu kämpfen. Die werktätige Bevölkerung ist es auch, die immer schon am meisten unter dem Abtreibungsverbot zu leiden hatte. Daher kann sie auch am konsequentesten für das Recht auf Abtreibung eintreten und hat auch die entschiedensten Mittel in der Hand, um dieses Recht zu erkämpfen.

Unter den organisierten Teilen des Volks arbeiten

An diese Bedingungen müssen wir in unserem Kampf anknüpfen. Dabei wenden wir uns hauptsächlich an die organisierten Teile des Volkes, da sie durch ihre Organisierung, wie in ihrer Gewerkschaft oder anderen politischen Organisationen, wichtige Hebel in der Hand haben, um die Abtreibungsparagraphen zu Fall zu bringen.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass die Führer dieser Organisationen hinter der Fristenlösung stehen und daher freiwillig nicht bereit sind, für die Forderungen ihrer Mitglieder einzutreten. Das zeigen auch die verschiedenen Stellungnahmen dieser Führer zum Aktionseinheitsaufruf unseres Komitees für diese Demonstration. *(Der Aktionseinheitsaufruf wurde u.a. in der Märznummer des "Klassenkampf" veröffentlicht. -Red.)* Das bedeutet für die Mitglieder dieser Organisationen, dass sie nicht auf ihre Führer vertrauen dürfen. Sie müssen ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, um durch organisiertes Vorgehen, wie Beschlüsse und Resolutionen, den nötigen Druck auf ihre Führung ausüben.

Die Debatte um das Abtreibungsverbot vorantreiben

In der nächsten Zeit gilt es, mit den Mitgliedern der verschiedenen Organisationen über den Charakter der Fristenlösung und über die Forderung nach ersatzloser Streichung der Abtreibungsparagraphen zu diskutieren und ihnen die Bedingungen für den Kampf gegen das Abtreibungsverbot darzulegen. Ein gutes Mittel dazu werden die Stellungnahmen der verschiedenen Organisationsführungen zum Aktionseinheitsaufruf des Komitees sein, denn anhand dieser Stellungnahmen werden wir besonders gut aufzeigen können, dass das Volk nicht auf die bürgerlichen Parteien vertrauen darf, sondern seine Interessen selbst in die Hand nehmen muss. *(Siehe Kasten)*

Um diese selbständige Organisierung des Volkes voranzutreiben, müssen wir überall dort, wo Menschen organisiert zusammengefasst sind, in Betrieben, Organisationen und sonstigen Vereinigungen, unsere Forderungen hineintragen, mit den Leuten darüber diskutieren, um sich dann gemeinsam mit ihnen überlegen zu können, welches die besten Mittel dafür sind, den Kampf gegen die Abtreibungsparagraphen zu unterstützen und voranzutreiben.

Dies ist nicht nur die Aufgabe für das Komitee in der nächsten Zeit, sondern jeder, der die Forderung des Komitess unterstützt, sollte auch an seinem Arbeitsplatz, in seiner Organisation und in seinem Bekanntenkreis für die ersatzlose Streichung der Abtreibungsparagraphen eintreten, um immer mehr Menschen für den Kampf um das Recht auf Abtreibung zu gewinnen.

Stellungnahmen zum Aktionseinheitsaufruf für eine Demonstration gegen das Abtreibungsverbot

Vorstand der GJ der Privatangestellten: Verbot für die einzelnen Gewerkschaftsgruppen, das Komitee einzuladen.
Begründung: Das Komitee störe das Gruppenleben.

Vorstand der GJ der Bau- und Holzarbeiter: Weisungen an die Gruppenführer, das Auftreten des Komitees in den Gruppen zu verhindern.
Begründung: nicht bekannt.

Konferenz der Jugendsekretäre: Unterstützung der Forderung und der Arbeit des Komitees, Aufforderung an die GJ-Gruppen, sich mit der Frage zu beschäftigen.

Sozialistische Jugend: Prinzipiell nicht gegen die Forderung der ersatzlosen Streichung des Abtreibungsparagraphen. Die Einschätzung der Fristenlösung als Abtreibungsverbot müsste erst diskutiert werden. Prinzipiell keine Aktionen wie die vorgeschlagene Demonstration vor dem Fackelzug und dem 1. Mai.

Junge Generation: Demonstration wird nicht für sinnvoll gehalten, da die Materie schon so weit fortgeschritten ist und man die jetzige Regelung (Fristenlösung) als Erfolg betrachten muss. Vor vier bis fünf Jahren wäre so etwas sinnvoll gewesen.

Sozialistische Frauen (Fr. Dohnal): Schriftliche Stellungnahme: Ihr sei bekannt, dass es etliche Mitglieder der Partei gibt, die für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen eintreten. Da die offizielle Parteimeinung eine andere ist, sei nichts zu machen.

Kommunistischer Studentenverband: Es ist jetzt nicht sinnvoll, gegen die Fristenlösung zu demonstrieren, sondern man muss sich für ihre Durchsetzung einsetzen. Schriftliche Stellungnahme verweigert, da in der "Volksstimme" genug über diese Frage steht.

(Aus einem Flugblatt des Komitees für die ersatzlose Streichung der Abtreibungsparagraphen)

Gegen das Volkszählungsgesetz und das Volksgruppengesetz !

Für volle Gleichberechtigung der Minderheiten

Fortsetzung von Seite 1

Die 25%-Klausel für die zweisprachigen Aufschriften enthüllte die Absicht, die hinter der Zählung steckt: Gleichberechtigung soll es nur geben, wenn eine "genügende Anzahl" der Minderheiten vorhanden ist; bei geringerer Anzahl müßte sich die Minderheit sprachlich, kulturell und politisch dem Gesetz beugen.

Immer deutlicher standen auf der einen Seite die reaktionäre Lösung der bürgerlichen Parteien und auf der anderen Seite die demokratischen Forderungen der Minderheiten, die die Rechte für das gesamte zweisprachige Gebiet fordern, ohne jede Prozentbeschränkung.

Die Position der bürgerlichen Parteien wurde durch die Proteste verunsichert – niemand wollte mehr die Verantwortung für die 25%-Klausel tragen und Kreisky machte einen Rückzieher von der Dreiparteieneinigung. Er betonte, daß es zumindest eine Einigung mit der ÖVP geben müsse, auch wolle er von den Prozenten nichts mehr hören. Keine Partei hatte den Mut, die Dreiparteieneinigung ganz zu verteidigen, es wäre zu offensichtlich geworden, daß sie die Absicht haben, den Druck auf die Minderheiten zu verstärken.

Immer mehr versuchen die bürgerlichen Parteien, die Zählung der Minderheiten als einen rein statistischen Vorgang hinzustellen. Sie behaupten, daß sie durch die Zählung nur ein klares, unanfechtbares Bild davon erzielen wollen, wo die Minderheiten wohnen, um ihnen die lang ersehnten Rechte geben zu können. Verkrampft versuchen sie die politischen Hintergedanken zu verbergen und den Protest gegen ihre Maßnahmen lächerlich zu machen.

Dieser Protest verstärkte sich besonders, als sich die drei im Parlament vertretenen Parteien Ende Februar auf die Zählung der Minderheiten einigten und beschlossen, die zweisprachigen Aufschriften nur dort aufzustellen, wo ein Viertel der Bevölkerung "gezählte Slowenen" sind.

Einschüchterungsversuch durch Dreiparteieneinigung mißlingt

Gerade von dieser Dreiparteieneinigung erwarteten sich die bürgerlichen Politiker bessere Bedingungen, um ihre reaktionären Maßnahmen durchzusetzen. Mit dem gemeinsamen Vorgehen sollten sie ihre Macht demonstrieren, die Minderheiten in eine isolierte Stellung drängen und alle übrigen Gegner ihrer reaktionären Politik einschüchtern. Doch das Gegenteil traf ein.

Zweisprachiges Gebiet, in dem die Kärntner Slowenen leben
Siedlungsgebiet der Burgenländischen Kroaten
Siedlungsgebiet der Burgenländischen Ungarn

Dabei geht es ihnen vor allem darum, den harten Kern zu treffen. Nämlich die Ablehnung durch die Minderheiten selbst. Diese Ablehnung versuchen sie derzeit durch das Volksgruppengesetz bzw. "Volksgruppenförderungsgesetz" aufzuweichen. Sie tun so, als würden durch dieses Gesetz alle rechtlichen Fragen der Minderheiten gerecht gelöst werden und den Angehörigen der Minderheiten sogar Vorteile im Vergleich zu anderen Staatsbürgern eingeräumt werden.

Spaltungsversuche mit dem Förderungsschwindel

In Wirklichkeit soll mit dem Volksgruppenförderungsgesetz keine volle Gleichberechtigung der Minderheiten hergestellt werden. Die bisherigen Entwürfe des Gesetzes legen fest, daß nach einer Zählung (also abhängig von Prozenten) diejenigen Orte festgelegt werden sollen, aus denen die Angehörigen der Minderheit das Recht haben, z.B. bei Gericht oder Ämtern ihre Sprache zu gebrauchen.

Außerdem sieht es einen Volksgruppenbeirat vor, dessen Mitglieder vom Bundeskanzler bestimmt werden, von denen nur 1/5 der Minderheit angehören. Dieser Beirat wird die Aufgabe haben, Vorschläge zur "Minderheitenförderung" zu unterbreiten. Also eine Regelung, die völlig unverbindlich ist und nur ein Puppentheater des Bundeskanzlers werden wird.
Die Bestimmungen über die Amtssprache verbieten den Gebrauch des Slowenischen, Kroatischen und Magyarischen im "Verkehr mit Organen von Wachkörpern und mit sonstigen Organen der öffentlichen Aufsicht". Für den mündlichen Verkehr ist vorgesehen, daß jemand, der dieses Recht in Anspruch nehmen will, "dies der Behörde oder Dienststelle eine Woche vorher nachweislich bekanntzugeben" hat.

Nicht vorgesehen ist die Gleichsetzung der Sprachen der Minderheiten als völlig gleichwertige Amtssprachen, die den Minderheiten keine Nachteile mehr bringt.

Hinsichtlich der Förderung sind finanzielle Unterstützungen für Kulturorganisationen der Minderheiten vorgesehen, bzw. eine Ausbildung von Minderheitenangehörigen in Sachgebieten, die für die Erhaltung der Volksgruppen von Bedeutung sind. Die Entscheidungen darüber trifft das betreffende Ministerium.

Das sind die Kernpunkte des "Volksgruppenförderungsgesetzes". Die Regierung rechnet offensichtlich damit, daß hier "etwas" gegeben wird, was es bisher nicht gab. Sie rechnet damit, daß sie Leute bzw. Organisationen aus der Minderheit herausspalten kann, die mit "wenigstens etwas" zufrieden sind und sich dafür dem gesamten Gesetzeswerk unterwerfen.
Diese Spaltung will sie unter die Minderheiten tragen, denn die bürgerlichen Politiker wissen, daß sie mit einer solchen Spaltung auch die breite Bewegung aller demokratisch gesinnten Menschen in diesem Land aufsplittern können.

Jetzt ist es notwendig, den Schwindel mit der "Minderheitenförderung" aufzudecken und den Widerstand gegen diese reaktionären Maßnahmen zu verstärken.

V.W.

Kärnten

Proteste gegen »Volkszählung besonderer Art« mehren sich

In Kärnten wachsen die Proteststimmen gegen die Beschließung des neuen Volkszählungsgesetzes und gegen die Minderheitenpolitik der Regierung in letzter Zeit ständig.
Nicht nur die slowenischen Teile des Volkes lehnen dieses minderheitenfeindliche und reaktionäre Vorgehen der Regierung ab, sondern auch immer mehr deutschsprachige Menschen aller Weltanschauungen reihen sich in die Protestfront ein.

Am 21.3. fand im Konzerthaus in Klagenfurt eine Versammlung der Mitglieder beider zentraler Slowenenorganisationen statt. Die ungefähr 700 Versammelten – hauptsächlich Bauern, Arbeiterbauern, Arbeiter und kleine Angestellte – drückten ihren Protest gegen die Politik der Regierung, die auf eine weitere Entrechtung der slowenischen Minderheit und ein Schüren des sogenannten "Volkstumskampfes" hinausläuft, aus. Sie drückten auch ihre Entschlossenheit aus, gemeinsam mit dem deutschsprachigen Volk gegen diese Maßnahmen der Regierung, insbesondere heute gegen das Volkszählungsgesetz und für die gleichen und vollen Rechte der Minderheiten den Kampf aufzunehmen.

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

Fortsetzung von Seite 15

... Kärnten

Da die slowenische Minderheit durch die jahrzehntelange diskriminierende Politik der österreichischen Bourgeoisie sich zum Teil isoliert fühlt (was seine objektiven Gründe auch in der im Kärntner Unterland vorherrschenden sozialen Struktur hat, nämlich Bauern, Arbeiterbauern) drückten jene Menschen v.a. auch ihre Freude darüber aus, daß sich immer mehr deutschsprachige Menschen in ganz Österreich in die Protestfront einreihen.

Die gemeinsame Broschüre der KBs und KGs ("Für die volle Gleichberechtigung der Minderheiten in Österreich, Gegen jede Minderheitenfeststellung") von der wir vor und nach der Veran staltung 75 Stück verkauften, wurde von vielen Menschen sehr begrüßt.

Heute ist es beim Aufbau einer Kampffront gegen das neue Volkszählungsgesetz v.a. wichtig, sich keine Illusionen über die Politik der Regierung, insbesonders der SP zu machen, die unter dem Deckmantel der "Minderheitenförderung" im Zusammenhang mit dem Volksgruppenförderungsgesetz bloß die Ungleichheit der slowenischen Teile des Volkes aufrechterhalten will, um so die Spaltung und Entrechtung des ganzen Volkes weiterzutreiben.

Die KG Klagenfurt hat am 12.3. in Klagenfurt eine Kundgebung gegen das Volkszählungsgesetz für die vollen Rechte der Minderheiten, kein solches Volksgruppenförderungsgesetz veranstaltet, an der sich ungefähr 70 Menschen durch Diskussion beteiligten. Einige, die noch vor den lebhaften Diskussionen gesagt hatten: "Wenn die Slowenen was wollen, sollen sie nach Jugoslawien gehen", erklärten nach einigen Gesprächen bereits anderen Leuten, die neu hinzukamen und genauso redeten, daß es ja gar nicht darum gehe, daß die Slowenen nach Jugoslawien gehen, sondern darum, daß den Slowenen gleiche Rechte vorenthalten werden.

Das neue Volkszählungsgesetz wird auch unter den deutschsprachigen Kärntnern immer unbeliebter, v.a. dann, wenn wir den Menschen klar aufzeigen, daß dieses Gesetz ein Mittel zur jederzeitigen Schürung eines "Volkstumskampfes" ist und daß es in der Frage der Minderheitenfeststellung darum geht, daß sie die gleichen Rechte haben müssen wie jeder andere Österreicher. Denn diese Rechte sind nötig, damit sich die slowenischen Teile des Volkes in gleichem Maße am Klassenkampf beteiligen können und damit die chauvinistische Spaltung des Volkes in "Slowenen" und "Deutsche" zurückgedrängt wird.

H.G. (KG Klagenfurt)

In ganz Österreich Demonstrationen gegen die Minderheitenpolitik der bürgerlichen Parteien

Am Freitag, dem 9.4.1976, findet in Klagenfurt eine Demonstration des "Solidaritätskomitees für die Rechte der Kärntner Slovenen" statt, dem neben den slovenischen Organisationen zahlreiche andere Organisationen, die gegen die Entrechtung der Slovenen auftreten -darunter auch die KG Klagenfurt - angehören.

Für den gleichen Tag haben auch der KB und die KG Graz in Graz, der KB Tirol in Innsbruck und der KB Wien in Wien zu Demonstrationen unter den Forderungen:

- *Gegen die Volkszählung besonderer Art*
- *Gegen jede Minderheitenfeststellung*
- *Gegen das geplante Volksgruppenförderungsgesetz*

aufgerufen. Der KB Linz ruft zu einer Kundgebung an diesem Tag auf und der KB Salzburg/Hallein führte schon am 31.3.1976 eine Kundgebung unter diesen Losungen durch. Diese Aktionen beweisen, daß sich die Ablehnung jeder Form einer Minderheitenfeststellung auf ganz Österreich erstreckt.

Der Kommunistische Bund Wien wird weiterhin alles daran setzen, auf der Grundlage der Ablehnung des Volkszählungsgesetzes Aktionseinheiten mit allen jenen Kräften herzustellen, die sich entschieden gegen dieses Gesetz aussprechen.

Gegen jede Minderheitenfeststellung!

Für die volle Gleichberechtigung der Minderheiten in Österreich!

Gegen jede Minderheitenfeststellung!

Herausgegeben von:
KB Graz, KB Linz, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, KB Wien, KG Graz, KG Klagenfurt

62 Seiten, Preis 6.-S

Zu beziehen über den KB-Wien, 1070 Halbgasse 12

Hammer oder Amboß

Der nunmehr schon sehr greifbare Aufschwung der deutschen Konjunktur hat eine solide Basis: Der Kostendruck bei den Unternehmen hat nachgelassen, stellt die Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht fest.

Begründung: „Da die Produktionsausweitung ... praktisch ohne den Einsatz neuer Arbeitskräfte erreicht wurde, verbesserte sich die Produktivität je Beschäftigtenstunde um 1,5%."

Natürlich hat damit die „solide Basis" ihren gewaltigen Pferdefuß: Die Arbeitslosigkeit in der BRD ist bisher nicht zurückgegangen.

(aus "Kurier", 17.3.)

Die deutschen Kapitalisten jubeln. Sie sehen einen Aufschwung ihrer Konjunktur. Und den Grund geben sie freimütig bekannt: der Kostendruck bei den Unternehmen hat nachgelassen, die Produktionsausweitung - praktisch ohne neue Arbeitskräfte - um 1,5%.

Der "gewaltige Pferdefuß" ist die Arbeitslosigkeit, die nicht zurückgehen will. Aber dafür ist man im Export konkurrenzfähig. Die österreichischen Kapitalisten sehen wehmütig nach Deutschland. Die Exportstatistik für Anfang 1976 ist auch zu enttäuschend.

Im Klartext: man muß die Löhne drücken, aus dem vorhandenen Arbeitspotential mehr herauspressen, bei einer größeren Arbeitslosigkeit nicht gleich nervös werden - dann werden "wir" am Weltmarkt mitmischen können.

Nur: dann muß der deutsche Kapitalist auf seine Arbeiter noch mehr drücken, noch weniger Lohnerhöhungen zulassen, damit er unsere Kapitalisten in der Konkurrenz niederhalten kann. Dann kommt wieder unser Kapitalist zum Drücken - in Ewigkeit Amen.

Entweder Hammer oder Amboß - entweder wir lassen uns ausdrücken oder wir zerschlagen dieses Ausbeutersystem.

H.W.

Gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf

Am 1.4. hat das Komitee gegen Kernkraftwerke in Wien eine Veranstaltung organisiert. Anlaß: das Kernkraftwerk in Zwentendorf soll in Betrieb genommen werden. In einigen Referaten wurde folgendes berichtet: Kernkraftwerke sind gesundheitsschädlich. Ihre radioaktive Strahlung gefährdet die Erbanlagen der Betroffenen. Sie können klimatische Veränderungen hervorrufen, Flüsse aufheizen... Darüber hinaus sind sie überhaupt nicht betriebssicher. Ein Kernkraftwerk gleicher Bauart wie Zwentendorf in Würgassen, BRD mußte stillgelegt werden.

Für die Erbauer sind Kernkraftwerke ein sehr gutes Geschäft.

Den Werktätigen sollen die gigantischen Kosten des Ganzen aufgebürdet werden, in Form von Steuern und erhöhten Tarifen.

Zwentendorf liegt im Tullnerfeld, 40 km von Wien entfernt. Der Widerstand der Ortseinwohner gegen die Baupläne wurde von Staatsapparat und Erbauern mittels Einschüchterung, Drohung und auch Bestechung unterdrückt. Jetzt ist das Kernkraftwerk nahezu fertiggestellt. Aber die Gegner der Kernkraftwerke sind zahlreicher, stärker und erfahrener geworden. Die Bauplatzbesetzung in Wyhl, BRD - ein Film darüber wurde auf der Veranstaltung vorgeführt - und viele andere Beispiele beweisen, daß das Volk auch in diesen Kämpfen seine Interessen durchsetzen kann.

St. Pölten

Soldaten verlangen Absetzung ihres Truppenarztes

In einer Beschwerde gleichlautenden Wortlautes, die jedoch zwecks Umgehung des berüchtigten"Absprache- und Meutereiparagraphen" einzeln unterschrieben wurde, verlangten kürzlich die Soldaten zweier St. Pöltener Kompanien fast geschlossen die Absetzung ihres Truppenarztes.

In der an die Beschwerdekommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung gerichteten ausserordentlichen Beschwerde wird über die Tätigkeit des Truppenarztes Dr. Strasser wie folgt berichtet:

"Kein Soldat kann hier darauf vertrauen, im Falle einer ernsthaften Erkrankung von Dienstpflichten freigestellt zu werden."

"Jeder Soldat,der sieht, wie schwerkranke Kameraden von Dr. Strasser als 'gesund' zum Dienst geschickt werden und obendrein noch als Drückeberger beschimpft werden, fühlt sich gedrängt, den Arztbesuch zu vermeiden, selbst wenn es auf Kosten der Gesundheit geht."

"Wenige Stunden nach der Hauptuntersuchung brach der erste Kollege mit Kreislaufkollaps zusammen."

"Nach acht Tagen brach der zweite Kamerad bei einem Marsch zusammen. Er war noch am Vormittag von Dr. Strasser für marschfähig befunden worden. Dabei konnte auch ein Laie erkennen, daß sein unteres Bein auf das anderthalbfache des normalen Umfanges angeschwollen war."

"Wird man überhaupt krankgeschrieben, so erfolgt dies meist so, daß man auch übers Wochenende in der Kaserne bleiben muß. Geht man am Montag zum Arzt, wird man meist bis zum nächsten Montag krankgeschrieben. Geht man am Freitag, wird man ebenfalls bis Montag krankgeschrieben."

Auf die Beschwerde hin erschien ein Majorarzt der Beschwerdekommission und versuchte, die Soldaten unter Druck zu setzen.

Als erstes verlangteer von den Soldaten, sie müßten jeder einzeln mit sich eine zusätzliche Beschwerde aufnehmen lassen.

Die ersten paar Soldaten, die dies taten, verloren jedoch ihren freien Tag, der ihnen nach dem Blutspenden zustand, denn just an diesem Tag wurde die Niederschrift angesetzt. Unter diesen Bedingungen war natürlich der größte Teil der Soldaten nicht bereit, sich über die gemeinsame Beschwerde hinaus nochmals einzeln zu beschweren.

Nun glaubte der Major, der nur gekommen war, um die ganze Sache niederzuschlagen, sein Spiel schon gewonnen und verlangte von allen, die keine gesonderte Beschwerde eingelegt hatten, die Unterzeichnung einer Erklärung, die darauf abzielte, den verhaßten Truppenarzt in strahlendstem Lichte erscheinen zu lassen.

Es hieß darin unter anderem: "... zur Wahrheit ermahnt, erkläre ich,.. daß mir Dr. Strasser nie unrecht getan hat,.. daß ich von ihm nie schlecht behandelt worden bin..".
Ein Soldatenvertreter, der den Mut hatte, seine Kameraden aufzufordern, diesen Wisch nicht zu unterschreiben, wurde von seinem Kompaniekommandanten sofort als Meuterer bezeichnet und bedroht.

Von der Kompanie, die achtzig Mann zählt, unterschrieben keine zwanzig. Als der Major weiterhin darauf bestand, wer nicht gesondert Beschwerde einlege, müsse für Dr. Strasser das "Leumundszeugnis" unterschreiben, schaffte er es tatsächlich:
Er bekam über fünfzig schriftliche Einzelbeschwerden und mußte unverrichteter Dinge wieder zu seiner Beschwerdekommission abziehen, die dadurch bekannt ist, daß sie von den eingelangten außerordentlichen Beschwerden (das sind Beschwerden, die man aus Mißtrauen zum eigenen Kommandaten direkt ans Ministerium richten kann) ca. 6% positiv erledigt.

Dem St. Pöltener Kompaniekommandanten wurde die Standfestigkeit seiner Untergebenen anscheinend unheimlich und er ließ drei der vier gewählten Soldatenvertreter schnurstracks nach Linz versetzen.

Die ersten Erfolge der mutigen und einheitlichen Aktion der St. Pöltener Soldaten haben sich jedoch bereits eingestellt:

Die Untersuchungen werden jetzt sorgfältiger durchgeführt und der berüchtigte "Innendienst ohne Ausgang", der schon manchem Soldaten ein Wochende innerhalb der Kasernenmauern gebracht hatte, wurde still und heimlich abgeschafft. L-z


6 Monate bedingt


4 Monate bedingt


6 Wochen bedingt


freigesprochen

Im März wurde die Nichtigkeitsbeschwerde gegen die Urteile im Wandl-Prozess abgewiesen.Bekanntlich waren die Offiziere und Unteroffiziere (Bild oben) aufgrund deren Befehlen im Sommer 1974 der Präsenzdiener Kurt Wandl zu Tode gequält wurde, im ersten Verfahren zum Teil mit bedingten Strafen, zum Teil straflos davongekommen.Die Bestätigung dieser Schandurteile zeigt deutlich wo die bürgerlichen Gerichte stehen:Auf der Seite des Staates, dem bei der Durchsetzung seiner volksfeindlichen Ziele das Leben eines Soldaten keinen Pfifferling wert ist.

Neues Heeresdisziplinargesetz: Strafen verdoppelt!

Seit Jänner ist das neue Heeresdisziplinargesetz (HDG) voll in Kraft. Es bringt eine Reihe von Verschärfungen für alle Angehörigen des Bundesheeres, vor allem aber für die Grundwehrdiener. Ein Präsenzdiener kann bei seinem Einheitskommandanten jetzt fünf statt drei Tage Ordnungshaft ausfassen, d.h. er muss strafweise seine Freizeit in der Arrestzelle verbringen. Die nächste Instanz, der Bataillons- oder Regimentskommandant kann einem das jetzt für 14 Tage (früher 7) bescheren (Disziplinarhaft). Ausserdem darf er seine "Schützlinge" jetzt mit 14 Tagen statt "nur" 7 Tagen Disziplinararrest versorgen. Der Sünder darf dann volle zwei Wochen in einer kahlen Zelle mit einem Stockerl verbringen. Zwischen 24 und 6 Uhr leistet ihm dann noch eine blanke Holzpritsche Gesellschaft. Als gepriesene Neuerung darf er sich täglich eine halbe Stunde an der frischen Luft "bewegen" (beim BH meist eine Beschönigung für befohlenen Laufschritt und andere "Freiübungen"). Ausserdem darf der Grundwehrdiener diese Zeit "nachdienen", sowie die anderen abrüsten. Die Kader beglückt das neue HDG vor allem mit einer Anhebung der Prozentsätze der strafweisen Gehaltsabzüge. Ausserdem haben unsere Militaristen eine störende Bestrafungslücke entdeckt: Ein Soldat konnte zumindest 14 Tage vor dem Abrüsten nicht mehr bestraft werden, weil er am Ende der Bedenkzeit nicht mehr Soldat war. Da musste man einschreiten: Nun gibt es Geldersatzstrafen, die von der Abfertigung, Prämie oder Überbrückungshilfe abgezogen werden.

Was ist der Grund für diese Verschärfung? Die SP vom Ministerium bis zum Unteroffizierskasino hat sofort ein Märchen bei der Hand: Das Militärstrafgesetz 197o hat eine Reihe kleiner Dienstvergehen "entkriminalisiert". Es hatte sich nämlich gezeigt, dass der bürokratische Aufwand der Anzeigen, Protokolle, Einvernahmen und Reisen zum Gericht den Zweck der "Aufrechterhaltung der Disziplin" verfehlt, wenn der aufmüpfige Mann dann vielleicht erst ein Vierteljahr nach dem Abrüsten mit zwei Wochen bedingt verurteilt wird. Statt dessen soll man solche "Elemente" gleich direkt und saftig mit Disziplinarstrafen eintunken. Das wirkt für den Betroffenen zwar durchaus schärfer, hat für ihn aber laut SP natürlich nur Vorteile: Er scheint im Vorstrafenregister nicht auf. Dass die Arbeitgeber, die sich wirklich für dieses Register interessieren, meist auch Zugang zum militärischen Disziplinarstrafenverzeichnis haben, verschweigt man schamhaft. Dieser Begründung steht aber entgegen, dass die Verschärfung des HDG erst fünf Jahre (!) nach dem Militärstrafgesetz kommt. So wird nämlich der ganze Zusammenhang klar: Die Unruhe und der Widerstand im Heer nimmt zu und nicht ab. Der Damm des erst fünf Jahre alten Strafgesetzes war eben schon zu niedring und löchrig. Gegen das steigende Wasser muss der Staat ihn aufstocken und stopfen.

O.L.

Lenin hat bereits darauf hingewiesen, daß der Imperialismus, der die höchste Stufe der Entwicklung des Kapitalismus und zugleich faulender und sterbender Kapitalismus ist, auf politischem Gebiet "Reaktion auf der ganzen Linie" bedeutet.
Der Imperialismus bedeutet die vollständige Verneinung der Demokratie und es tritt offen hervor, daß die bürgerliche Demokratie nur eine Form der Diktatur der Bourgeoisie ist. Die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, in jahrzehntelangen Kämpfen errungen, werden abgebaut, eingeschränkt, ausgehöhlt und offen mit Füßen getreten, bis zur blutigen Unterdrückung des Volks. Diese Tendenz der Bourgeoisie zur politischen Reaktion ist im Imperialismus unvermeidlich.

SP-Regierung: verstärkte Tendenz zur Reaktion

Gerade in den letzten Jahren sind wir in Österreich wieder mit einer Verstärkung dieser Tendenz konfrontiert.
Die SP-Regierung hat versteckt hinter dem Schleier von "Fortschrittlichkeit" und "Demokratie" diese Tendenz verstärkt vorangetrieben. Auf die inneren Widersprüche des Kapitalismus, die immer wieder zu Krisen, Zusammenbrüchen ganzer gesellschaftlicher Bereiche und Fehlentwicklungen in der Gesellschaft führen, und auf das in den letzten Jahren rasch zunehmende selbständige Auftreten der Massen gegen die schlechten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustände antwortet die herrschende Klasse mit der weiteren Aufblähung des staatlichen Verwaltungsapparats und der zunehmenden Unterwerfung aller gesellschaftlichen Bereiche unter ihre bürokratische Kontrolle, mit der zunehmenden Entrechtung des Volks durch reaktionäre Gesetze, und dem Ausbau des staatlichen Gewaltapparats und anderen reaktionären Maßnahmen.
Es wächst dadurch die politische Abhängigkeit, die Kontrolle und Schikanierung und die Ausplünderung der Massen, weil sie das alles noch selbst zahlen sollen.

Unweigerlich wird sich die Rebellion der Massen dagegen und gegen die steigende Ausbeutung durch die Kapitalisten verschärfen und sie hat bereits begonnen, das zu tun. Die herrschende Klasse weiß das und bereitet sich darauf vor.
Während die SP-Regierung heute ihre liberalen und reformistischen Phrasen im Mund führt, während sie heute noch hauptsächlich versucht, die Bewegungen der Massen

Den Kampf gegen den imperialistischen

durch Scheinzugeständnisse und Täuschungsmanöver abzufangen, sie durch Spaltungsmanöver zu schwächen, ihnen auszuweichen und sie ins Leere laufen zu lassen, - bereitet sie sich gleichzeitig zielstrebig auf die unvermeidlichen Zusammenstöße mit der Arbeiterklasse und dem Volk vor. Vom Arbeitsverfassungsgesetz und der Strafrechtsreform reichen diese Vorbereitungen über das Ausländerbeschäftigungsgesetz, über Ausbau, Umgliederung und Aufrüstung von Militär, Gendarmerie und Polizei bis zu der jetzt gerade im Mittelpunkt des öffentlichen Interesse stehenden Frage der Minderheitenfeststellung und zur faktischen Verschärfung des Abtreibungsverbotes in Gestalt der Fristenlösung. Gleichzeitig steigen Steuern und Tarife ins Ungeheure.
Der Reaktion der Bourgeoisie im Inneren entspricht die Reaktion nach außen. Während die österreichische Regierung noch von "Frieden" und "Entspannung" säuselt, nimmt sie an der Seite der NATO an den Vorbereitungen für den Krieg teil, auf den die Rivalität der beiden Supermächte zutreibt. Die Verankerung der "umfassenden Landesverteidigung" in der Verfassung war hier ebenso ein Meilenstein wie der Beitritt zur internationalen Energieagentur (IEA). Diese Entwicklung in Österreich in den letzten Jahren bestätigt die Aussage Lenins vollständig: Der Imperialismus bedeutet Reaktion auf der ganzen Linie und vollständige Verneinung der Demokratie auf politischem Gebiet, um die Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten.

Die Massen streben nach Demokratie-die Kommunisten müssen an diesen Bestrebungen anknüpfen

Zugleich verstärkt sich im Imperialismus allerding - auch darauf hat Lenin hingewiesen - das Streben der Massen nach Demokratie im Inneren und Frieden nach außen, denn die Massen brauchen politische Rechte und die Unabhängigkeit des Landes, um den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie besser führen zu können. Unter diesen Umständen ist die Frage, ob und wie die Kommunisten das Streben der Massen nach Demokratie aufgreifen sollen, d.h. ob und wie sie den politischen Kampf führen sollen, seit jeher eine Streitfrage in der kommunistischen Bewegung gewesen.

Bereits im Ersten Weltkrieg ist eine Strömung unter den revolutionären internationalistischen Sozialisten aufgetreten, die aus der Tatsache, daß der Imperialismus das "Gegenteil" der Demokratie ist, geschlossen haben, daß die Kommunisten im Imperialismus nicht für die Demokratie eintreten dürften, d.h. für politische Rechte des Volkes, für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen - woran sich diese Auseinandersetzungen hauptsächlich entzündeten -, für den Frieden usw.usf. Das widerspreche dem objektiven Gang der gesellschaftlichen Entwicklung im Imperialismus und sei infolgedessen "illusorisch" und "reformistisch" und nur dazu geeignet, in den Massen Illusionen über die bestehende Ordnung zu wecken. Weil der Kapitalismus und mit ihm die Arbeiterbewegung noch zu wenig entwickelt ist, kann man noch keinen politischen Kampf führen - so sagten die "klassischen" Ökonomisten. Weil der Kapitalismus sich zum Imperialismus weiterentwickelt hat und die Arbeiterbewegung unmittelbar vor der Aufgabe der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution steht, kann man keinen Kampf um Demokratie mehr führen, ist dieser Kampf veraltet und überholt - hieß es jetzt. Deshalb nannte Lenin diese Strömung treffend den "imperialistischen Ökonomismus". Der imperialistische Ökonomismus negiert somit unter großem Revolutionsgeschrei den politischen Kampf und damit die Möglichkeit des Herankommens an die Revolution. Er besteht im Unverständnis darüber "wie der zur Tatsache gewordene Imperialismus mit dem Kampf für Reformen und mit dem Kampf für die Demokratie in Verbindung zu bringen ist, genauso wie der 'Ökonomismus' seligen Angedenkens es nicht verstand, den zur Tatsache gewordenen Kapitalismus mit dem Kampf für die Demokratie in Verbindung zu bringen." (Lenin Werke, Bd. 23, S.4). Es ist klar, daß diese Haltung praktisch zum Verzicht auf den politischen Kampf, zum Verzicht darauf, das Proletariat und die Volksmassen an die Revolution heranzuführen, führt und damit zur völligen Kapitulation der Kommunisten vor ihren Aufgaben, wie laut und radikal sie diese auch im Mund führen mögen.
Lenin hat dagegen hervorgehoben, daß die Kommunisten das spontane Streben der Massen nach Demokratie unterstützen und vorantreiben und ihm eine revolutionäre Stoßrichtung verleihen müssen, indem sie den praktischen täglichen Kampf frontal gegen den bürgerlichen Staat richten und ihn so ausrichten, daß er schließlich umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats.

»Imperialistischer Ökonomismus«: Linie der VRA

Seit Lenins Zeiten ist der imperialistische Ökonomismus eine gefährliche falsche Strömung in der kommunistischen Bewegung und so ist es auch heute in Österreich. Zur Linie erhoben ist der imperialistische Ökonomismus bei der VRA. Sie geht praktisch davon aus, daß man der politischen Reaktion der österreichischen Bourgeoisie nicht politisch entgegentreten kann, schon gar nicht mit Forderungen nach Rechten für die Arbeiterklasse und das Volk. Manches prangert die "Volksmacht" an, aber nirgends hat die VRA praktisch Initiativen gesetzt oder sich an ihnen beteiligt oder wenigstens in ihrer Zeitung eine positive Orientierung für den praktischen Kampf vorgeschlagen. Von der Chile- und Spaniensolidarität zieht sich der Bogen über das Auftreten gegen die Steuer- und Tariferhöhungen Ende 1975 bis zum Kampf gegen das Abtreibungsverbot. Wer immer abseits stand war die VRA. Was immer von ihr als "Perspektive" für die Arbeiter und alle Lohnabhängigen ausgegeben wurde war der "Lohnkampf im Betrieb" - abgesehen davon, daß sie auch für den Lohnkampf keine Perspektiven aufzeigen konnte (vgl. "Klassenkampf", Nr.2/76). Ungeachtet der politischen Reaktion der Bourgeoisie den Klassenkampf auf die Abwehr der wirtschaftlichen Folgen der Krise und hier wiederum des Lohnraubs einzuengen - das ist der praktische Verzicht auf den politischen Kampf, auf den Klassenkampf, auf die Revolution. Daran ändert sich nichts, wenn eine "faschistische Gefahr" hochgespielt wird (vgl. "Klassenkampf", Nr.3/76), das entspricht ihm vielmehr. Ebenso entspricht dieser Haltung durchaus, wenn sich die VRA durch die Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte einschüchtern läßt und den Kampf dagegen aus dem Gesamtzusammenhang des Klassenkampfes und der Revolution löst, d.h. nicht den Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs und den Frieden - wie auch jede andere Frage der Demokratie - dem Kampf um die sozialistische Revolution unterordnet, sondern ihn im Gegenteil davon vollständig trennt, die Revolution "auf

Es lebe der 1. Mai, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse!

Kommunistischer Bund Graz, KB Linz, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, KB Wien, Kommunistische Gruppe Graz, KG Klagenfurt

Am 1.Mai werden auch heuer wieder wie bereits seit Jahrzehnten die klassenbewußten Arbeiter in der ganzen Welt in Kundgebungen und Demonstrationen ihre Feindschaft gegen das kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem und ihr Bekenntnis und ihren Willen zur sozialistischen Revolution zum Ausdruck bringen. Die herrschenden Klassen haben alles getan, um den 1.Mai als revolutionären Kampf- und Feiertag zum Verschwinden zu bringen. Auch die österreichische Bourgeoisie hat das - seit im Jahr 1890 die Wiener Arbeiter erstmals zum 1.Mai auf die Straße gingen - immer wieder versucht. Sie hat es mit faschistischem Terror und mit der gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterbewegung versucht, aber es ist ihr letztlich nicht gelungen.

Heute versucht sie es dadurch, daß sie den 1.Mai zum offiziellen Staatsfeiertag gemacht hat. So wie sie die Arbeiter mit ihren Predigten von "Klassenversöhnung", "Sozialpartnerschaft" und "Erweiterung der Demokratie" vom Klassenkampf abzuhalten versucht, so will sie die Arbeiter auch dahin bringen, daß sie am 1.Mai ein Bekenntnis zur Erhaltung der bestehenden Gesellschaft und zum bürgerlichen Staat ablegen. Auch das wird ihr nicht gelingen und heute schon wächst die Zahl der klassenbewußten Arbeiter, die das Ziel der Arbeiterbewegung, die proletarische Revolution, den Sozialismus und die klassenlose Gesellschaft, hochhalten.

Das ist kein Wunder. Denn auch noch so viele Phrasen können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß sich in unserer Gesellschaft Ausbeuter und Ausgebeutete, Unterdrücker und Unterdrückte unversöhnlich gegenüber stehen. Heute zeigt sich wieder klarer als noch vor einigen Jahren: Der Kapitalismus kann der Arbeiterklasse und dem Volk kein menschenwürdiges Leben und keine Zukunft sichern. Das kann nur die Arbeiterklasse selbst, indem sie die Kapitalistenherrschaft stürzt, den bürgerlichen Staat zerschlägt, ihre eigene politische Macht errichtet und eine sozialistische Gesellschaft ohne Privateigentum an Maschinen, Fabriken und Grund und Boden, ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufbaut

Reihen wir uns ein in den internationalen Klassenkampf!

Das Ziel der politischen und sozialen Befreiung ist heute auf der ganzen Welt lebendiger und aktueller denn je. Der 1.Mai 1976 steht im Zeichen des weltweiten Aufschwungs des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere das Hegemoniestreben der beiden Supermächte und des Aufschwungs der internationalen Arbeiterbewegung. Die vollständige Befreiung Indochinas, die Zerschlagung des portugiesischen Kolonialreiches in Afrika, die gewaltigen Fortschritte des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker gegen Zionismus, Imperialismus, Hegemonismus und arabische Reaktion waren ebenso Meilensteine dieser Entwicklung wie der Sturz des Faschismus in Portugal und der Aufschwung des Klassenkampfes in Spanien. Zugleich verstärken die Länder der Dritten Welt ihr Unabhängigkeitsstreben und schließen sich gegen den Imperialismus, insbesondere gegen die beiden Supermächte zusammen, was auch in der UNO einen spektakulären Ausdruck gefunden hat. Eine entscheidende Stütze dieser günstigen internationalen Enwicklung ist die konsequente Außenpolitik der Volksrepublik China und ebenso das leuchtende Beispiel des Aufbaus des Sozialismus in China, Albanien und in den anderen sozialistischen Ländern. Immer enger wird der Spielraum des Imperialismus und immer schwächer wird er gegenüber der internationalen Arbeiterklasse und den Völkern der Welt, wenn sie sich zum Kampf erheben. Immer wilder versuchen zugleich vor allem die beiden Supermächte, diese Entwicklung aufzuhalten, und immer heftiger wird der Kampf dieser beiden größten Räuber um die verbleibende Beute. Die Sowjetunion, die sich im Gefolge der revisionistischen Entartung und der Restauration des Kapitalismus zu einer imperialistischen Supermacht entwickelt hat, ist dabei die aggressivere und gefährlichere Supermacht, von der die Hauptgefahr für die Völker ausgeht, während den USA der Kampf der Völker bereits viel schwerere Schläge versetzt hat und sie sich allgemein im Rückzug befinden. Auch das österreichische Volk muß gegenüber den Bestrebungen des Sozialimperialismus besonders wachsam sein. Das Ringen der beiden Supermächte geht vor allem um Europa mit seinen gewaltigen menschlichen und sachlichen Produktivkräften und dabei versuchen sie sich auch die kleinen und mittleren imperialistischen Länder Europas zu unterwerfen. Aber das zeigt der Arbeiterklasse in diesen Ländern nur noch mehr die Notwendigkeit der Beseitigung aller bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und die Notwendigkeit, sich an der Seite der unterdrückten Völker in den internationalen Klassenkampf gegen den Imperialismus und besonders die beiden Supermächte einzureihen und vor allem die eigene Bourgeoisie, ihren unmittelbaren Hauptfeind, zu stürzen. Es wachsen sowohl die Faktoren für den Krieg, auf den die Rivalität der beiden Supermächte zutreibt als auch die Faktoren für die Revolution, die nicht nur die einzige Möglichkeit ist, den Krieg zu verhindern, sondern auch alle Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen.

Der Klassenkampf in Österreich nimmt einen Aufschwung

Im letzten Jahr hat sich die allgemeine politische Krise des Imperialismus verschärft durch ihr Zusammenfallen mit der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Für die Arbeiterklasse hat das als unmittelbare Folgen Lohnabbau, Arbeitshetze, Arbeitslosigkeit und allgemeinen Druck seitens der Kapitalisten in lange nicht mehr dagewesenem Ausmaß bedeutet. Aber der Widerspruch, daß die Lebenslage der Massen sich verschlechtert, nicht weil es zuwenig Waren gibt, sondern weil es zuviel gibt, zuviel, als daß die Kapitalisten sie mit dem erwarteten Profit verkaufen könnten, so daß sie die Produktion drosseln und einstellen, - dieser Widerspruch läßt auch die Widersinnigkeit des kapitalistischen Systems, die Widersinnigkeit der Produktion aller für den Profit einiger weniger, deutlicher hervortreten.

Auch Österreich ist im vergangenen Jahr von der Wirtschaftskrise erfaßt worden. Die österreichischen Arbeiter haben sich aber durch die Folgen der Krise nicht weiter niederdrücken lassen, sondern den Kampf dagegen verstärkt. Die Zahl der Streiks hat sich verdoppelt. Vor allem sind die Lohnraubpläne der Kapitalisten bei den Kollektivvertragsverhandlungen trotz der Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführer nicht kampflos über die Bühne gegangen und es gärt in der Arbeiterjugend. An verschiedenen Punkten kommen die Volksmassen in offenen Widerspruch mit dem bürgerlichen Staat. Die schlechten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse werden immer drückender und immer spürbarer wird die politische Abhängigkeit und Rechtlosigkeit des Volkes, die es behindert, wenn es seine Interessen zur Geltung bringen will. Immer mehr Arbeiter beginnen zu erkennen, daß es keine Gemeinsamkeit mit den Kapitalisten gibt und auch nicht mit dem Staat, der die Gesellschaft im Interesse der Kapitalisten verwaltet.

Verlassen kann sich die Arbeiterklasse nur auf sich selbst, auf die eigenen Kräfte, und diese sind umso größer, je einiger und geschlossener ihre Reihen sind, ob jung oder alt, Frau oder Mann, Ausländer oder Österreicher.

Gegen die politische Reaktion der Bourgeoisie!

Die Bourgeoisie sieht sich mit dem weltweiten Aufschwung des Befreiungskampfes der Völker und der Arbeiterbewegung konfrontiert und mit der wachsenden Selbständigkeit im Denken und Handeln der Massen in Österreich. Sie sieht sich damit konfrontiert, daß die Massen sich nicht mehr mit den bestehenden Verhältnissen abfinden und den Maßnahmen der Kapitalisten und des Staates, die diese Verhältnisse weiter verschlechtern, Widerstand entgegensetzen. Sie weiß, daß sie den Ausweg aus der Krise nur in der weiteren Steigerung der Ausbeutung suchen kann, daß sich die sozialen Verhältnisse weiter verschlechtern werden und daß daher der Klassenkampf sich verschärfen wird. Heute versucht die Regierung noch hauptsächlich, den Bestrebungen und Bewegungen der Massen durch scheinbare Zugeständnisse die Spitze zu nehmen, sie durch alle nur erdenklichen Maßnahmen zu spalten, sie durch Ausweichmanöver und Hinhaltetaktik totlaufen zu lassen. Aber heute schon gelingt ihr das nicht mehr überall und sie bereitet sich auf die unvermeidlichen Zusammenstöße mit der Arbeiterklasse und dem Volk vor.

Der bürgerliche Staatsapparat wird aufgebläht und unterwirft alle Lebensbereiche seiner bürokratischen Verwaltung. Für das Volk bedeutet das Bevormundung, Abhängigkeit, Schikanen und wachsende Ausplünderung durch Steuern und Tarife, weil es das Ganze auch noch selbst finanzieren soll.

Ausgebaut wird vor allem auch der Polizei- und Militärapparat, wofür die Verankerung der umfassenden militärischen, wirtschaftlichen, zivilen und geistigen Landesverteidigung in der Verfassung im letzten Jahr ein Meilenstein war. Diese Aufrüstung des Staatsapparats dient der Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen an der Seite der NATO nach außen ebenso wie der Vorbereitung der Bourgeoisie auf den Fall des offenen Klassenkampfes im Inneren. Dazu gehört auch die im Zusammenhang mit der Benzinpreiserhöhung viel diskutierte "Energiesicherung", zu der Österreich aufgrund der Mitgliedschaft bei der Internationalen Energieagentur (IEA) gezwungen ist. Dadurch stellt sich Österreich in eine Front mit dem westlichen Imperialismus, vor allem den USA, gegen die Staaten und Völker der Dritten Welt, während unser Land gleichzeitig verstärkt in Abhängigkeit vom US-Imperialismus und der NATO gerät und an seiner Seite an der Kriegsvorbereitung teilnimmt.

Auch mit dem Arbeitsverfassungsgesetz und der Strafrechtsreform hat sich die Regierung weitere Waffen der Knebelung und Unterdrückung jeder selbständigen Regung des Volkes verschafft.

Ein weiterer schwerer Schlag gegen die Arbeiterklasse ist das Ausländerbeschäftigungsgesetz. Indem Teile der Arbeiterklasse, unsere ausländischen Klassenbrüder, politisch völlig entrechtet und offen als bloßes Arbeitsvieh für die Kapitalisten erklärt werden, wird die ganze Klasse getroffen, soll ihre Spaltung vertieft und sie gegenüber den Kapitalisten geschwächt werden, soll der Chauvinismus angeheizt und im Denken der Massen der unversöhnliche Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse verwischt, Widersprüche innerhalb der Arbeiterklasse aber geschürt und verstärkt werden.

Ähnlich verhält es sich bei den Plänen der Minderheitenfeststellung. Indem der Staat die Gewährung der elementarsten Rechte auf Gebrauch der Muttersprache von einem Prozentsatz der Betroffenen abhängig macht, verhöhnt er offen die Demokratie, die er auf dem Papier für sich in Anspruch nimmt. Anheizen des Chauvinismus und Spaltung des Volkes durch die immer weitergehende Unterdrückung und Entrechtung der Minderheiten, ständiger bis aufs Messer geführter "Kampf um jede Stimme" zwischen den "Volksgruppen", statt gemeinsamen Kampfes des ganzen Volkes gegen den Staat - darauf zielt die Minderheitenfeststellung ab. Das geplante sogenannte Volksgruppenförderungsgesetz ist nur ein weiteres Manöver im Rahmen dieser Pläne, um die bisher einheitliche Haltung der Minderheiten aufzuweichen und sie dann umso härter zu treffen.

Eine ebensolche Verhöhnung der in Phrasen immer wiederzitierten "Mündigkeit und Freiheit der Staatsbürger" ist das gesetzliche Abtreibungsverbot, das durch die Fristenlösung auf den ersten Blick versteckter, aber umso wirksamer aufrechterhalten wurde und im Zuge der parlamentarischen Behandlung des Volksbegehrens der Aktion Leben weiter verschärft werden soll. Nicht um für oder gegen die Abtreibung geht es, sondern um dafür oder dagegen, daß der Staat und seine Ärzte, Richter und Pfaffen entscheiden sollen, ob und wieviele Kinder die Arbeiterfamilie haben kann und soll.

Vorwärts beim Aufbau der Partei der Arbeiterklasse!
Es lebe der 1. Mai!

Aber auch die immer offenere Reaktion der Bourgeoisie wird die Arbeiterklasse weder einschüchtern und knebeln können, noch werden sich die Arbeiter auf die Dauer von der Sozialdemokratie in Illusionen wiegen und vom Kampf um ihre berechtigten Interessen abhalten lassen. Dabei geht es auch darum, die Gewerkschaften den heutigen bürgerlichen Machthabern im ÖGB streitig zu machen, diese politisch unschädlich zu machen und die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu machen. Dabei geht es aber vor allen Dingen auch darum, daß von den klassenbewußten Arbeitern ein neuer Kampfstab der Arbeiterklasse, eine neue kommunistische Partei aufgebaut wird und sich alle wirklichen Marxisten-Leninisten zusammenschließen. Denn heute, fast zwei Jahrzehnte nach dem Sieg des Revisionismus in der KPÖ, gibt es keine wirkliche Arbeiterpartei in unserem Land.

Sorgen wir dafür, daß der 1. Mai 1976 zu einem Tag wird, an dem die klassenbewußten Arbeiter und alle revolutionären Menschen in Österreich ihrer Entschlossenheit Ausdruck verleihen, ihre Anstrengungen im Kampf um den Sieg des Sozialismus zu verstärken.

GEGEN DIE POLITISCHE REAKTION DER BOURGEOISIE!

GEGEN DIE STEIGERUNG DER AUSBEUTUNG UND DIE ABWÄLZUNG DER FOLGEN DER KRISE AUF DIE ARBEITERKLASSE UND DAS VOLK!

GEGEN DIE IMPERIALISTISCHE AUSSENPOLITIK ÖSTERREICHS!

GEGEN DEN AUSVERKAUF DER UNABHÄNGIGKEIT DES LANDES!

REIHEN WIR UNS EIN IN DEN INTERNATIONALEN KLASSENKAMPF DER ARBEITER UND VÖLKER DER GANZEN WELT UM DIE POLITISCHE UND SOZIALE BEFREIUNG!

REIHEN WIR UNS EIN IN DIE INTERNATIONALE EINHEITSFRONT GEGEN DAS HEGEMONIESTREBEN UND DIE KRIEGSVORBEREITUNGEN DER BEIDEN SUPERMÄCHTE!

VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER PARTEI DER ARBEITERKLASSE!

VORWÄRTS IM KAMPF UM DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES!

VORWÄRTS IM KAMPF UM DEN SIEG DER SOZIALISTISCHEN REVOLUTION!

Impressum: Herausgeber, Eigentümer, Verleger: Kommunistischer Bund Wien, Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz. Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12.
Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

Forderungsprogramm zum 1. Mai 1976

Die ungebrochen andauernde Preistreiberei und die Wellen von Steuer- und Tariferhöhungen führen zu einem ständigen Druck auf den Reallohn. Bei den Kollektivvertragsverhandlungen Ende 1975/
Anfang 1976 haben die Kapitalisten Lohnraubabschlüsse durchgesetzt, in den einzelnen Betrieben setzen sie Maßnahmen zur direkten Senkung des Lohnniveaus. Durch die Angriffe auf den Lohn ist nicht nur die Erhaltung des Lebensniveaus gefährdet, gleichzeitig soll damit die Hinnahme der Methoden zur Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskraft erzwungen werden.

GEGEN DEN REALLOHNABBAU - AUSREICHENDE LOHN- UND GEHALTSERHÖHUNGEN!

GLEICHE SCHILLINGFORDERUNGEN VERBESSERN DIE BEDINGUNGEN FÜR DEN EINHEITLICHEN LOHNKAMPF!

Die Bedeutung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der ganzen Branche zur Verteidigung des Reallohns wächst. So haben im vergangenen Jahr bei vielen Lohnrunden Belegschaften selbständige Aktionen gegen die Angriffe der Kapitalisten und gegen die Kapitulation der Gewerkschafts-Führung gesetzt.

Die verschärften Angriffe der Kapitalisten bewirken, daß die vertraglich abgesicherten Löhne und Gehälter immer größere aktuelle Bedeutung bekommen.

ANHEBUNG DER KOLLEKTIVVERTRAGLICHEN MINDESTLÖHNE bzw. GEHÄLTER IN RICHTUNG IST-LOHN bzw. GEHALTSNIVEAU!

STREICHUNG ALLER JUGENDLOHNGRUPPEN UND DER INOFFIZIELLEN FRAUENLOHNGRUPPEN AUS DEN KOLLEKTIVVERTRÄGEN!

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT!

Steigerung der Ausbeutung, in der heutigen Situation fast ausnahmslos verbunden mit Entlassungen: Damit wollen die Kapitalisten im verschärften Konkurrenzkampf bestehen. Einführung und Verschärfung aller Arten des Leistungslohns, Überstunden, Einführung und Ausdehnung der Schichtarbeit, Einführung der Gleitzeit und andere Rationalisierungsmaßnahmen: Das sind die hauptsächlichen Methoden, mit denen die verschärfte Auspressung der Arbeitskraft betrieben wird. Dabei stellt sich heraus, daß der Akkord selbst die beste Grundlage dafür ist, um in einer Situation des sinkenden Reallohns automatisch die Arbeitshetze zu steigern. Dabei stellt sich weiters heraus, daß z.B. durch die Leistung von Überstunden der Arbeitsplatz des Kollegen gefährdet wird.
Unterminierung von Gesundheit, Arbeitskraft und Familienleben, Aufspaltung und Konkurrenz um den Arbeitsplatz: Das sind die Folgen der kapitalistischen Ausbeutung und ihrer Verschärfung für die Arbeiter.

Dagegen muß die Arbeiterklasse Schutzgesetze durchsetzen, um der Konkurrenz untereinander und dem Heißhunger der Kapitalisten nach immer schärferer Ausbeutung der Arbeitskraft Schranken zu setzen:

VERBOT DES AKKORDS UND ALLER AKKORDÄHNLICHEN SYSTEME!

VERBOT VON NACHT- UND SCHICHTARBEIT AUSSER IN FÄLLEN, IN DENEN SIE AUS TECHNISCHEN, VOM BETRIEBSRAT ANERKANNTEN GRÜNDEN UNVERMEIDBAR IST; BESCHRÄNKUNG DER NACHTARBEITSZEIT AUF DIE HÄLFTE DES NORMALARBEITSTAGES!

VERBOT VON ÜBERSTUNDEN - VOLLSTÄNDIGE DURCHSETZUNG DES 8-STUNDEN-TAGES UND DER 40-STUNDEN-WOCHE!

Darüber hinaus muß die Arbeiterklasse ihren Kampf für die weitere Verbesserung des Schutzes der Arbeitskraft ausrichten auf den 7-Stunden-Tag an 5 Wochentagen und um 8 Wochen Urlaub.

Der verschärfte Konkurrenzkampf der Kapitalisten führt zu Betriebsschließungen und Massenentlassungen. Wenn die objektiven Bedingungen danach sind und die Arbeiter alle ihre Reserven mobilisieren können, kann eine Belegschaft die Stillegung oder Entlassungen abwehren.

Das Anwachsen des Arbeitslosenheeres durch die Überproduktionskrise ist aber eine unvermeidliche Tatsache im Kapitalismus. Gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Existenz eines Heeres von Lohndrückern und Streikbrechern muß die Arbeiterklasse den Kampf aufnehmen.

ARBEITSLOSENUNTERSTÜTZUNG IN DER HÖHE VON MINDESTENS 80% DES LOHNS WÄHREND DER GESAMTEN DAUER DER ARBEITSLOSIGKEIT!

SELBSTVERWALTUNG DER ARBEITSLOSENVERSICHERUNG DURCH DIE VERSICHERTEN!

UNTERSTELLUNG DER ARBEITSÄMTER UNTER DIE SELBSTVERWALTUNG!

BEZAHLUNG DER BEITRÄGE AUSSCHLIESLICH DURCH DIE KAPITALISTEN!

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG ALLER LEHRLINGE AB BEGINN DES LEHRVERHÄLTNISSES AUSSCHLIESLICH AUF KOSTEN DER KAPITALISTEN!

ANERKENNUNG ALLER SCHULABGÄNGE OHNE ARBEIT ALS ARBEITSLOSE!

Mit dem Arbeitsverfassungsgesetz hat der kapitalistische Staat den ersten offenen Schritt zur gesetzlichen Verankerung der Sozialpartnerschaft gesetzt, und damit die Bedingungen für die Niederhaltung aufkommender Bewegungen gegen die Kapitalisten und ihre Herrschaft weiter ausgebaut.

DER ÖGB MUSS AUS DER PARITÄTISCHEN KOMMISSION AUSTRETEN!

FÜR KLASSENBEWUSSTE, KAMPFSTARKE GEWERKSCHAFTEN!

WEG MIT ALLEN GESETZLICHEN EINSCHRÄNKUNGEN UND VERPFLICHTUNGEN AUF DIE KLASSENZUSAMMENARBEIT UND DAS BETRIEBSINTERESSE FÜR BETRIEBSRAT UND JUGENDVERTRAUENSRAT!

WEG MIT DER SCHWEIGEPFLICHT!

WEG MIT DER VERPFLICHTUNG DER ÖFFENTLICHEN BEDIENSTETEN AUF DAS STAATSINTERESSE - WEG MIT DEM ÖFFENTLICHEN DIENSTRECHT!

Auf der Grundlage der allgemeinen Überproduktionskrise hat sich im vergangenen Jahr die Finanzkrise des Staats laufend verschärft.
Im Staatshaushalt wurden große Umschichtungen vorgenommen, die Ausgaben für nahezu alle Bereiche, die für das Volk von Interesse sind, wurden gekürzt, der Abbau im Bereich der Sozialausgaben weiter vorangetrieben. Die Regierungstätigkeit konzentriert sich auf das Erfinden neuer Massensteuern und die Erhöhung aller Steuern, Tarife und Gebühren. Während die Einnahmen aus den Kapitalistensteuern abnehmen oder stagnieren, wird versucht, immer mehr aus den Volksmassen herauszupressen.
Dagegen erheben wir die Forderungen:

SCHLUSS MIT DEN ERHÖHUNGEN VON STEUERN, TARIFEN UND GEBÜHREN!

WEG MIT ALLEN INDIREKTEN STEUERN!

BIS MINDESTENS 10.000 SCHILLING IM MONAT STEUERFREIHEIT!

BESTREITUNG ALLER ÖFFENTLICHEN AUSGABEN, SOWEIT SIE DURCH STEUERN GEDECKT WERDEN AUSSCHLIESSLICH DURCH DIE PROGRESSIVE BESTEUERUNG VON EINKOMMEN, VERMÖGEN UND ERBSCHAFT!

Die Unzufriedenheit und Empörung in der Arbeiterjugend über die Zustände im Ausbildungswesen hat durch die beginnende Lehrstellenknappheit und zunehmende Jugendarbeitslosigkeit neue Nahrung erhalten.

Das kapitalistische Ausbildungssystem ist aufgesplittert und abgestuft. Nur für eine Minderheit der Jugend gibt es eine längere und umfassendere Schulbildung. Für den weitaus größten Teil der Jugend beschränkt sich die Schulbildung auf die Vermittlung der minimalsten Kenntnisse, die erforderlich sind für ihren Einsatz in der Produktion. Nur diejenigen, die einen Lehrberuf beginnen, bekommen die notwendigsten Grundkenntnisse für den bestimmten Beruf und einige noch enger spezialisierte Fertigkeiten vermittelt.

Wir Kommunisten treten dafür ein, daß alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr eine unentgeltliche und allgemeine Bildung auf Staatskosten erhalten, damit jedermann befähigt wird, sich in die Staatsangelegenheiten einzumischen, politische und wirtschaftliche Vorgänge zu durchschauen, seine Rechte wahrzunehmen und am Kampf um politische Rechte teilzunehmen. Wir treten ein für eine polytechnische Bildung in einer Einheitsschule, damit die ganze Jugend die Produktion zu beherrschen lernt, zu ihrer Leitung befähigt wird und alle Abstufungen und Aufspaltungen im heutigen Schulwesen beseitigt werden.
In diesem Sinne treten wir ein für die Forderungen:

SCHAFFUNG UND AUSBAU VON LEHRWERKSTÄTTEN BEI DEN BERUFSSCHULEN!

FÜR EINEN ZWEITEN BERUFSSCHULTAG!

ERHÖHUNG DER LEHRLINGSENTSCHÄDIGUNG FÜR ALLE LEHRLINGE AUF MINDESTENS 75% DES KOLLEKTIVVERTRAGLICHEN FACHARBEITEREINSTELLOHNS, MINDESTENS ABER 3.000 SCHILLING!

VERPFLEGUNG DER BERUFSSCHÜLER AN SCHULTAGEN AUF STAATSKOSTEN!

GEGEN JEDE EINSCHRÄNKUNG DER POLITISCHEN BETÄTIGUNG AN SCHULEN UND HOCHSCHULEN DURCH DAS SCHULUNTERRICHTSGESETZ UND DAS UNIVERSITÄTSORGANISATIONSGESETZ!
ERHÖHUNG ALLER HOCHSCHULSTIPENDIEN UM 1.200 SCHILLING IM MONAT!

Ein massiver Schlag gegen die Arbeiterklasse und das Volk ist der SP-Regierung mit der Verabschiedung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes gelungen.

WEG MIT DEM AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNGSGESETZ-

VÖLLIGE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG FÜR ALLE IN ÖSTERREICH LEBENDEN AUSLÄNDER

Die Empörung über das geplante Volkszählungsgesetz besonderer Art und das sogenannte Minderheitenförderungsgesetz hat große Teile des österreichischen Volks erfaßt und die Regierung und alle im Parlament vertretenen Parteien zum Abrücken von ihren reaktionären Lösungsvorschlägen gebracht.
Eine Lösung der Minderheitenfrage im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes ist nur möglich auf der Linie der Forderungen:

KEIN VOLKSZÄHLUNGSGESETZ BESONDERER ART

GEGEN DAS GEPLANTE VOLKSGRUPPENFÖRDERUNGSGESETZ

BEDINGUNGSLOSE GEWÄHRUNG GLEICHER SPRACHENRECHTE FÜR DIE MINDERHEITEN

FÜR DAS RECHT FÜR ALLE ANGEHÖRIGEN DER MINDERHEITEN OHNE BEDINGUNGEN IN ALLEN BEREICHEN DES VOLKSBILDUNGSWESENS IN IHRER MUTTERSPRACHE AUSGEBILDET ZU WERDEN, IHRE MUTTERSPRACHE BEI ALLEN ÄMTERN UND GERICHTEN IM ÖSTERREICHISCHEN BUNDESGEBIET GEBRAUCHEN ZU KÖNNEN

FÜR DAS RECHT AUF ZWEISPRACHIGKEIT IN GEMISCHTSPRACHIGEN GEBIET BEI TOPOGRAPHISCHEN AUFSCHRIFTEN UND ALLEN AMTLICHEN UND ÖFFENTLICHEN SCHRIFTEN UND BEZEICHNUNGEN

In dem Maß, wie sich die praktischen Erfahrungen mit der Fristenlösung in der Arbeiterklasse und im Volk verbreiten, wächst die Klarheit und Empörung über diese neuerliche Knebelung des Volkes in der Abtreibungsfrage durch den Staat und verbreitet sich die Erkenntnis, daß die Befreiung davon nur im Kampf gegen den bürgerlichen Staat gegen jede Form des Abtreibungsverbots und die Übernahme der Kosten durch die Krankenkasse erreicht werden kann.

FÜR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG ALLER ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN

BEZAHLUNG DER ABTREIBUNGSKOSTEN DURCH DIE KRANKENKASSE

Den zunehmenden Widerstand gegen staatliche Planungsmaßnahmen und die drohende Gefährdung der Umwelt und Wohnbedingungen unterstützen wir mit den Forderungen:

GEGEN DEN BAU DES KERNKRAFTWERKES IN ST.PANTALEON

GEGEN DIE INBETRIEBNAHME DES KERNKRAFTWERKES IN ZWENTENDORF

Die Entwicklung der politischen Reaktion der Bourgeoisie hat bisher ihren Ausdruck nicht nur in der Schaffung einer Reihe von neuen Gesetzen zur Knebelung und Unterdrückung des Volkes gefunden, sondern auch in einem zielstrebigen Ausbau des staatlichen Gewaltapparats. Sie unternimmt immer mehr Anstrengungen um einerseits den Gedanken der "umfassenden Landesverteidigung" im Volk zu verankern, einen Gedanken der auf die Vorbereitung auf den imperialistischen Kriegsfall abzielt, andererseits unter dem Vorwand der "Terroristenbekämpfung" die Angehörigen von Bundesheer und Polizei auf die Bekämpfung von demonstrierenden Arbeiter- und Volksmassen vorzubereiten.
Die Arbeiterklasse darf der Bourgeoisie nicht die Gewehre überlassen.

ERSETZUNG DES STEHENDEN HEERES, DER POLIZEI, GENDARMERIE UND ALLER ANDEREN BEWAFFNETEN FORMATIONEN DES STAATES DURCH DIE ALLGEMEINE VOLKSBEWAFFNUNG; WAHL DER OFFIZIERE; WEITERZAHLUNG DES LOHNS DURCH DIE KAPITALISTEN bzw.BEI ÖFFENTLICH BEDIENSTETEN DURCH DEN STAAT WÄHREND DER DIENSTZEIT IN DER ALLGEMEINEN VOLKSMILIZ.

Nicht anders als im Inneren verfolgt die österreichische Bourgeoisie auch nach außen eine reaktionäre, imperialistische Politik.

Gegen diese reaktionäre Außenpolitik richten sich die Forderungen:

RAUS AUS DER ENERGIEAGENTUR. KEINE RATIFIZIERUNG DURCH DAS PARLAMENT

RÜCKNAHME ALLER IM AUSLAND STATIONIERTEN UN-TRUPPEN AUS ZYPERN UND DEM NAHEN OSTEN

FÜR DIE SOFORTIGE ZULASSUNG BEIDER PLO-BÜROS IN ÖSTERREICH

ANERKENNUNG DER PLO ALS EINZIG LEGITIME VERTRETERIN DES PALÄSTINENSISCHEN VOLKES DURCH DIE ÖSTERREICHISCHE REGIERUNG

WEG MIT DEN VÖEST-PROJEKTEN IM RASSISTISCHEN SÜDAFRIKA UND RHODESIEN

Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr treten wir auf unter den Losungen und Forderungen:

KAMPF DEN HEGEMONIEBESTREBUNGEN DES US-IMPERIALISMUS UND DES SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS. KEIN ENTSPANNUNGSGEREDE, NUR DER GEMEINSAME KAMPF DER VÖLKER GEGEN DIE IMPERIALISTISCHEN KRIEGSTREIBER KANN DEN FRIEDEN SICHERN.

VERPFLICHTUNG ALLER ATOMMÄCHTE, ZU KEINER ZEIT UND UNTER KEINEN UMSTÄNDEN ALS ERSTE KERNWAFFEN ANZUWENDEN!

RÜCKZUG ALLER STREITKRÄFTE VOM TERRITORIUM ANDERER LÄNDER!

ABBAU ALLER MILITÄRBASEN AUF DEM TERRITORIUM ANDERER LÄNDER!

Den gerechten Kampf der Staaten der Dritten Welt gegen die imperialistische Ausplünderung und Unterdrückung unterstützen wir mit der Forderung:

UNTERSTÜTZUNG DER BESTREBUNGEN DER DRITTEN WELT ZUR SCHAFFUNG EINER NEUEN WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

Der Kampf der Völker im Nahen Osten gegen Zionismus, Imperialismus und Hegemonismus unterstützen wir mit den Losungen und Forderungen:

SOFORTIGER RÜCKZUG ISRAELS AUS ALLEN BESETZTEN GEBIETEN!

ZIONISMUS IST RASSISMUS!

FÜR DIE ZERSCHLAGUNG DES ZIONISTISCHEN STAATES!

FÜR EINEN DEMOKRATISCHEN STAAT DER JUDEN UND ARABER IN GANZ PALÄSTINA OHNE RASSISCHE UND RELIGIÖSE DISKRIMINIERUNG!

SIEG DEN ARABISCHEN VÖLKERN IM KAMPF GEGEN DAS DIKTAT DER BEIDEN SUPERMÄCHTE! NIEDER MIT ZIONISMUS, IMPERIALISMUS UND ARABISCHER REAKTION!

Zur Unterstützung des Kampfes der afrikanischen Völker gegen Kolonialismus, Rassismus, Imperialismus und das Hegemoniebestreben erheben wir die Forderungen:

USA UND SOWJETUNION - RAUS AUS AFRIKA!

ABZUG ALLER FREMDEN TRUPPEN AUS ANGOLA!

NIEDER MIT DEN RASSISTENREGIMES IN AZANIA, ZIMBABWE UND NAMIBIA! SIEG DEM KAMPF DER VÖLKER GEGEN RASSISMUS, KOLONIALISMUS UND IMPERIALISMUS!

Den Kampf des portugiesischen und des spanischen Volkes gegen Faschismus, Imperialismus und Hegemonismus unterstützen wir mit den Losungen:

NIEDER MIT DEM SPANISCHEN FASCHISMUS - FÜR DIE FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK SPANIEN!

SIEG DEM PORTUGIESISCHEN VOLK IM KAMPF GEGEN FASCHISMUS UND IMPERIALISMUS - SIEG IM KAMPF UM DIE VOLKSDEMOKRATIE!

NIEDER MIT KONTROLLE UND EINMISCHUNG DES IMPERIALISMUS, VOR ALLEM DER BEIDEN SUPERMÄCHTE IN PORTUGAL UND SPANIEN!

Zur Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes treten wir mit den Losungen auf:

FÜR DEN STURZ DER JUNTA! ES LEBE DER KAMPF DES CHILENISCHEN VOLKES!

Den Kampf des iranischen Volkes unterstützen wir mit der Losung:

NIEDER MIT DEM SCHAH-REGIME!

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Ökonomismus in unseren Reihen entfalten!

später verschiebt" und den Kampf gegen die Supermächte nicht revolutionär, sondern in bürgerlicher Weise führt. So zeigt z.B. ein Artikel in der letzten "Volksmacht" (Nr.113) sehr deutlich, daß die VRA nicht davon ausgeht, daß heute sowohl die Faktoren für den Krieg als auch die Faktoren für die Revolution anwachsen und daß sich die Kommunisten darauf orientieren müssen, daß die Revolution den Krieg zuvorkommt, während sie sich zugleich auf den Krieg vorbereiten. Im Gegenteil geht der Artikel davon aus, daß der drohende Krieg bereits unvermeidbar ist und die Arbeiterklasse und das Volk nichts mehr daran ändern könnten, und landet bei der Behauptung, daß es bei uns "objektiv" nicht um die sozialistische Revolution gehe, und bei der offenen Gegenüberstellung des Kampfes um Unabhängigkeit und Frieden und des Kampfes um den Sozialismus.

Imperialistischer Ökonomismus auch im »Klassenkampf«

Aber der imperialistische Ökonomismus findet sich nicht nur bei der VRA. Zwar nicht als Linie, aber als starke Tendenzen, tritt er auch in der Politik der KBs und KGs auf. Man muß feststellen, daß die Tendenzen des imperialistischen Ökonomismus die schwerwiegendste Beschränkung und Beeinträchtigung unserer Politik darstellen. Der neue Rechenschaftsbericht der Leitung des KB Wien an die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz am 24./25.4.1976 enthält vor allem auch eine Kampfansage gegen diese Tendenzen. Natürlich kommen sie auch in unserer Zeitung zum Ausdruck und allein schon deshalb ist es notwendig, ihnen auch in der Zeitung entgegenzutreten.

Allein in der letzten Nummer gab bzw.gibt es drei hervorstechende Beispiele des imperialistischen Ökonomismus, abgesehen davon, daß dieser ja vor allem so zum Ausdruck kommt, daß eine Frage oder ganze Bereiche der Politik nicht behandelt werden. Es sind dies der Artikel "Staat und Ölkapital vereint gegen das Volk", wo vor allem die Frage der "Energiesicherung" aufgeworfen wird; der Artikel "Krankenkassen 'gesundschrumpfen' - das Volk krankschröpfen"; und der ursprünglich vorgesehene, aber von der Leitung eingezogene Artikel zur "umfassenden Landesverteidigung". In allen drei Artikeln werden wichtige politische Fragen behandelt, ist die Rede von wichtigen politischen Zielen, Bestrebungen, Maßnahmen der Bourgeoisie. Und in allen drei Artikeln wird dem nur oder in der Hauptsache vom Standpunkt des Geldbeutels entgegengetreten.

Die Bourgeosie tritt der Internationalen Energie-Agentur (IEA) bei, wird zum Mitglied dieses internationalen Erspresserkartells unter US-imperialistischer Führung gegen die Dritte Welt, nimmt an der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung an der Seite der NATO teil, betreibt "Krisenvorsorge" großen Stils - und das alles verdammt der Artikel in der Hauptsache deshalb, weil der Aufbau der Energielager, zu dem wir durch die Mitgliedschaft bei der IEA verpflichtet sind, aus Steuermitteln finanziert und die Steuern und der Benzinpreis erhöht werden. Weder ist das die wichtigste "Auswirkung" für das Volk, weder besteht darin die Bedeutung der Sache für das Volk, noch kann man so der Politik der Bourgeoisie entgegentreten. Statt diese Politik zu verdammen und ihr den Kampf gegen den Imperialismus und für den Sozialismus entgegenzustellen, um die Wurzel von Krieg und Abhängigkeit, Krise und Ausbeutung auszureissen und statt der herrschenden Klasse heute schon politische Forderungen entgegenzuhalten, die sich gegen die imperialistische Außenpolitik Österreichs, gegen die Abhängigkeit Österreichs von den westlichen imperialistischen Ländern, gegen die Supermächte und ihre Kriegstreiberei, gegen die Kriegs- und Krisenvorsorge der Bourgeoisie im Inneren richten, - statt dessen wird hier der revolutionäre Klassenkampf gegen die Scheidemünze kleiner wirtschaftlicher Forderungen eingetauscht. Statt z.B. zu erklären, für welche Krisen die Bourgeoisie vorsorgt und daß die Arbeiterklasse solche Krisen dazu nutzen muß, um den Kampf gegen die Kapitalsherrschaft zu entfalten mit dem Ziel ihres Sturzes, stellt der Artikel die absurde Überlegung an, daß im Fall der Krise der "kleine Mann" und PKW-Besitzer, der jetzt den Ausbau der Öllager finanziert, kein Benzin bekommen wird, weil es für Militär- und Wirtschaftszwecke gedacht ist.

Das alles zeigt, daß man als Kommunist an die Frage des drohenden Kriegs und der allgemeinen politischen Krise des Imperialismus nicht vom Standpunkt der unmittelbaren Auswirkungen auf den Geldbeutel herantreten kann, sondern vielmehr auch die Frage des Geldbeutels in den Zusammenhang einer richtigen, von einem internationalistischen und Klassenstandpunkt ausgehenden politischen Tätigkeit stellen muß. Tut man das nicht, überläßt man faktisch die Politik der Bourgeoisie und liefert die Massen ihrem Einfluß aus.

Noch krasser hat derselbe Fehler sich in einem geplanten Artikel zur Verankerung der "umfassenden Landesverteidigung" in der Verfassung (Mitte 75) gezeigt. Statt zu untersuchen, welche Militärpolitik die Bourgeoisie in der gegebenen internationalen Situation und aufgrund der internationalen Stellung Österreichs auf der Grundlage der Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen betreibt, und statt dem unsere Haltung zum drohenden Krieg der Supermächte um Europa, zu der zu erwartenden Stellung Österreichs in diesem Krieg, zu den heutigen Kriegsvorbereitungen und der Aufrüstung und Umstellung des Bundesheers entgegenzusetzen, - statt dessen wurde immer wieder hervorgestrichen, wie teuer alle diese Maßnahmen dem Volk kommen.

Als drittes Beispiel kann der Artikel über die Krankenkassen dienen. Offenbar nimmt die Regierung weitreichende Reformpläne im Bereich der Krankenversicherung in Aussicht, die für die Lohnabhängigen einschneidende Änderungen in einer so wichtigen Frage wie der der Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft nach sich ziehen wird. Statt aber diese Reformpläne vom Klassenstandpunkt zu untersuchen und ihnen unsere Forderungen auf diesem Gebiet entgegenzustellen, werden sie nur kurz angerissen, weder ordentlich und verständlich dargestellt, noch eingeschätzt, um dann noch rasch auf das "Ziel" des Artikels zu kommen: Es wird sich nichts an der Misere des Gesundheitswesens ändern, "nur kosten soll es uns mehr". Offenbar ist aber für die Arbeiterklasse doch einiges mehr von Interesse als diese Aussage, sonst hätte man ja gar keinen Artikel schreiben brauchen. Der Jammer ist nur, daß es für den Artikel, weil er von einem ökonomistischen Standpunkt ausgeht, nicht von Interesse ist.

Solche Beispiele wie diese gibt es noch eine ganze Reihe. So wenn man das Ausländerbeschäftigungsgesetz nicht als eine Maßnahme im Zusammenhang der Reaktion der Bourgeoisie behandelt, sondern als eine Frage, die nur für den wirtschaftlichen Kampf von Bedeutung ist. Es ist kein Mangel des Artikels im letzten "Klassenkampf", die Auswirkungen dieses Gesetzes nur auf den wirtschaftlichen Kampf zu untersuchen, denn das kann und muß man tun und es war das Thema des Artikels. Es ist allerdings ein Mangel der Zeitung, dieses Gesetz noch nie einer umfassenden politischen Untersuchung und Kritik unterzogen zu haben.

Auch die Frage des Staatshaushalts wird bei uns eher als Frage des Geldbeutels, als als Frage der Demokratie dargestellt, unsere Steuerforderungen eher als ökonomische Maßregeln, als als Maßregeln, die gegen den undemokratischen, undurchsichtigen und gegen das Volk gerichteten Charakter des Staates gerichtet sind. So kann aber der Kampf gegen die Steuerausplünderung nicht als Teil des revolutionär-demokratischen Kampfes gegen den bürgerlichen Staat und für seinen Sturz geführt werden.

Solche und ähnliche Fehler gibt es viele in unserer Politik und in unserer Zeitung. Natürlich haben wir z.B. zur Frage der IEA auch Anderes zu sagen gewußt und z.B. den Austritt Österreichs aus diesem imperialistischen Kartell gefordert. Auch in einigen anderen der aufgeworfenen Fragen war das so.

Aber es gibt immer wieder Fehler und es sind immer Fehler in derselben Richtung. Am schwersten wiegt sicher, daß wir bisher den Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte sowie für die Unabhängigkeit Österreichs schwer vernachlässigt und überhaupt die Außen- und Militärpolitik der Bourgeoisie überlassen haben. Zusammenfassend heißt es im neuen Rechenschaftsbericht der Leitung des KB Wien: "Der Ökonomismus zeigt sich darin, daß nicht ausgehend von der politischen Lage und im Hinblick auf unsere Ziele eine einheitliche umfassende Taktik ausgearbeitet wird, sondern die verschiedenen politischen Fragen für sich genommen und nicht als Fragen des Klassenkampfes behandelt werden, d.h.im Zusammenhang des gesamten Klassenkampfes und im Hinblick auf die Revolution. Die Politik wird zu Stückwerk, die Behandlung verschiedener politischer Fragen wird mehr oder weniger der Willkür unterworfen." (S.56)

Der Kampf gegen diese Tendenzen des imperialistischen Ökonomismus ist von größter Bedeutung bei der Entwicklung und Vertiefung unserer politisch-ideologischen Linie und damit im Rahmen der Vorbereitungen für die Gründung der nationalen Organisation und bei ihrem Aufbau.

W.L.

Studenten setzen den Kampf um höhere Stipendien fort

Nach der Demonstration von 2000 Studenten Anfang Dezember hat die Regierung auf hart geschaltet: Sie ist nicht bereit, eine vernünftige Stipendienerhöhung zuzugestehen. Deshalb haben am 6.4. die ärmeren Studenten erneut vor dem Ballhausplatz demonstriert, um zu zeigen, daß sie nicht nachlassen, bis ihre dringenden und gerechten Forderungen akzeptiert werden.

Nach der Demonstration (vgl. Klassenkampf 1/76) hat die SP-Regierung zwar keinen Finger gerührt, um die Lage der Studenten, die keine reichen Eltern haben, zu verbessern. Dafür läuft ihre

Kreiskys Propaganda: »Es gibt weniger Stipendien, weil es den Studenten besser geht« - ein plumper Trick

1971 : Elterneinkommen: 83.000.-/Jahr, Wohnort außerhalb von Wien: erhält ein Stipendium.

1975 : Elterneinkommen von 120.000.-/Jahr würde Reallohnverlust gegenüber 1971 bedeuten, bei einer Indexsteigerung von insgesamt 45%. Student erhält aber KEIN Stipendium. Elterneinkommen ist bereits um 26% "zu hoch"!

Propagandamaschine auf Hochtouren, um die gerechten Forderungen der ärmeren Studenten vor dem Volk in Mißkredit zu bringen und sie so zu isolieren. Bundeskanzler Kreisky - berühmt für seine Unverfrorenheit, jede Verschlechterung als eine Errungenschaft auszugeben - sieht in der Tatsache, daß Jahr für Jahr weniger Studenten weniger Stipendien beziehen, einen großen Fortschritt. Seiner Meinung nach bedeutet das, daß immer weniger Studenten ein Stipendium brauchen. Deswegen seien eigentlich allgemeine Stipendien kaum mehr nötig, weil ja nur mehr "ein unbedeutender Bruchteil" der Studenten bedürftig sei. Das ist reine Demagogie! Denn in den letzten Jahren sind die Nominallöhne der Arbeiter und Angestellten zwar gestiegen, (auch schon was bei der Inflation!), aber die Bemessungsgrundlagen für den Erhalt des Stipendiums wurden nicht erhöht.
So rutschen die Stipendienbezieher in immer niedrigere Klassen herunter und viele verlieren überhaupt das Stipendium. Es gibt sicher genug reiche Studenten, aber gut ein Viertel kommt aus ärmeren Familien. 59% der Studenten, die aus Arbeiterfamilien kommen, erhalten kein Stipendium!

Ein weiterer Schmäh der Regierung: Firnberg: "Die Stipendien dürfen nicht höher als die Mindestrenten sein." Tatsächlich sind die Mindestrenten (2.625.-) zu niedrig. Tatsächlich sind die Stipendien (maximal 2.400.-) zu niedrig. Daß es dem einen Teil des Volkes schlecht geht, wird zur Begründung dafür gemacht, daß sich der andere Teil, dem es ebenfalls schlecht geht, nicht wehren darf! Oder, wenn man den Gedanken zu Ende denkt: Je schlechter es allen Teiles des Volkes geht, desto weniger dürfen sie sich wehren! Das ist die alte Methode der Herrschenden, das Volk auseinanderzudividieren, um es insgesamt noch besser ausplündern zu können. Die Kreisky-Regierung, die offensichtlich all ihren Stolz darein setzt, die Steuerauspressung der Werktätigen zu verstärken und die Sozialausgaben zu kürzen, ist keineswegs bereit, die Stipendien und v.a. die Bemessungsgrundlagen ernsthaft zu erhöhen.

Stattdessen will sie das Stipendienwesen überhaupt aushöhlen, und immer mehr vom RECHTSANSPRUCH auf Stipendien zu einer "individuellen Behandlung als Sonderfall" über einen Fonds zur "Vermeidung sozialer Härte" übergehen. Was es mit diesem famosen Sozialfond auf sich hat, kann man allein an seiner Dotierung ersehen: Wenn nur die wenigen Studenten, die heute noch ein Stipendium kriegen, auf den Fonds angewiesen wären, so würden sie im Semester nicht mehr als 1.000.- erhalten! Diesen Fonds propagieren aber Kreisky und sein Team lautstark, um ihn als Erfüllung des Anliegens der ärmeren Studenten hinzustellen.

Und wie sieht es auf Seiten der Studenten aus? Hat die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) den Regierungsplan zurückgewiesen und die Forderungen der ärmeren Studenten bekräftigt? Das Gegenteil ist der Fall. Die von der ÖSU (ÖVP) beherrschte ÖH ist voll auf die Regierungsmanöver eingestiegen. Sie tritt nun ihrerseits für den Sozialfonds ein und fordert eine Erhöhung des Höchststipendiums. An eine Erhöhung des Höchststipendiums denkt nämlich die Regierung ebenfalls, zur Beruhigung der Gemüter. Da nämlich nur 2% ein Höchststipendium erhalten, ist das eine Maßnahme, die der Regierung nicht viel kosten und den ärmeren Studenten nicht viel bringen wird. In dieser Situation, wo die Studentenvertretung den Studenten in den Rücken fällt, unter den Studenten der Unmut und die Kampfbereitschaft aber anhalten, haben sich die Studenten, auf Initiative der MLS (Studentenorganisation des KB), neuerlich in Komitees organisiert und eine Demonstration am 6.4. angesetzt.

Bürgerliche und reformistische Studentengruppen machen Front gegen die Stipendienbewegung

Der VSStÖ (SPÖ) hat sich immer nur sehr wenig für die Stipendienbewegung begeistern können - kein Wunder, richtet sie sich doch gegen jene Regierung, deren Politik er den Studenten schmackhaft zu machen versucht. Aber auch für ÖSU(ÖVP) und KSV (KPÖ) war der Kampf um höhere Stipendien nur ein Vehikel, um die Studenten vor den Karren ihrer jeweiligen Partei zu spannen. Beide machen sie dabei das Regierungsargument zum Ausgangspunkt, eine Forderung nach Stipendienerhöhung müsse mit Finanzierungsvorschlägen gekoppelt sein. Die ÖSU hat dazu (wie schon berichtet), die ÖVP-Idee nach Bezahlung aus dem Familienlastenausgleichsfonds parat. Der KSV hingegen will die sogenannten "fortschrittlichen Finanzierungsforderungen" aus dem Parteiprogramm der KPÖ an den Mann bringen: "Bezahlung aus Steuerschulden der Unternehmer und Kürzung des Heeresbudgets". Das klingt schrecklich links und ist es doch nicht. Denn wovon heute die werktätigen Massen betroffen sind, das ist die ungeheure und ständig wachsende Ausplünderung durch den Staat über Steuern, Tarife und Gebühren. Die KSV-Forderungen sehen vor, daß die abgepreßten Mittel "umverteilt", das heißt innerhalb des Budgets des bürgerlichen Staates herumgeschoben werden. Dadurch wird ein Arbeiter keinen einzigen Schilling weniger Steuern zahlen, dadurch wird ihn auch z.B. die Eisenbahn keinen einzigen Schilling billiger kommen. Lassen diese grandiosen Vorschläge die Steuerausplünderung des Volkes völlig unangetastet, so zeigen sie überdies eine reformistische, bürgerliche Haltung zum Staat überhaupt. Der Staat ist ein Instrument der herrschenden Klasse, um ihre Klassenherrschaft gegen den Widerstand des Volkes aufrechtzuerhalten. Wer wirklich fortschrittlich sein will, muß daher für die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und seine Ersetzung durch die revolutionäre Demokratie nach dem Vorbild der Pariser Kommune eintreten. Kommunisten, die diesen Namen verdienen, dürfen sich daher auch in Einzelfragen nicht an den bürgerlichen Staat anbiedern, sondern müssen im Gegenteil stets ihre unversöhnliche Feindschaft zu diesem Staat zeigen, und mit jedem Schritt die Massen für diese feindselige Haltung zu gewinnen trachten.
Nicht so die KPÖ, die den Staat letzten Endes als eine über den Klassen stehende Einrichtung betrachtet, für die sie einige Reformvorschläge hat und an der sie selbst gern beteiligt wäre. Deswegen ist es nur konsequent, wenn sie nicht die Bezahlung des Gewaltapparates der Bourgeoisie durch die Massensteuern überhaupt infrage stellt, sondern nur eine "gerechtere Aufteilung" der Lasten durchgeführt sehen will.

Sobald die bürgerlichen Studentengruppen mit solchen Plänen bei den Studenten aber scheitern, werden sie zu offenen Feinden der Bewegung. KSV und VSStÖ hatten sich, weil sie die Bewegung nicht unter Kontrolle kriegen konnten, ganz offen gegen die Demonstration am 6. April ausgesprochen. Sie haben allerlei Manöver, so unter anderem einen "Sozialkampf" zwei Tage später inszeniert, um die Studenten zu verwirren und die Demonstra- →

Studenten gegen Heimpreis

Dauernd steigende Kosten der Lebenshaltung treffen besonders die Studenten aus Familien von Arbeitern, Bauern, kleinen Angestellten und Beamten. Sie machen auch die Masse der Bewohner von Studentenheimen aus. Schon bisher mußte man damit rechnen, für ein Zimmer, das man zu zweit bewohnt, 560.- auf den Tisch zu legen. Jetzt wollen die beiden größten Heimträgerorganisationen, die WIHAST ("Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten"; von der SPÖ beherrscht) und die "Studentenförderungsstiftung" wieder die Heimpreise erhöhen.

Also schlossen sich die Studenten in den Heimen zusammen und organisierten eine Gegenwehr. 600 Bewohner der WIHAST-Heime und über 100 aus denen der Studentenförderungsstiftung beteiligten sich an einem Teilzahlungsboykott (d.h. der alte Heimpreis wird weiter gezahlt). Dabei erzielten sie bisher einen unterschiedlichen Erfolg.

Die einheitliche Front der WIHAST-Heimbewohner erzwang bereits eine Verschiebung der für März geplanten Erhöhung auf Oktober. Schon jetzt zeigt sich deutlich, daß sie auch dann abgelehnt werden wird.

In den Heimen der Stiftung war die Einheit nicht so stark. Daher konnte die Geschäftsfüh-

Universität Wien :

Nichtverlängerung eines Dienstvertrags aus politischen Gründen

Noch im Mai soll - wenn es nach dem Willen der Professoren geht - der Assistent Otto Saipt seinen Posten am Soziologischen Institut verlieren. Obwohl in der Begründung (natürlich) kein Wörtchen von Politik steht, ist die Absicht, die dahinter steckt, offensichtlich: Ein fortschrittlicher Assistent soll vom Institut entfernt werden.

Kollege Saipt hatte sich vor allem zwei "Fehler" zuschulden kommen lassen: Einerseits hatte er ein besonders gutes Verhältnis zu den Studenten und war stets bereit, deren Initiativen und Forderungen (einen Vorlesungsstreik der Studenten gegen zunehmenden Prüfungsdruck im letzten Semester) auch gegenüber den Professoren zu unterstützen, andererseits trat er für die Rechte des Vertragsassistenten und für mehr Selbständigkeit gegenüber den Professoren ein. In diesem Sinn unterstützte er bei den letzten Personalvertretungswahlen am 2./3.12.1975 die Liste G.A.K.U. (Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft "Kritische Universität", eine fortschrittliche Liste von Hochschullehrern - und vor allem eben Assistenten -, die eine gewerkschaftliche Organisierung als einzige Möglichkeit erkannt haben, für ihre Rechte zu kämpfen), denn die Situation der Vertragsassistenten ist momentan so, dass diese als verlängerter Arm, gleichsam als "Wasserträger" der Professoren in jeder Hinsicht eingesetzt werden: Sie sollen sowohl die Lehrmeinung des Professors den Studenten eintrichtern als auch - im Namen des Professors - die Studenten unter Druck setzen. Dazu kommt noch ein Berg von Büroarbeiten.

Um zu erreichen, dass die Assistenten in diesem Sinne auch voll einsetzbar sind, dazu ist das Dienstrecht da, das für die Assistenten eine völlig rechtlose Situation bezüglich den Professoren und dem Ministerium bedeutet: Die Dienstverträge laufen meist nur zwei Jahre und die Assistenten haben keinerlei Recht auf eine weitere Verlängerung - sie müssen um eine Weiterbeschäftigung zu Kreuze kriechen.
Dies ermöglicht natürlich eine "reibungslose" politische Auslese, denn ein unliebsamer Assistent muss nicht entlassen werden - man lässt seinen Vertrag eben auslaufen....

Gegen diese Situation beginnen sich die Assistenten immer mehr zur Wehr zu setzen, sich zusammenzuschliessen - die Kandidatur der Liste G.A.K.U. bei den Personalvertretungswahlen im Dezember 1975 ist ein Ausdruck davon.

Und so geht auch die "Entlassung" des Assistenten Saipt nicht mehr so lautlos vor sich, wie es sich Professoren und Ministerium wünschen: Einerseits hat sich ein Grossteil der Assistenten dieses Instituts mit Saipt solidarisiert. Und andererseits wenden sich auch die Studenten gegen diese weitere Einschränkung der freien politischen Betätigung an der Hochschule - an der Unterschriftensammlung der Studentenvertretung zur Unterstützung von Otto Saipt haben sich bereits 3oo Kollegen der Studienrichtung Soziologie und Volkswirtschaft beteiligt und damit die Forderung unterstützt: VERLÄNGERUNG DES DIENSTVERTRAGES VON ASSISTENTEN OTTO SAIPT!

G.W.

erhöhung

rung es wagen, die boykottierenden Studenten zu verklagen - ein Schritt, den die WIHAST aus politischen Gründen unterließ. Bisher ist noch keine Entscheidung bei Gericht gefallen.
Inzwischen trafen folgende Unterstützungserklärungen für die Kampfmaßnahmen der Heimbewohner ein:
Internationales Studentenheim der Stadt Wien (von der jetzigen Erhöhung nicht betroffen); Sozialistische Jugend, Landesorganisation Kärnten; Junge Generation der SPÖ, Bezirk Klagenfurt Stadt; Junge Generation der SPÖ, Niederösterreich.

H.K.

Fortsetzung von S.2o

tion zum Scheitern zu bringen. Mit solchen üblen Mitteln versuchen sie vergeblich, den Kampf der ärmeren Studenten für eine ausreichende Erhöhung der Stipendien aufzuhalten. Denn die Klarheit unter den Studenten, daß sie nur in der selbständigen Organisierung und im selbständigen Kampf gegen den Staat etwas erreichen können, wächst. Und angesichts solcher Manöver sehen sie umso deutlicher, daß sie nicht auf die bürgerlichen Parteien und ihre Ableger auf der Hochschule vertrauen dürfen.

W.W.

Argentinien

Das Militär übernimmt die Macht

Am 24.3.1976 stürzte das argentinische Militär die Regierung Isabel Perons. Die Junta, die die Macht übernahm, verbot eine Reihe von fortschrittlichen revolutionären Organisationen, untersagte jede gewerkschaftliche Betätigung, hob das Streikrecht auf, verschärfte die Pressezensur und errichtete Kriegsräte, die im Fall von Subversion die Todesstrafe aussprechen können. Mindestens 2.000 Menschen wurden verhaftet.
1973 unterstützte die argentinische Bourgeoisie die Rückkehr des ehemaligen Präsidenten Argentiniens, Peron, der bei Teilen des Volkes großes Ansehen genoß. Sie hoffte, damit die Volksbewegung unter Kontrolle zu bekommen und die Wirtschaft auf dem Rücken des Volkes sanieren zu können.

Aber schon zu Lebzeiten Perons setzten sich die Arbeiter in Streiks und Demonstrationen gegen den von der Regierung verordneten Lohnstopp zur Wehr. Nach der Regierungsübernahme durch Perons Witwe weiteten sich die Bewegungen aus und griffen auf die Staatsangestellten, Studenten und Gewerbetreibenden über.
Gegenüber der beginnenden selbständigen Organisierung des Volkes beschränkte die Regierung die politischen Rechte und setzte immer stärker ihren Gewaltapparat ein. Seit November 1974 herrschte der Ausnahmezustand. Polizei und Militär gingen gegen Demonstrationen vor und besetzten bestreikte Betriebe. Tausende Arbeiterführer wurden ins Gefängnis geworfen und brutal gefoltert. Immer wieder wurden ganze Provinzen dem Militär unterstellt. Faschistische Todesschwadrone mordeten mit Duldung und Unterstützung der Behörden.

Die Unterdrückungspolitik der Regierung konnte den Kampf der Massen für ihre materiellen Interessen, für die Kontrolle über die Gewerkschaften und um politische Rechte nicht brechen. Im Juni 1975 konnten die Arbeiter durch einen dreiwöchigen Streik eine 150%ige Lohnerhöhung, den Rücktritt des Wirtschaftsministers und die Entfernung des für die staatliche Repression verantwortlichen Lopez Rega durchsetzen. Seither rissen die Streiks nicht ab. Mehr als die Hälfte dieser Kämpfe wurden von der Regierung für illegal erklärt und eine große Anzahl von Arbeiterführern verhaftet. In den letzten Tagen vor dem Putsch konnte eine Demonstration zum Regierungspalast nur durch den massiven Einsatz der Polizei verhindert werden.
Am Widerstand der Arbeiterklasse scheiterten die Sanierungspläne der argentinischen Bourgeoisie und des US-Finanzkapitals. Seit 1973 hat sich die wirtschaftliche Situation weiter verschlechtert. Die Inflation stieg stark an und liegt bei 400%, die Devisenreserven schrumpften zusammen, das Budgetdefizit nahm zu. Die peronistische Politik der Klassenversöhnung hatte sich als unfähig erwiesen, die Massen soweit unter Kontrolle zu halten, daß sie Ausbeutung und Ausplünderung hinnehmen, unfähig, um der kapitalistischen Wirtschaft zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen und dem Auslandskapital, besonders dem amerikanischen, hohe Profite zu sichern.
Die Militärjunta bietet sich jetzt an, genügend Härte aufzubringen, um diese Politik konsequent durchzuführen.

H.B.

Unter Führung der Kommunistischen Partei wird die portugiesische Revolution siegen!

Nachdem die portugiesische Arbeiterklasse 12 Jahre lang nicht mehr über ihre Vorhutpartei verfügte, ist zu Jahreswende die PCP(R) (Wiederaufgebaute Kommunistische Partei Portugals) gegründet worden. Diese Neugründung war durch eine lange und intensive Auseinandersetzung unter den Marxisten-Leninisten Portugals vorbereitet worden.
Alle wesentlichen marxistisch-leninistischen Organisationen und Kräfte haben sich in der PCP(R) zusammengeschlossen.

Dies stellt eine wichtige Voraussetzung dar, daß die portugiesische Arbeiterklasse ihre historischen Aufgaben erfüllen kann. Der Gründung der Partei kommt gerade in einer Zeit, in der der Faschismus wieder sein Haupt erhebt, große Bedeutung zu. Der Aufbau dieser Partei wird es der Arbeiterklasse ermöglichen, sich an die Spitze des antifaschistischen, antiimperialistischen Kampfes zu stellen, und ihn zu führen, wird es ihr ermöglichen, das Volk in einen siegreichen Kampf zur restlosen Zerschlagung des Faschismus und zur Errichtung einer wirklich revolutionären Demokratie zu führen und schließlich den Sozialismus und Kommunismus zu erringen.

Fortsetzung von Seite 1:

Massenaktionen gegen israelische Besatzer

Den Höhepunkt erreichte die Aufstandsbewegung gegen den zionistischen Unterdrückerstaat am 3o. März, der von den Palästinensern zum Tag des arabischen Bodens erklärt wurde. An diesem Tag hat das palästinensische Volk zum Ausdruck gebracht, dass nach 3o Jahren zionistischer Herrschaft der Wille des Volkes, sich von seinen Unterdrückern zu befreien, nicht gebrochen werden konnte, sondern - im Gegenteil - heute stärker denn je vorhanden ist. Die palästinensischen Massen treten am 3o. März im ganzen Land in den Generalstreik, die arabischen Kaufleute halten ihre Läden geschlossen. In vielen Orten wird die Fahne der PLO gehisst. In den Städten und Dörfern kommt es trotz Ausgehverbotes und massiver Verstärkung der israelischen Militäreinheiten immer wieder zu Demonstrationen und Kämpfen mit den zionistischen Soldaten. Die Demonstranten bewerfen die schwer bewaffneten Soldaten mit Steinen und brennenden Autoreifen und errichten Strassensperren um das Eindringen von Besatzungstruppen zu verhindern.

Überaus mutig beteiligen sich die arabischen Jugendlichen am Kampf. Die Zionisten können sich der wachsenden Bewegung nur durch massiven Einsatz ihres Militärapparates erwehren. Bereits am 17. März hat eine Einheit der israelischen Armee wild in eine Gruppe von Schulkindern geschossen und dabei einen elfjährigen Schüler getötet. Wie sehr die Zionisten in der ganzen arabischen Bevölkerung verhasst und isoliert sind, zeigt die Tatsache, dass sie das Begräbnis des ermordeten Schülers um Mitternacht ansetzen mussten, um die Empörung des Volkes möglichst in Grenzen zu halten. Allein am 3o. März haben israelische Soldaten mindestens 7 Araber getötet und mehr als 2oo verwundet.

Das Palästinensische Volk wird seine Entrechtung niemals hinnehmen !

Entrechtet und als Menschen zweiter Klasse in ihrem eigenen Land - das ist das Los der Palästinenser, die in Israel und den besetzten Gebieten unter israelischer Herrschaft leben müssen.
"Die israelische Besatzungsmacht in den eroberten Gebieten (ist) nicht nur keine liberale, sie ist vielmehr eine der grausamsten und repressivsten der Neuzeit.... Das erste, woran sich die Besatzungsbehörden machten, war, mit allen Mitteln... eine Massenvertreibung der Palästinenser aus ihrem Heimatland zu organisieren,... Menschen, die in Jerusalem geboren wurden und ein Leben lang hier wohnten, gestattet man nicht, zurückzukehren und in ihrer eigenen Stadt zu leben, selbstverständlich deshalb, weil sie keine Juden sind." (Dr. Israel Shahak, Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem und Präsident der Israelischen Gesellschaft der Menschenrechte)
Mit Massenverhaftungen versuchten die Zionisten den Widerstand zu brechen. Ca. 4ooo Palästinenser sitzen heute in israelischen Gefängnissen unter Administrativhaft, d.h. jahrelang ohne Anklageerhebung und Prozess. Folterungen an politischen Gefangenen sind an der Tagesordnung. Seit 1967 steht die palästinensische Bevölkerung in den damals besetzten Gebieten unter Militärgerichtsbarkeit. Die arabische Kultur wird systematisch zerstört.
An ihren Arbeitsplätzen werden palästinensische Arbeiter gegenüber jüdischen deutlich benachteiligt. Sie erhalten nur etwa ein Drittel des Lohnes ihrer jüdischen Kollegen. An Araber werden in den Städten keine Wohnungen vermietet - sie müssen entweder in Slums wohnen oder aus den Dörfern kommen, von wo sie oft einen Anmarschweg von mehr als 5

Die bürgerliche Opposition Spaniens reicht dem Mörderregime die Hand

Die Demokratische Junta und die Konvergenzplattform gaben Ende März ihren Zusammenschluß in einer einzigen Organisation bekannt. Die beiden Oppositionsbündnisse, jeweils unter Vorherrschaft der revisionistischen PCE oder der PSOE, wollen damit ihrem schwindenden Einfluß auf die Massenbewegung begegnen und die Regierung möglichst rasch zu einem "Pakt" zwingen, damit wieder Friede im Land herrscht und die Annäherung an die EG vollzogen werden kann.
Nur kurze Zeit nachdem bei heftigen Kämpfen in Vitoria und im ganzen Land Arbeiter von den Polizeischergen umgebracht wurden, bieten sie dem faschistischen Regime ihre Zusammenarbeit an, um im Rahmen einer Koalitionsregierung endlich Reformen zu verwirklichen. Die von der ganzen bürgerlichen Opposition propagierte "Friedliche Lösung" - wobei sich die PCE am meisten ins Zeug legt - ist ein Schlag ins Gesicht der um ihre Rechte und Interessen kämpfenden spanischen Arbeiter und hilft nur der Regierung bei ihrer Suche nach einem Weg aus ihrer bedrohlichen Lage.
Gerade Anfang März zeigte sich, wie schwach die Regierung des Großkapitals, wie stark das spanische Volk trotz aller Unterdrückung ist. Schon in den Wochen davor nahm die Streikbewegung im ganzen Land an Umfang und Stärke zu. Am 24.2. gab es einen Toten bei einer Demonstration der streikenden Arbeiter der Schuhindustrie in Elda, Alicante, deren Versammlungen verboten worden waren. Am nächsten Tag legten die Arbeiter der ganzen Umgebung die Arbeit nieder.
Besonders hart entwickelten sich die Kämpfe in Vitoria. Die Streiks der Arbeiter dieser Stadt für Lohnerhöhungen und Anerkennung ihrer gewählten Vertreter sollten am 3.3. in einem Generalstreik zusammengefaßt werden. Trotz massivem Polizeiaufgebot werden schon vormittags in der ganzen Stadt Demonstrationen organisiert. Gegen das brutale Vorgehen der Polizei, die bedenkenlos Tränengas und Gummigeschoße einsetzt , errichten die Arbeiter Barrikaden und behaupten in 12-stündiger Schlacht die Straße. Am Abend ziehen die Arbeiter und ihre Frauen zu einer Kirche, wo sie immer ihre Versammlungen abhalten. Die Polizei räuchert die Kirche mit Tränengas aus und feuert wild in die herausströmende, unbewaffnete Menge. 3 Tote hat Vitoria an diesem Tag zu beklagen. Die ganze Nacht dauern die Kämpfe an, noch am nächsten Tag stehen die Barrikaden. Der Terror der Fabrikherren und ihrer Regierung facht den gerechten Haß der spanischen Arbeiter nur weiter an. In den nächsten Tagen werden Solidaritätsstreiks in der ganzen Provinz organisiert. Generalstreik in Pamplona. 150000 streiken am 6.3. im Baskenland. In der kurzen Wochen bis zum 8.3. haben die Polizeischergen 8 spanische Arbeiter getötet, hunderte zum Teil schwer verletzt, tausende gefangen genommen. Die spanische Regierung stellte sich voll hinter den Polizeiterror. In diesen Tagen ist deutlich geworden, daß sie nur den Faschismus Francos fortsetzt, daß ihr das spanische Volk unversöhnlich gegenübersteht und immer größere Gegenwehr und Organisiertheit im Kampf gegen die Faschistenherrschaft entwickelt.



Gegen eine Demonstration von 30.000 streikenden Bauarbeitern vor dem Gewerkschaftsgebäude setzt die Polizei Wasserwerfer ein. Aber jugendliche Arbeiter bilden mutig Mauern, um die Wasserstrahlen abzuhalten, anderen machen unterdessen die Wasserwerfer unbrauchbar.

Der neueste Versuch der spanischen Regierung, sich über die Zulassung von politischen Parteien - ausgenommen der PCE - einen liberalen Anstrich zu geben und Verbündete in der Opposition zu gewinnen, ist gescheitert. Zu offensichtlich war im vorgelegten Gesetzesentwurf die Kontrolle der Parteien durch den Staat, der sie nach Belieben auch wieder "aussetzen" kann, zu gering der Einfluß der PSOE in den Massen, als daß diese darauf hätte eingehen können. Sie stellte sich statt dessen an die Seite der PCE im vereinten Versuch, die Kämpfe des spanischen Volkes zu beschwichtigen. Dieses aber setzt nicht auf die "nationale Versöhnung" (wie die PCE in einer Erklärung schon im Jänner) sondern auf den Sturz des Faschistenregimes und auf die Revolution.

Inzwischen gehen die Streikkämpfe weiter, auch wenn die bürgerliche Presse sie totschweigt. So sind z.B. in der Baskenprovinz Vizcaya noch 15000 im Streik, die Arbeiter von Michelin halten in ihrem schon Wochen dauernden Streik aus. Immer wieder neue Gruppen greifen zum Mittel des Streiks. Nach langem Stillhalten und Warten auf die Erfüllung ihrer Forderungen streiken jetzt die Telefon- und Telegrafenbediensteten und der Streik hat sich in kurzer Zeit übers ganze Land ausgebreitet.



JUGENDLICHE ARABER HISSEN IN BIR ZAIT DIE PLO-FAHNE

Stunden in Kauf nehmen müssen. Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung gibt es für palästinensische Arbeiter nicht.
Gegen diese Rechtlosigkeit die Unterdrückung ist das palästinensische Volk einheitlicher als je zuvor aufgetreten. Die Unterstützung der Massenaktionen durch die arabischen Bürgermeister und Politiker zeigte, dass es der israelischen Besatzungsmacht nicht gelungen ist, durch Bestechung der Notablen, der reichen arabischen Grundbesitzer im Westjordanland, das arabische Lager zu spalten. Das palästinensische Volk hat durch seinen mutigen, selbständigen Kampf alle jene in die Schranken gewiesen, die ihm raten, sich doch irgendwie mit den Zionisten zu arrangieren. Aber wie sollte es sich mit einer Macht arrangieren, die allein auf Vertreibung und Diskriminierung des palästinensischen Volkes beruht? Sollte es vielleicht dafür kämpfen, dass die Unterdrückung ein bisschen weniger gross wird, dass die Diskriminierung in Grenzen gehalten wird? "Es geht letztendlich nicht um den Tempelberg sondern um die Befreiung von der israelischen Fremdherrschaft", machte der Bürgermeister von Bethlehem klar. Weil die israelischen Besatzer genau wissen, dass bei den Wahlen zu den Gemeinderäten am 12. April nur solche Kandidaten eine Chance haben, die sich offen gegen sie stellen, versuchen sie es jetzt mit der Ausweisung der Kandidaten. Solange aber das Ziel des palästinensischen Volkes und der PLO nicht erreicht ist, die Befreiung vom israelischen Unterdrückerstaat und die Errichtung einer palästinensischen demokratischen Gesellschaftsordnung ohne rassistische und religiöse Diskriminierung, - solange werden die Massenkämpfe gegen die israelischen Besatzer zunehmen und ihre Geschlossenheit wachsen.

W.F.

Für ein Informationsbüro der PLO !

In vielen Staaten der Welt hat die palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) schon Büros errichtet. Von der österreichischen Regierung wurde diese Frage immer auf die lange Bank geschoben.
Anläßlich seiner Nah-Ost-Mission im Auftrag der Sozialistischen Internationale mußte Kreisky jetzt offen dazu Stellung nehmen. Er kann nicht einerseits die Freundschaft mit den arabischen Ländern ausbauen, um bessere Geschäftsbedingungen zu schaffen und gleichzeitig sich um die PLO herumdrücken. So entschloß er sich für die Einrichtung eines PLO-Büros in Wien - allerdings vorerst nur bei den UN-Organisationen. Seinen großen Worten, daß er auch gegen die Einrichtung eines Informationsbüros nichts einzuwenden habe, soll man nicht trauen. Um sich möglichst lange vor dem Problem zu drücken inszenierte die Regierung im Zusammenspiel mit der ÖVP ein Schauspiel über das "Ringen" um die Haltung Österreichs im Nah-Ost-Konflikt. Der Kurier konstatiert im Februar ein "Sicherheitsrisiko" durch die Zulassung eines PLO-Informationsbüros und ruft sogar indirekt zu Demonstrationen auf. Das einzige Risiko, das durch die Zulassung eines solchen Büros bestünde, besteht in der "Gefahr" der Durchbrechung des prozionistischen Informationsmonopols in Österreich. Deshalb wird auch Kreisky gern die "schweren Bedenken" der ÖVP-Opposition und der bürgerlichen Presse zum Vorwand nehmen, um die Sache zu verschieben. Wir müssen daher weiterhin entschlossen für die Errichtung eines Informationsbüros der PLO in Österreich eintreten, für das Recht der einzig legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes, die Wahrheit über die Schandtaten der zionistischen Unterdrücker und über den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes zu verbreiten.

Die wirtschaftliche Lage Israels verschärft sich

Mitte März wertete Israel erneut seine Währung um 2% ab. Seit der 43% Abwertung des israelischen Pfunds im November 1974 wurde damit die israelische Währung in 16 Monaten um insgesamt weitere % abgewertet.
Gleichzeitig verfügte die israelische Regierung Preiserhöhungen von über 20% für alle wichtigen Grundnahrungsmittel (Brot, Milch, Fleisch, usw.), die Tarife im öffentlichen Verkehr wurden um 25% erhöht, ein Liter Benzin kostet jetzt in Israel umgerechnet 10 Schilling.
Diese Maßnahmen sollen dem zionistischen Staat heuer 2 Milliarden israelische Pfund (ca.5 Mrd.Schilling) zusätzlich einbringen. Sie erhöhen mit einem Schlag den Preisindex um 4,5%. 1975 stiegen die Preise in Israel offiziell um 55,6%!
Weitere Preis- und Tariferhöhungen sind angekündigt.
Die extreme Ausplünderungspolitik des Kolonialstaates Israel (Israel hat die höchste Besteuerung in der Welt) ist notwendig, um die riesigen Rüstungsausgaben zu finanzieren.
Die aggressive Expansionspolitik der Zionisten gegen die arabischen Staaten und die Unterdrückung des palästinensischen Volkes erfordern eine immer wahnwitzigere Militarisierung Israels. Der Anteil der militärischen Ausgaben im israelischen Budget beträgt 40%, das sind 33 Milliarden israelische Pfund (ca.83 mrd. Schilling).
Nur die massive Unterstützung durch den US-Imperialismus verhindert den wirtschaftlichen Zusammenbruch Israels und ermöglicht die weitere Forcierung der militärischen Aufrüstung. Für das Finanzjahr 1976/77 wurde Israel bisher 1,5 Mrd.Dollar (27 Mrd.Schilling) US-Hilfe zugesagt.
Die Ausplünderungspolitik der israelischen Regierung verschärft jedoch die inneren Widersprüche. Besonders betroffen von der Inflation sind die orientalischen Juden, deren Lebensbedingungen sich zunehmend verschlechtern. Der Unmut gegen die Regierungspolitik nimmt auch unter der jüdischen Bevölkerung zu, es kam wiederholt zu wilden Streiks und Demonstrationen.

(Statistische Angaben aus "Neue Zürcher Zeitung", 26. Februar, 4.,16.und 17.3.76)

W.W.



Auch in Österreich verfängt die Propaganda der Zionisten immer weniger und wächst die Solidarität mit dem heroischen Kampf des palästinensischen Volkes. 500 Menschen demonstrierten am 1.April zur israelischen Botschaft und protestierten heftig gegen die rassistische Politik des zionistischen Staates Israel. Immer wieder war zu hören: "Nieder mit dem Zionistenstaat, für ein freies Palästina!" Die Passanten waren sehr interessiert an den Zielen des palästinensischen Volkes.
Allerdings gab es auch Kräfte, die alles versuchten, um die Bildung einer starken, einheitlichen Solidaritätsbewegung zu verhindern. Der KSV (Studentenorganisation der KPÖ) weigerte sich, an der Aktionseinheit teilzunehmen , weil auf der Demonstration auch die Losung des palästinensischen Volkes "Für die Zerschlagung des Staates Israel - für die Errichtung eines demokratischen Staates in ganz Palästina" mitgetragen werde.
"Sein Verhalten zeigt, daß es sich hier nicht um eine Organisation handelt, die den Kampf des Palästinensischen Volkes unterstützt, sondern um eine, die die Ziele des Sozialimperialismus propagiert." (aus einem Flugblatt von KB Wien und MLS).
Damit nicht genug, bemüßigte sich der KSV, diese Einschätzung zu bestätigen und versuchte bei der Abschlußkundgebung im Verein mit dem VSStÖ (Verband Sozialistischer Studenten Österreichs) die Schlußrede zu stören. Zu diesem Zweck hatten sie ein Mikrophon samt Lautsprecheranlage mitgebracht und schrien "Hoch die UdSSR" und "Maoisten helfen den Zionisten". Diese Aktionen wurden aber von empörten Demonstrationsteilnehmern, die Unterstützung in den eigenen Reihen dieser Spalterorganisationen fanden, schnell abgestellt. Ihr Ziel, die Solidarität zu schwächen und zu spalten, haben sie mit dieser Aktion nicht erreicht, sondern viel dazu beigetragen, den lügenhaften Charakter der "Unterstützung" von Seiten der Revisionisten, deutlich zu machen.
Mit einem mehrsprachigem Singen der Internationale wurde die Kundgebung beendet.

Die Tage des Siedlerregimes sind gezählt

Das Volk von Zimbabwe ist in der Offensive

Der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe (Rhodesien) hat seit Ende des letzten Jahres einen enormen Aufschwung genommen. Das Ziel dieses Kampfes ist die Erringung der nationalen Unabhängigkeit. Sie ist Vorraussetzung dafür, daß das afrikanische Volk darangehen kann, über seine Angelegenheiten selber zu entscheiden und das Land nach den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung aufzubauen und nicht nach denen einer kleinen Minderheit.
Der Weg zu Selbstbestimmung und Unabhängigkeit kann nur über den bewaffneten Kampf zur Zerschlagung der Herrschaft des Siedlerregimes gehen, dessen Existenz auf dem Landraub, der Unterdrückung und Entrechtung der afrikanischen Volksmassen beruht. Diese Erkenntnis ist das Resultat der jahrzehntelangen Erfahrungen des Volkes von Zimbabwe, mit den Rassisten, die ihre Herrschaft mit Waffengewalt aufrechterhalten und jeden friedlichen Versuch des Volkes, seine elende Lage innerhalb des Kolonialsystems zu ändern, mit Gewalt beantwortet haben. Deshalb hat das Volk zu den Waffen gegriffen, als entscheidendes Mittel zur Durchsetzung seines unmittelbar nächsten Zieles: Die sofortige afrikanische Mehrheitsregierung!



Während die weißen Siedler ihre Farmhäuser mit Drahtzäunen zu schützen suchen, erringen die Streitkräfte des ANC immer größere Erfolge.

Ein wichtiger Schritt vorwärts in diese Richtung war das Abkommen von Lusaka im Dezember 1974. Die Bfreiungsorganisationen ZANU, ZAPU, ANC und PFOLIZI schlossen sich im erweiterten ANC (Afrikanischer Nationalkongreß von Zimbabwe) zusammen in Hinblick auf die größtmögliche Geschlossenheit der Befreiungsbewegung und Einheit der Nation gegenüber dem gemeinsamen Feind, dem Kolonialregime Smiths.
Der ANC anerkennt die Unvermeidbarkeit der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes bis zur völligen Befreiung Zimbabwes. Auf Grund der erfolgreichen politischen Überzeugungsarbeit des ANC konnten Tausende Männer und Frauen für die Befreiungsarmee, und die Volksmassen für deren Unterstützung mobilisiert werden.
Heute werden ca. 15.000 Freiwillige in den Lagern in Mozambique politisch und militärisch für den Kampf ausgebildet. Hunderte von ihnen sind bereits nach Rhodesien zurückgekehrt. Über den nordöstlichen Teil des Landes hinaus, der schon seit 1972 eine feste Basis des Befreiungskampfes darstellt, wurden 2 neue Fronten im östlichen und südöstlichen Grenzgebiet bis zur Grenze nach Südafrika eröffnet. Kleinere Kampftruppen stoßen bereits tief ins Landesinnere vor. Die Armee der weißen Herrenmenschen in die auch Schwarze rekrutiert werden, ist bereits vom ANC unterwandert, sodaß alle ihre Pläne den Freiheitskämpfern bekannt sind.

Die Herrschaft der Kolonialisten vor dem Ende

Der Aufschwung des Befreiungskampfes versetzt das Smith-Regime in äußerste Bedrängnis. Die meisten weißen Kolonialisten stellen sich bereits darauf ein, daß es mit ihrem Ausbeutungsparadies Rhodesien zu Ende geht. "Kaum einer unter den 230.000 Weißen, der sich nicht bereits diskret nach einem neuen Wohnsitz umschaut oder Möglichkeiten geprüft hat, einen zweiten, nicht auf Rhodesien laufenden Paß zu erhalten. Häuser und Farmen werden zu Spottpreisen im 'Herald' angeboten" (NZZ, 30.1.1976) Aber die Kolonialisten kämpfen bis zuletzt um ihr luxuriöses Leben.
Die Zeit der "Verfassungsgespräche" in den letzten Monaten wurde zu massiven Kriegsvorbereitungen gegen das Volk von Zimbabwe genutzt.
Entlang der 1300 km langen Mozambique-Grenze soll eine menschenleere Zone geschaffen werden, mit Drahtverhauen und Minenfeldern. Die afrikanische Bevölkerung wird in sogenannten "beschützten Dörfern" konzentriert, um sie besser unter Kontrolle zu haben.
Trotz solcher Maßnahmen nehmen die Kampfaktionen zu und die Rassisten und ihre imperialistischen Verbündeten geraten in Panik: "Verschärft sich der Konflikt, kann Rhodesien nicht lange aushalten. Rhodesien (230.000 Weiße, 6 Mill. Schwarze) hat nur 3.500 reguläre weiße Soldaten in den Landesstreitkräften und 1.200 in der Luftwaffe. Die Streitkräfte können durch 10.000 Wehrpflichtige aller Rassen, durch 35.000 Reservisten und 8.000 Polizisten unterstützt werden. Die internationalen Sanktionen gegen Rhodesien zwingen die Regierung, auf schwierigen Wegen Materialnachschub zu besorgen." (SZ, 23.3.76)

Die Imperialisten ringen um Einfluß in Zimbabwe

Eines steht für die Imperialisten fest: Der Untergang des Kolonialismus und Rassismus, wie er vom Smith-Regime praktiziert wird, ist unvermeidlich.
Angesichts der durch den Befreiungskampf bevorstehenden Veränderungen entwickeln sie eine heftige Aktivität. Das südliche Afrika ist zu einem Brennpunkt des heftigen Konkurrenzkampfes der beiden Supermächte geworden. Die USA ringt darum, ihre schwer angeschlagene Position in diesem Gebiet gegenüber dem revolutionären Ansturm der Völker und dem Vordringen des Sozialimperialismus zu halten.
Dieser versucht wie überall, Schwächen und Niederlagen der USA in eigene Erfolge umzumünzen und sich mit der Taktik der Spaltung und unter dem Deckmantel der "brüderlichen sozialistischen Macht" auch an das Volk von Zimbabwe heranzumachen und es in seine Abhängigkeit zu bringen. Unter diesem Deckmantel führte die SU ihre aggressive Politik durch, schürte einen Bürgerkrieg, um Angola in sein Einflußgebiet zu bekommen und sich ein Aufmarschgebiet für das gesamt südliche Afrika zu schaffen.
Herrschaft über das südliche Afrika heißt für die Imperialisten auch Herrschaft über den Seeweg um Kap Horn und damit über einen Großteil der Erdölzufuhr Europas. Nicht nur die strategische Bedeutung des Gebiets für ihr Ringen um die Weltherrschaft, auch der große Rohstoffreichtum Zimbabwes lockt die beiden Supermächte.
Es besitzt insbesondere solche Rohstoffe, die für dieKriegsproduktion wichtig sind: Chrom, Nickel, Asbest, Lithium. Rhodesien ist der sechstgrößte Goldproduzent der Welt, der drittgrößte von Chrom. Seine Asbestlagerstätten sind die bedeutendsten für die westlichen Imperialisten. Mit dem Abbau von Lithium steht Rhodesien an erster Stelle.
Der US-Imperialismus hat weitgehend die Chromgewinnung unter Kontrolle. Diese will er unter keinen Umständen verlieren, denn neben Rhodesien ist die Sowjetunion der einzige große Chromproduzent und Lieferant.
Die USA, in die Defensive gedrängt, bezieht entsprechend der geänderten Lage Stellung.
Die "traditionellen Ausbeuter Zimbabwes setzen momentan voll auf eine Verhandlungslösung. Um zu retten was zu retten ist sind sie gezwungen vorzugeben, im Interesse des afrikanischen Volkes das Ziel der Mehrheitsregierung zu verfolgen. Ein stärkeres Eingreifen wird für sie immer dringender, nachdem die vomSmith- Regime inszenierten "Verfassungsgespräche" mit J.Nkomo, der sich vom ANC abspaltete, geplatzt sind.
Großbitannien, als ehemaliges "Mutterland" Rhodesiens wird von den USA vorgeschoben.
Der britsche Außenminister Callaghan erklärte, daß Smith das Prinzip der Mehrheitsregierung der Afrikaner akzeptieren müsse, damit Großbritannien an künftigen Verhandlungen teilnehme. Wenn Smith sich unterordnet sind die Briten auch "bereit, für einen bestimmten Zeitraum ein geringes Truppenkontingent nach Rhodesien zu entsenden". (NZZ, 21.2.76)
Auf Smith, der wieder einmal völlig realitätsfremd behauptet, er könne sich eine afrikanische Mehrheitsregierung nicht in 1000 Jahren vorstellen, wird dementsprechend Druck ausgeübt. Nötigenfalls muß man ihn fallen lassen.
Den westlichen Imperialisten stehen in der für sie jetzt so brenzligen Situation die persönlichen Machtinteressen und die rassistische Ideologie der weißen Siedlerpartei im Weg. Den Vorstellungen beider aber ist gemeinsam, daß der koloniale Staatsapparat erhalten bleiben muß und nur kosmetische Operationen von weiß auf schwarz an seiner Fassade vorgenommen werden sollen.
Das Volk von Zimbabwe kämpft aber gerade gegen diesen

Staatsapparat, und muß ihn zerbrechen, um politische Freiheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen. Das sind die grundlegend verschiedenen Auffassungen von Mehrheitsregierung, wie sie die Imperialisten verstehen und wie sie der ANC als Vertreter des Volkes versteht.

Deshalb waren auch alle bürgerlichen Berichterstatter entsetzt über den Abbruch der Verhandlungen zwischen Smith und Nkomo; das Volk von Zimbabwe aber feierte Freudenfeste: "Jetzt rückt die Unabhängigkeit näher!"
Nkomo spricht wieder davon, daß der bewaffnete Kampf unvermeidlich ist. Auch die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) erklärte, sie werde keine neuen Verhandlungen mit der weißen Minderheit in Rhodesien unterstützen, da sie diese in Hinblick auf die Interessen des Volkes für sinnlos halte. (Presse, 22.3.76)
Muzorewa als Präsident des ANC forderte nunmehr Nkomo auf, die ANC wieder beizutreten und geschlossen den Kampf gegen das Smith-Regime weiterzuführen. Diese Haltung entspricht dem Abkommen von Lusaka und soll den Imperialisten einen Strich durch ihre Rechnung machen, einzelne Führer und Teile der Befreiungsbewegung aus der gemeinsamen Front gegen das Smith-Regime herauszubrechen.

Die Taktik der Sowjetunion: Spaltung und Infiltration

Ein geeintes Volk, das um seine Befreiung kämpft, ist allen Imperialisten ein Greuel. Deshalb haben die Sozialimperialisten bis vor kurzem ausschließlich Nkomo und die ZAPU unterstützt. Sie haben Nkomo bei den Verhandlungen mit Smith den Rücken gestärkt, um so die Spaltung der nationalen Befreiungsfront aufrechtzuerhalten und den ANC, der konsequent den bewaffneten Volkskrieg organisiert, zu schwächen. Während diese Verhandlungen schon längst



als ein von Smith inszeniertes Manöver zur Abwürgung des Befreiungskampfes entlarvt worden sind und als solche auch von der OAU abgelehnt wurden, werden von den Sozialimperialisten "solidarische Grüße mit den Freiheitskämpfern" an die Adresse Nkomos gesandt. (Neues Deutschland, 17.3.76)

Die zunehmende Diskreditierung Nkomos und sein schwindender Einfluß im Volk auf Grund der Verhandlungen, machte es für die SU notwendig, sich von ihm jetzt abzusetzen, wie Ratten das sinkende Schiff verlassen.

Die SU liefert bereits leichte Guerilla-Waffen an die Zimbabwe-Befreiungsarmee, deren Führung sie früher immer als Spalter und CIA-Agenten bezeichnet hatte. Gleichzeitig konferierte der sowjetische Außenminister mit London über Zimbabwe und zeigt damit, wie wenig den Sozialimperialisten die Eigenständigkeit des Volkes von Zimbabwe bedeutet.

Wen oder was die Sozialimperialisten unterstützen, ob Entspannung oder Bürgerkrieg propagiert wird, bestimmt sich einzig und allein von daher, wie sie ihre räuberischen Interessen am besten verfolgen können.

Daß die SU bestrebt ist, den Kurs von Angola fortzusetzen und kubanische Truppen in die Befreiungsarmee einzuschleusen, dürfte nach ihrem Vorgehen in Angola klar sein. Damit wollen sie die Führung des Kampfes an sich reißen und so den gerechten Kampf zu künftiger Knechtung des Volkes ausnutzen.

Die USA, die gegenüber der SU in der Defensive ist, droht und warnt diese vor militärischen Eingriffen. Es besteht die Gefahr, daß durch das militärische Eingreifen beider Supermächte, bzw. diverser Verbündeter, Zimbabwe ein weiterer Kriegsschauplatz ihres Ringens um Weltherrschaft wird.

»Wir sind unsere eigenen Befreier!«

Den Absichten der Sozialimperialisten gegenüber steht die Politik des ANC, eine Politik der Eigenständigkeit und des Vertrauens auf die eigenen Kräfte. Das Beispiel Angola hat die Wachsamkeit gegenüber der Supermacht, die ihre aggressiven Herrschaftspläne unter dem Deckmantel der "brüderlichen Hilfe" und der "internationalen Solidarität" versteckt, verstärkt.
"Das Volk von Zimbabwe braucht keine zusätzliche Menschenkraft im bewaffneten Kampf, weil es ein Kampf zwischen 6 Mill. Afrikanern und 23o.000 europäischen Siedlern ist. Logischerweise ist es die Minderheit, die Hilfe braucht, um die Mehrheit zu unterdrücken. In unserer Politik folgen wir den Worten des Genossen N.Sithole: Wir sind unsere eigenen Befreier! Andere können uns nur materielle, moralische und finanzielle Hilfe geben." (Zimbabwe Chimurenga Jän./Feb.76)
Wie auch der mozambiquanische Außenminister Chissano mitteilte, befindet sich derzeit keinerlei kubanisches oder sowjetisches Militärpersonal in Mozambique und Rhodesien (NZZ, 20.3.76).
Präsident Machel erklärte, daß "die rhodesischen Afrikaner selbst ihre Unabhängigkeit erkämpfen müssen, wenn diese ihnen in Zukunft etwas bedeuten soll." (The Observer, 7.3.76)
In Übereinstimmung mit diesem Prinzip wird der Befreiungskampf durch Mozambique voll unterstützt. Nach wiederholten Überfällen rhodesischer Truppen auf mozambiquanische Grenzdörfer brach Mozambique nunmehr sämtliche noch bestehenden Verbindungen zu Rhodesien ab.

Die Unterstützung durch das mozambiquanische Brudervolk wie auch aller anderen Völker der Welt, die selber ein Interesse am Kampf gegen den Imperialismus haben, ist ein großer Ansporn und Ermutigung für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Trotz aller Manöver der Imperialisten ist das Volk im Vormarsch und hat beste Aussichten auf einen Sieg. Dieser Sieg wird ein wesentlicher Faktor für das Vorantreiben der Kämpfe der noch unterjochten Völker, insbesondere im südlichen Afrika, sein.

e.r.

Stadtschulrat wirbt für SAR



Unter Polizeischutz verläßt der südafrikanische Botschafter das Pädagogische Institut der Stadt Wien. Er hatte dort eine Propagandaausstellung eröffnet, die unter dem Vorwand Kinderzeichnungen aus Südafrika um Freundschaft für das Rassistenregime buhlt. Er wurde von einer Protestkundgebung entsprechend empfangen.
Während überall auf der Welt die Abscheu über die Appartheidpolitik der SAR wächst, läßt die Gemeinde Wien so etwas zu, ja, der Stadtschulrat forderte sogar die Volks- und Hauptschullehrer dazu auf, die Schüler dorthinzubringen. Aus Protest dagegen sammeln einige Lehrer schon Unterschriften.

Protestveranstaltungen

Wien Etwa 500 Personen nahmen an einer Protestveranstaltung gegen die VÖEST-Projekte in Südafrika und Rhodesien am 11.März teil. Auf Initiative des KSA hatten mehrere Organisationen zu dieser Veranstaltung aufgerufen. Reg September, ein Vertreter des südafrikanischen ANC, berichtete über die rassistische Politik des Voster-Regimes und die Lage im Widerstand. Er strich hervor, daß es von großer Bedeutung ist, wenn wir die österreichische Regierung zum Abbruch aller Beziehungen zwingen - seien es Handelsbeziehungen, diplomatische, kulturelle oder sportliche Beziehungen -, denn dadurch kann das Volk von Azania (Südafrika) leichter mit dem Unterdrückersystem fertig werden. Er machte klar, daß die Erlaubnis für einen verstaatlichten Betrieb in der SAR zu investieren nur heißen kann, daß die österreichische Regierung freundschaftliche Beziegungen zu den Rassisten hat.
Die Agit-Prop-Gruppe des KSA zeigte in einem Stück aus Gedichten, Texten und Dias die Geschichte der Kolonialisierung von Zimbabwe (Rhodesien) und den unerschütterlichen Freiheitswillen seiner Einwohner.
Zum Schluß wurde eine Protestresolution an die Bundesregierung geschickt und ca. 400.-Spenden gesammelt.
Linz Auf einer gutbesuchten Veranstaltung mit Reg September brachten die Anwesenden ihre Solidarität mit dem Freiheitskampf der Völker des südlichen Afrika zum Ausdruck.

VR-CHINA:

Peking Tausende Räder parken jeden Tag vor den Eingängen der beiden grossen Hochschulen Pekings, der Tjinghua- und der Beida-Universität. Hunderte Autobusse bringen aus allen Teilen der grossen Stadt und wohl auch aus anderen Gegenden des Landes Arbeiter, Bauern, Schüler, Hausfrauen, Soldaten, jung und alt hierher. Diese "Völkerwanderung" gilt den grossen Wandzeitungen (chin.: Dazibao), welche die Studenten, die Lehrer, die Arbeiter der den Universitäten angeschlossenen Fabriken, die Büroangestellten in den grossen Höfen angeschlagen haben. Die Besucher, von ihren Arbeits-, Wohn- und Ausbildungsstätten delegiert, beschreiben Seite um Seite ihrer Notizbücher, um ihren Genossen berichten zu können von den Argumenten, von der scharfen Kritik der Universitätsangehörigen an den Machthabern in Partei und Staat, die den kapitalistischen Weg gehen und vor allem von den antisozialistischen Machenschaften des grössten dieser Machthaber, Deng Hsiao-ping.

Eine grosse Debatte wird mittlerweile im ganzen Land geführt. Wie die "Volkszeitung", die Tageszeitung der Kommunistischen Partei Chinas schreibt, handelt es sich dabei um einen "grossen Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, um die Weiterführung und Vertiefung der Grossen Proletarischen Kulturrevolution und es geht dabei um die Zukunft und das Schicksal unserer Partei und des Staates". Wie diese Zukunft aussieht - stetige Vorwärtsentwicklung für die 800 Millionen oder aber zurück zur Ausbeutung - das interessiert die Volksmassen brennend. Daher haben sie aber schon gar nichts über für jene, die ihnen den zweiten Weg andrehen wollen, und stellen sich ihnen geschlossen entgegen.

Vorwärts im sozialistischen Aufbau oder zurück zum Kapitalismus - diese Frage muß immer neu entschieden werden

Worum geht es konkret in dieser grossen Debatte, warum wird von einem Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie und von einem Kampf der zwei Wege und Linien gesprochen und warum werden gewisse Leute in hohen Positionen angegriffen? Im sozialistischen Entwicklungsland China haben die Volksmassen unter der Führung der von Mao Tsetung geleiteten Kommunistischen Partei der Befreiung im Jahr 1949 das grundlegende Problem der Ernährung und Kleidung für 800 Millionen gelöst. Dies war nur möglich, weil sie die Anarchie der kapitalistischen Produktion verbannten, all die alten Ausbeuterklassen stürzten, die Produktionsmittel enteigneten und die Diktatur des Proletariats errichteten, die breiteste Demokratie fürs Volk und allseitige Diktatur über die Ausbeuter. Für das chinesische Volk hat sich gezeigt, dass - wie Mao Tsetung sagte - nur der Sozialismus China retten kann. Bei Vorwärtsschreiten zum heutigen bereits hohen sozialistischen Niveau sowohl der wirtschaftlichen Basis als auch des politischen und ideologischen Überbaus hat es gelernt, dass bei jedem Wendepunkt (wie z.B. beim genossenschaftlichen Zusammenschluss in der Landwirtschaft, bei der Verstaatlichung der Industrie usw.) sich die Frage nach dem Weg neu stellt und um



Aufmerksam notierten Delegationen aus dem ganzen Land die Argumente gegen die bürgerlichen Machthaber in der Partei, um ihren Genossen berichten zu können.

den richtigen Weg ein Kampf geführt werden muss. Dieser Kampf ist dem Wesen nach Klassenkampf. Denn es ist die Bourgeoisie, die den Weg vorwärts, den sozialistischen Weg, verstellen will und an Stelle dessen jenen zurück, den kapitalistischen Weg, durchsetzen will. Noch gibt es die alte Bourgeoisie und die alten Grundherren, die zwar die Quelle ihrer Macht, die Produktionsmittel wie Fabriken, Grund und Boden usw. und die Macht selbst verloren haben, aber noch immer von der Wiedererrichtung ihres Paradieses träumen. Sie versuchen, sich zu diesem Zweck in die Partei einzuschleichen, um "die Festung von innen zu nehmen". Dabei stehen sie im Bunde mit einer im Sozialismus ständig neu entstehenden bürgerlichen Klasse. Diese entsteht, weil die ökonomischen und ideologischen Überreste der alten Gesellschaft im Sozialismus, der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus, immer noch stark sind. Und sie ist besonders gefährlich, weil sie mitten in der Arbeiterklasse und aus einem kleinen Teil der Parteimitglieder entsteht. In der Partei gibt es auch diejenigen, von jenen gesagt wird: "Einige beteiligen sich aktiv an der demokratischen Revolution, in der Periode des Sozialismus jedoch widersetzen sie sich dem Proletariat an jedem Wendepunkt. Manche von ihnen sind ehemalige Mitläufer der Partei, aber sie waren niemals Marxisten und ihre Weltanschauung ist bürgerlich. Heute, da sich die sozialistische Revolution in die Tiefe entwickelt, schlagen sie sich auf die Seite der feindlichen Klassen, das heisst, auf die Seite der Grundherrenklasse und der Bourgeoisie." (Peking Rundschau 12/1976) Ihr Denken ist Revisionismus - eine Ideologie, die unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus ihren persönlichen, privaten Interessen dient.

Das Volk will einen Schritt nach vorn - die bürgerlichen Machthaber einen Schritt zurück

Dass nun der Klassenkampf wieder sehr scharf und heftig geworden ist, hat seine Ursachen darin, dass China neuerlich an einem Wendepunkt steht. Auf der Grundlage des bisher schon Erreichten sollen die Landwirtschaft, die Industrie, die Landesverteidigung sowie Wissenschaft und Technik bis zum Ende dieses Jahrhunderts umfassend modernisiert werden.

Der vor kurzem verstorbene grosse proletarische Revolutionär Ministerpräsident Tschou En-lai hatte in seinem Regierungsbericht im Jänner 1975, in dem dieses grosse Programm formuliert worden war, keinen Zweifel darüber gelassen, dass der entscheidende Hebel für diese grosse Entwicklung der Volkswirtschaft die bewusste Weiterführung des Klassenkampfes, der Revolution unter der Diktatur des Proletariats durch die Volksmassen ist. Kein Zweifel wurde darüber gelassen, dass im Verlauf dieser Modernisierung in den vier grundlegenden Bereichen die Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitern und Bauern, zwischen Hand- und Kopfarbeit weiter eingeschränkt werden müssen und damit ein wichtiger Nährboden eben für das Entstehen von Kapitalismus und Bourgeoisie. Das genau ist im Interesse des Proletariats und der breiten Volksmassen, weil sie ja nicht wieder ein System der Unterdrückung und Ausbeutung haben wollen, sondern vorwärts wollen zur Aufhebung aller Klassenunterschiede, zur Aufhebung der Klassen selbst, zur endgültigen Befreiung, zum Kommunismus. Nicht liegt das im Interesse all jener, die ihre Machtpositionen zu ihrem Vorteil nutzen, die gerade jenen Unterschieden ihre Vorzugsstellung verdanken und diese natürlich noch weiter ausgedehnt haben wollen, mit ihnen selbst auf der "Butterseite".

Vor kurzem sagte der Vorsitzende Mao: "Die sozialistische Revolution richtet sich nun gegen sie selbst. Während der Vergenossenschaftlichung gab es in der Partei Leute, die dagegen waren, und sie haben Widerwillen gegen die Kritik am bürgerlichen Recht. Man macht die sozialistische Revolution und weiss nicht, wo die Bourgeosie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei - es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch."

Umfassender Angriff auf die Positionen des Proletariats

Diese bürgerlichen Machthaber zeigten sich in dieser Zeit besonders "besorgt" um die Produktion, um die Durchführung der "vier Modernisierungen". Es war unter dem Vorwand, die Produktion würde leiden, dass sie versuchten, das Studium möglichst einzugrenzen und zu formalisieren. In einem Artikel der Pekinger "Volkszeitung" heisst es dazu: "Als sich die landesweite Massenbewegung zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats im vorigen Jahr in die Tiefe entwickelte, rührten sie einen 'Orkan der fachlichen Arbeit' und einen 'Orkan der Ökonomie' auf, in der vergeblichen Hoffnung, die Studienbewegung würde von diesen Stürmen verweht werden." Unter dem gleichen Vorwand griffen sie die Positionen des Proletariats im Bildungswesen an. Alles neue Dinge, die in der

Die große Debatte

Kulturrevolution entstanden sind. Die Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung der Hochschulen und die Auswahl der Studenten aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und Soldaten attackierte Deng Hsiao-ping in einer Rede (zitiert nach einer Wandzeitung in der Tjinghua) mit den Worten: "Sich auf die Arbeiter, Bauern und Soldaten stützen ist etwas Relatives, nichts Absolutes." Damit attackierte er nicht nur einen der entscheidenden Grundsätze der Parteilinie, sondern stellte sich auch gegen die Errungenschaften der Kulturrevolution, ebenso wie mit dem Ausspruch vom 26.9.1975: "Das Bildungsniveau hat die Verwirklichung der vier Modernisierungen gehemmt". Damit leugnete er die ganz offensichtlichen Erfolge, die durch den Unterricht bei offener Tür beim sozialistischen Aufbau erreicht wurden. Die Studenten, die jetzt nicht mehr nur in den Hörsälen, sondern in Fabriken und auf den Feldern studieren, wollte er wieder in die Hörsäle einsperren. Sie sollen nicht mit den Arbeitern und Bauern in Berührung kommen, von ihnen lernen, sollen sich nicht die Hände schmutzig machen. Sie sollen fleissig studieren und "gute" Experten werden, brauchbar für die Bourgeoisie. Die Absolventen der Universitäten sollen Experten sein und rot, fordert Mao Tsetung. Deng Hsiao-ping sagt: "Ob rot und Experte, oder nur Experte, in der Welt wird sein hohes Niveau auf jeden Fall anerkannt werden" (26.9.1975). Wenn der Vorsitzende Mao sagt, die proletarische Politik muss in allem die Führung haben, sagt Deng: "Keine Angst davor, zu sagen, dass die Technik das Kommando führen muss". Solchen von der Technik kommandierten Experten gibt die Bourgeoisie Privilegien, bezahlt sie gut und hätschelt sie, um sie zu ihrer Stütze und zu den ihren zu machen, wenigstens einen Teil. Den alten Intellektuellen, die in der Kulturrevolution kritisiert worden waren aber nicht bereit waren, sich zu ändern, sollte so Mut gemacht werden und sie sollten wieder leitende Positionen erhalten. "Die Pekinger Universität hat keine Verwendung für den alten Professor XXX? Man soll ihn in ein Laboratorium für Transistoren versetzen, dort kann er als Leiter arbeiten. Er kann einen Sekretär und Mitarbeiter bekommen."

Tatsächlich wurde nicht nur im Bildungswesen, sondern in allen Bereichen der Gesellschaft ein "rechter Wind" angefacht. Das Urteil, das die Kulturrevolution über den Revisionismus, den kapitalistischen Weg und die Machthaber, die diesen gingen, gesprochen hat, sollte revidiert werden. Es gefällt ihm und seinesgleichen nicht, dass die revolutionären Massen ihre Führer im Kampf hervorbringen und ihnen, nicht den alten Fachleuten, die wichtigsten Führungsaufgaben übertragen. Deshalb wetterte er: "In der letzten Zeit wurden aus den Reihen der Arbeiter und Bauern viele in leitende Positionen versetzt. Das hat keine gute Wirkung. Sie haben bei der Arbeit Schwierigkeiten, auf einmal sitzen sie in hohen Positionen, das ist für sie sehr schädlich. Deshalb müssen sie an die Basis, zur körperlichen Arbeit geschickt werden." Das gleiche behauptet er von den Jungen, die mit Alten und Mittelaltrigen in den von der Kulturrevolution geschaffenen "Dreierverbindungen" überall in den Leitungen sitzen: "Die jungen Kader der Dreierverbindung haben überhaupt keine Erfahrung. Sie müssen ausnahmslos an die Basis zurück und sich umerziehen." Hier dreht er den Sinn der Erziehung durch körperliche Arbeit, vor allem für die ideologische Umgestaltung der Intellektuellen gedacht, um und macht sie zu einem administrativen Unterdrückungsinstrument gegen solche Kader, die eine revolutionäre Linie in allen Fragen vertreten und das Vertrauen der Massen geniessen.

Er und seinesgleichen versuchten, kapitalistische Tendenzen, die die Massen in der Kulturrevolution kritisiert und beseitigt hatten, wie z.B. schikanöse Regeln und Vorschriften, die die Initiative der Massen abwürgten, die Ausrichtung der Produktion nach dem Kriterium des Profits und die Spaltung der Arbeiter durch ein Prämiensystem wieder durchzusetzen. Alle von der Kulturrevolution gefällten Urteile sollen, wenn es nach den bürgerlichen Machthabern geht, revidiert und umgestossen werden.

Aber wie der Vorsitzende Mao in einer der jüngsten Weisungen sagt: "Eine Revision der gefällten Urteile läuft dem Willen des Volkes zuwider." Diese Revision der gefällten Urteile wird unter dem Vorwand betrieben, anders könne man die "vier Modernisierungen" nicht verwirklichen. Auf der Tjinghua-Universität sagt dazu ein Student (bei einer Diskussion mit ausländischen Besuchern): "Es gibt drei Arten der Modernisierung. Die amerikanische, die sowjetische und die sozialistische. Wir wollen die sozialistische, Deng will die sowjetische."

Die "Volkszeitung" schreibt: "Diejenigen, die den Wind von rechts aufrührten, benützten die vier Modernisierungen als einen dicken Knüppel, um die sozialistischen neuen Dinge niederzuschlagen und das Proletariat anzugreifen. Sie gaben vor, die vier Modernisierungen verwirklichen zu wollen, arbeiteten aber in Wirklichkeit an der Restauration des Kapitalismus."

Mit einem roten Fähnchen gegen die rote Fahne angetreten

Aber nicht nur die "vier Modernisierungen" versuchten diese Machthaber zu einem Knüppel zu machen, sondern auch die Weisungen Mao Tsetungs. Zu verschiedenen Gelegenheiten und von einander unabhängig hatte der Vorsitzende drei Weisungen gegeben. Erstens "Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats zur Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus"; zweitens "Stabilität und Einheit fördern" und drittens "Die Volkswirtschaft vorantreiben". Die erste dieser Weisungen ist die wichtigste. Ihre Durchführung soll das chinesische Volk besser für den Klassenkampf rüsten und sie steht in Verbindung mit dem Aufruf Mao Tsetungs: "Niemals die Existenz von Klassen und Klassenkampf vergessen!" Die beiden anderen sind dem untergeordnet. Nur wenn der Klassenkampf als Hauptkettenglied angepackt wird, kann Stabilität und Einheit erreicht und die Volkswirtschaft vorangetrieben werden.
Deng-Hsiao-ping aber sagte am 29.5.1975: "Die drei wichtigen Weisungen des Vorsitzenden Mao, das ist das Hauptkettenglied für alle verschiedenen Arbeiten von jetzt an. Diese drei Weisungen sind miteinander verbunden und dürfen nicht voneinander getrennt werden, keine darf vergessen werden." Indem die drei Weisungen auf die gleiche Ebene gestellt werden, wird geleugnet, dass es der Klassenkampf ist, der beachtet und bewusst geführt werden muss. Deng und seine "Hausmacht" unterdrückten die revolutionären Massen, indem sie je nach Bedarf einmal mit der Weisung "Stabilität und Einheit", dann wieder mit "Vorantreiben der Produktion" gegen die Revolutionäre vorgingen. Er schwenkte, wie gesagt wird, ein rotes Fähnchen gegen die rote Fahne.
Als die revolutionären Massen dies aufdeckten, bestätigte der Vorsitzende Mao ihre Kritik und sagte: "Was soll das, 'die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten'! Stabilität und Einheit heisst nicht, den Klassenkampf aufgeben; der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied, alles andere hängt von ihm ab." Damit wandte er sich gegen das umfassende Programm der Restauration des Kapitalismus durch die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg. Dass die jetzt Angegriffenen nach ihrer Verurteilung durch die Kulturrevolution wieder leitende Funktionen erhalten hatten, hat seinen Grund in der Kaderpolitik des Vorsitzenden Mao und der Partei. Danach wird jedem, der Selbstkritik übt und seine Fehler tiefgehend analysiert, Gelegenheit gegeben, dies auch in der Praxis zu beweisen. Vertrauen ihm die Massen wieder, kann er auch wieder sehr hohe Positionen erlangen. Diese Politik hat sich in den langen Jahren der Revolution sehr bewährt. Eine grosse Zahl der Kritisierten hat tatsächlich den richtigen Weg beschritten. Aber natürlich gibt es einige, die weiterhin schwanken. Und "einige gaben zwar am Höhepunkt der Massenkritik klein bei, versuchten aber, das über sie gefällte Urteil wieder umzustossen, sobald sich der Sturm gelegt hatte." Von diesem Schlag ist Deng Hsiao-ping. Auch jetzt werden er und seinesgleichen wohl Gelegenheit haben zu einer neuerlichen Selbstkritik - wie immer wieder von Vertretern der Massen versichert wird.

Seit November des Vorjahres findet diese grosse Debatte statt. Sie begann in der Tjinghua-Universität. Der unmittelbare Anlass waren zwei Briefe, die einige Mitglieder des Revolutionskomitees, ohne den Inhalt mit den anderen zu diskutieren, an den Vorsitzenden Mao geschrieben hatten. In diesen Briefen führten sie Klage über eine angebliche rechte Tendenz, die in linkem Gewand auftrete und sich gegen die Linie des Vorsitzenden für das Bildungswesen wende. Tatsächlich wollten sie sich für ihren Angriff auf die Positionen des Proletariats im Erziehungswesen und ihre revisionistische Linie die Zustimmung des Vorsitzenden Mao sichern. Aber Mao setzte seine Autorität in anderer Weise ein, als sie es gehofft hatten. Mao Tsetung sagte, wenn es verschiedene Ansichten gäbe, sollten die Massen eine grosse Debatte durchführen und dadurch richtig von falsch trennen. Die grosse Debatte begann. "Grosse Unordnung im ganzen Land führt zu grosser Ordnung. Und so wiederholt es sich alle sieben oder acht Jahre. Die Teufel und Dämonen kommen von selbst hervor. Ihre Klassennatur bedingt, dass sie bestimmt auf den Plan treten." (Mao Tsetung)

28.3.1976 P.St. dzt.Peking

Seit 10 Jahren gibt es in Polen wieder eine marxistisch-leninistische Partei, die sich im Kampf gegen den revisionistischen Verrat der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gegründet hat.

Seit 10 Jahren führt die KP Polens den illegalen Kampf gegen die faschistische Diktatur der neuen Bourgeoisie und den russischen Sozialimperialismus.

Wir veröffentlichen nachstehend Auszüge aus einem Interview des "ROTEN MORGEN" mit dem Vorsitzenden der KP Polens, Genossen Kazimierz Mijal.



Das in der Illegalität erscheinende Zentralorgan der KP Polens „Rote Fahne".

Interview mit Genossen Mijal, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Polens

RM: Kannst Du uns berichten, welche Schwierigkeiten beim Kampf in Deinem Land auftreten und worin sich der Druck und die Verfolgung durch das sozialfaschistische Regime ausdrücken?

Genosse Mijal: Es ist für das Proletariat einfacher, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, wenn sie unmittelbar die Macht ausübt als wenn das durch Agenten von der Art der Gierek-Clique geschieht, die in der Maske der „Volksfreunde" auftreten. Die hauptsächlichen Schwierigkeiten ergeben sich aus der ideologischen, gesellschaftlichen und politischen Unfreiheit, in der die polnische Arbeiterklasse gegenwärtig leben muß. Diese Unfreiheit dient der Entwicklung des Kapitalismus und der Herrschaft der revisionistischen Diktatur der Bourgeoisie sowie der Besetzung des Landes durch den sowjetischen Sozialimperialismus.

In Polen befindet sich die Klasse der revisionistischen Bourgeoisie an der Macht. Sie stellt Großmachtansprüche unter dem Motto des sogenannten „Zweiten Plenes, das zählt" und fließt zugleich über von einem geradezu schandbaren Servilismus gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus.

Die Atmosphäre des Verrats am revolutionären Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus lastet über dem gesamten Leben in Polen. Schließlich stellt die Notwendigkeit der illegalen Tätigkeit der KP Polens selbst eine gewisse Schwierigkeit bei der Organisierung des revolutionären Kampfes gegen die reaktionäre, politisch-ideologische Unterdrückung und gegen die Feinde der Arbeiterklasse dar.

Was den zweiten Teil der Frage betrifft, so haben der Druck und die Verfolgung durch das revisionistische Regime von Polen ein breites Spektrum – von sogenannten „Aussprachen" mit Leuten, die der Feindschaft gegenüber der bourgeoisen Gierek-Clique verdächtig sind, bis hin zu Verhaftungen, Verurteilungen und fingierten „Selbstmorden". Das sozialfaschistische Regime in Polen wird gegen jede Form der politischen Opposition aktiv, besonders jedoch gegen revolutionäre Menschen.

RM: Was charakterisiert die gegenwärtige Lage der polnischen Arbeiterklasse?

Genosse Mijal: Der Verlust der Macht durch den konterrevolutionären Umsturz von 1956. Gegenwärtig ist die Arbeiterklasse nicht die herrschende Klasse. Die Macht in Polen befindet sich in den Händen der Diktatur der Bourgeoisie. Das Proletariat kämpft um den Sieg der sozialistischen Revolution und die Wiedererrichtung seiner Diktatur. Der Vorhut der polnischen Arbeiterklasse, ihr am meisten revolutionärer und politisch bewußter Kern, wird es immer bewußter, daß der Hauptfeind des Proletariats gegenwärtig die einheimische revisionistische Bourgeoisie und deren Bundesgenosse, der sowjetische Sozialimperialismus, ist.

RM: Worin drückt sich die politische Unfreiheit und die wirtschaftliche Durchdringung Polens durch den russischen Sozialimperialismus aus und welche Folgen hat das für die Arbeiterklasse und die Masse der Werktätigen?

Genosse Mijal: Der sowjetische Sozialimperialismus hält Polen besetzt. Er begrenzt damit Polens Souveränität und macht das grundlegende Recht des polnischen Volkes auf ein unabhängiges Leben zunichte. Die gegenwärtige Regierung der revisionistischen Quislinge in Polen beschließt weder über die Verteidigung des Landes noch über die Außenpolitik Polens. Beides entscheidet Moskau. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion ergibt sich aus der Unterordnung seiner wirtschaftlichen Entwicklung unter die Interessen und Bedürfnisse des sowjetischen Sozialimperialismus. Auf dieser Grundlage entwickelt sich im Rahmen der RGW auch der polnische Außenhandel, die Politik der Ausnutzung ausländischer Kredite, die Investitionstätigkeit, die Festlegung der Einzelhandelspreise und des Wertes des Transfer-Rubels. Endgültig findet diese Politik ihren Ausdruck in einem entsprechend ungünstigen Nationaleinkommen Polens. Die Sowjetunion nutzt das unterschiedliche Niveau in der Entwicklung und Anwendung von Wissenschaft und Technik in der Produktion aus und zieht alle Vorteile des kapitalistischen Maximalprofits aus der polnischen Wirtschaft. Darüber hinaus muß der polnische Export in erster Linie die dringenden Bedürfnisse der UdSSR befriedigen. Das gleiche geschieht in Bezug auf die Versorgung des inländischen Marktes. Das alles führt zu zusätzlichen Zahlungsschwierigkeiten, verringert die Deviseneinflüsse und darüber hinaus das zur Verteilung anstehende Nationaleinkommen. Die negativen Folgen bekommen vor allem die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen zu spüren.

RM: Welche Rolle spielen der USA-Imperialismus und der westdeutsche Imperialismus?

Genosse Mijal: Der US-amerikanische und der westdeutsche Imperialismus behandeln Polen als den größten Satelliten des sowjetischen Sozialimperialismus mit einer genügend starken Rohstoffbasis, einem bedeutenden und vielfältigen Markt und mit alten kulturellen und Emigrationsbindungen unter der bürgerlichen Intelligenz und den bäuerlichen Schichten. Neben den fortschrittlichen und revolutionären Traditionen existiert in Polen auch eine bedeutende gesellschaftliche Basis für bourgeoise und geradezu rekationäre Sympathien. Unabhängig von diesen ideellen und politischen Bedingungen behandeln beide Imperialismen Polen als einen Markt, der ihnen heute und in Zukunft Vorteile schafft bei billigen Rohstoffen, Halbfabrikaten und Arbeitskräften. Bei der Zusammenarbeit von Industrie und Handel mit der DBR und den USA spielt Polen die Rolle des Zulieferers. Der Westen hingegen liefert die Technologie und streicht dafür Maximalprofite vom polnischen Volk ein. Die Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und dem Westen erfolgte – entgegen dem Eigenlob der Gierek-Clique – auf Initiative beider Imperialismen und im Zusammenhang mit der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftskrise im Kampf um neue, sogar sehr kleine Märkte für den Absatz und die Versorgung mit Rohstoffen.

Durch die Aktivierung und Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit sowie durch den Kulturaustausch beleben und verstärken beide Imperialismen die Bindung aller prowestlichen Elemente in Polen an sich selbst. Das gilt vor allem für die reaktionären Schichten der bourgeoisen Intelligenz, wobei wiederum die Überflutung Polens durch importierte bürgerliche und dekadente westliche Kultur eine große Rolle spielt. Das alles ist nicht ohne Bedeutung für den gesamten internationalen Imperialismus bei der Rivalität der beiden hegemonistischen Mächte um Einflüsse in Europa und um die Beherrschung der Welt.

Welche Kampfform wendet die polnische Arbeiterklasse infolge dieser schweren Bedingungen in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und sozialfaschistische Unterdrückung an?

Genosse Mijal: Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das konterrevolutionäre Regime der Gierek-Clique hat einen ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Charakter. Am meisten verbreitet sind zur Zeit jedoch verschiedene Formen des ökonomischen Kampfes. An ihm nehmen breite Massen der Arbeiter teil.

Dieser Kampf betrifft die Löhne, die Arbeitsnormen, die Arbeitssicherheit, den Stillstand durch mangelnde Versorgung im technisch-materiellen Bereich usw. Diese Kämpfe überschreiten auch die Grenzen der einzelnen Fabriken und zwar als Folge der immer größeren Mängel in der Versorgung des Marktes mit Waren des täglichen Gebrauchs. Wie die Arbeiter ihre Losungen und Forderungen bekannt machen, hängt ab von den örtlichen Gegebenheiten. Um die illegale Organisation nicht zu enttarnen, geschieht es über örtliche Gewerkschaftsdelegierte oder über immer andere Arbeiter. Bei größeren Konflikten bilden die Arbeiter Delegationen, die der Verwaltung ihre Forderungen unterbreiten sollen. Während der Dezember-Ereignisse (1970) bildeten die Arbeiter Streikkomitees und auch Stadtkomitees, wie z. B. in Stettin. Bei Wahlen zu Gewerkschaftsorganen und anderen Arbeiterorganisationen findet die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen in Fragen und Kritiken einen politischen Ausdruck. Die revisionistischen Kandidaten der Verwaltung werden bei geheimer Abstimmung massenhaft durchgestrichen und neue Vertreter werden gewählt. Die Handgreiflichkeiten der Arbeiter mit der Bourgeoisie und kurze Streiks beschränken sich nicht auf kleine und mittlere Unternehmungen. Auch in den größten Fabriken brechen explosive Konflikte aus und bringen derzeit für die Gierek-Clique die Gefahr mit sich, daß sich die Lage verschärft oder die Streikbewegung auf andere Fabriken übergreift.

RM: Wie ist die Haltung der KP Polens in diesem Kampf?

Genosse Mijal: Unsere wichtigste Aufgabe ist es, den Verrat der Gierek-Clique am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus und die hegemonistische Politik des sowjetischen Sozialimperialismus prinzipiell zu entlarven. Wir entlarven die Unterordnung der polnischen Renegaten des Kommunismus unter den sowjetischen Sozialimperialismus, ihre resignative Haltung bei der Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität Polens. Wir entlarven die Absage der polnischen revisionistischen Agenten der Bourgeoisie an die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats, ihr Einschwenken auf den Weg des bürgerlichen Reformismus, der Klassenzusammenarbeit; ihre Versöhnung mit der einheimischen und der internationalen Bourgeoisie und Reaktion und den konterrevolutionären Charakter der Verstärkung der Beziehungen mit dem monopolistischen Großkapital des amerikanischen, französischen und englischen Imperialismus. Gleichzeitig betonen wir, daß es notwendig ist, die spontanen Kämpfe der Arbeiter in einen immer besser organisierten Kampf umzuwandeln, wobei wir alle uns zugänglichen legalen und illegalen Möglichkeiten ausnutzen. Unser Ziel ist die Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse bei ihrem Handeln.

Wir wissen, daß unser Kampf schwer und langandauernd ist. Aber wir wissen auch, daß der endgültige Sieg der Arbeiterklasse in unseren beiden Ländern und auf der ganzen Welt gehört. Wir vergessen die Verpflichtungen, die sich für uns aus dem proletarischen Internationalismus ergeben, nicht. Wir verbinden unseren Kampf mit dem Kampf der gesamten internationalen Weltbewegung des Marxismus-Leninismus.

Staat plündert Pensionskassen

Die Wirtschaftskrise zwingt den bürgerlichen Staat mit allen Mitteln die staatliche Ausplünderung zu verstärken. Er benötigt immer mehr Geldmittel, um die Bedingungen für die Konkurrenzwirtschaft der Kapitalisten zu verbessern. Auch um die politischen Interessen der Kapitalisten besser wahrnehmen zu können, braucht der Staat mehr Geld. Muß er sich doch auf die sich verstärkenden Klassenkämpfe vorbereiten und den staatlichen Unterdrückungsapparat ausbauen.

Aber nicht nur der Einführung und Erhöhung neuer Steuern und Tarife und des Drucks auf den Lohn der öffentlich Bediensteten bedient er sich dabei. Auch die Plünderung der Kassen der Sozialversicherung führte er seit jeher schon durch. Im Mittelpunkt standen dabei vor allem die Pensionskassen, bilden sie doch den Löwenanteil des Budgets der Sozialversicherung.

So bezahlten die Kapitalisten mit den von den Werktätigen eingezahlten Pensionsbeiträgen im Faschismus die Kanonen, mit denen sie dann die Arbeiter für ihre Profite in den Tod schickten. Nach dem 2.Weltkrieg wurde zwar der bürgerliche Staat gezwungen, die Pensionskassen zu stützen, doch auch dieses Geld holt er sich ja mittels Steuern größtenteils von den Werktätigen. Den Kapitalisten ist es aber trotzdem lieber, wenn solche Gelder für "nützlichere" Dinge wie Subventionen usw. ausgegeben werden.

In der "Konjunkturflaute" 1968 kürzte die ÖVP, die damals die Geschäfte der Kapitalistenklasse führte, den Staatszuschuß an die Pensionskassen. Daran hielt sich auch die SPÖ, als sie 1970 an die Regierung kam.

Mit der 29. ASVG-Novelle wurde dieser Bundeszuschuß überhaupt gestrichen, seither wird nurmehr der Fehlbetrag + 1,5% des Aufwands vom Staat ersetzt. Doch nicht genug damit. Seit zwei Jahren muß die Pensionsversicherung der Arbeiter infolge der zu knapp berechneten Zuschüsse ihre ohnehin geringen gebundenen Rücklagen angreifen. 1974 sparte sich der Staat damit 300 Millionen und 1975 340 mio.Schilling.

Besonders deutlich jedoch wurde der Versuch der Plünderung der Pensionskassen vorigen Frühling, als Androsch plante, eine Milliarde aus den Überschüssen der PVA der Angestellten zu den Arbeitern unzuschichten. Er hätte damit erreicht, daß sich die Arbeiter und Angestellten in den Haaren gelegen wären, er jedoch als strahlender Engel dagestanden wäre, der sich damit eine Milliarde an Bundeszuschüssen erspart und damit zugleich seine ohnehin zerrütteten Finanzen vor den Wahlen ein bißchen auffrisiert hätte.

"Leider" jedoch war dies wegen der gesetzlichen Lage nicht möglich. Mit der 32.ASVG-Novelle beseitigt der Staat nun dieses Hindernis, das er sich nach dem 2.Weltkrieg noch auferlegen mußte.

Trotzdem aber fand Androsch auch im Jahr 1975 Mittel und Wege an Staatszuschüssen zu sparen, damit den Kapitalisten mehr Gelder für die angeschlagene Profitwirtschaft zur Verfügung stehen. Und zwar erreichte er das durch Kreditaufnahmen der PVA der Arbeiter, die diese nehmen mußte, weil er einfach keine monatlichen Vorschüsse mehr gewährte:

Monatliche Vorschüsse auf den Bundesbeitrag für das Jahr 1975 :

		kurzfristige Kredite
April	1.545 mio.	320 mio.
Mai	1.000 mio.	1.190 mio.
Juni	749 mio.	920 mio.
Juli	---------	970 mio.
August	---------	1.060 mio.
Sept.	---------	1.450 mio.
Okt.	---------	1.330 mio.
Nov.	1.000 mio.	1.115 mio.
Dez.	3.406 mio.	900 mio.

Die PVA der Arbeiter war dadurch gezwungen, in diesen Monaten, wo der Bundeszuschuß ausblieb, erhöhte Kredite aufzunehmen und im Oktober und November sogar längerfristige Kredite mit ungünstigerem Kreditsatz: Im Oktober 2.080 Millionen, im November 720 mio.Schilling.

Alleine aus den Zinsen dieser Kredite entstand der PVA der Arbeiter eine Belastung von rund 89,6 Mio.S.

Wie auch die staatliche Verschuldung im Imperialismus immer größere Ausmaße annimmt, genauso gesetzmäßig ist es, daß der bürgerliche Staat versucht, seine Finanzkrise auf Kosten der arbeitenden Menschen zu beheben. Der Griff auf die Pensionskassen wird zu einer ständigen Erscheinung, ähnlich wie die laufende Erhöhung und Neueinführung von Steuern und Gebühren.

Die sich weiter zuspitzende Krise der kapitalistischen Wirtschaft wird auch die Finanzschwierigkeiten des bürgerlichen Staates vertiefen. Und damit notwendigerweise die Versuche verstärken, auf Kosten des Volkes rauszukommen. Die 32.ASVG-Novelle ist ein solcher Versuch. Weitere werden folgen. Die Arbeiterklasse muß sich darauf vorbereiten und gegen diesen Raubzug aufstehen. p.b.

»Selbstverwaltung« in der Praxis

Der Staat hat Sozialversicherung fest in der Hand

Um Verschlechterungen auf dem Sozialsektor zu rechtfertigen, wird immer wieder darauf verwisen, daß die Sozialversicherung ja schließlich von den Werktätigen selbstverwaltet sei. Auf diese Idee können allerdings nur einige Juristen kommen, die vielleicht einige Paragraphen mit dieser Überschrift im ASVG finden.

Die Mehrheit der Werktätigen haben hier ganz andere Erfahrungen. Oder kommt man etwa auf die Idee, wenn man sich am Arbeitsamt anstellt, bürokratisch schikaniert wird, gezwungen wird, eine schlechter bezahlte Arbeit anzunehmen usw., daß das Arbeitsamt von den arbeitenden Menschen verwaltet wird?

Die meisten Werktätigen haben spontan die Ansicht, daß es sich bei Krankenkassen, Arbeitsämtern usw. um Ämter handelt, d.h. um staatliche Einrichtungen.

Diese Ansicht ist nicht einmal so unrichtig. Durch Gesetze regelt der Staat die Belange der Sozialversicherung. Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz(ASVG) ist das schmale Korsett, in dem sich die Versicherungsträger kaum rühren können. Sollte sie dies vielleicht doch einmal tun wollen, so ist genügend vorgesorgt. Der Staat macht sich im ASVG zur obersten Aufsichtsbehörde der "Selbstverwaltungsorgane":

§ 448: "Der Versicherungsträger und der Hauptverband samt ihren Anstalten und Einrichtungen unterliegen der Aufsicht des Bundes. Die Aufsicht ist vom Bundesministerium als oberster Aufsichtsbehörde auszuüben."

Der Staat kann Beschlüssen der "Selbstverwaltungsorgane" aufheben, Änderungen vonSatzungen und Krankenordnungen verlangen und diese auch selbst vornehmen, sollte nicht entsprechend gespurt werden. Er kann die Einberufung von bestimmten Sitzungen verlangen, bei Nichtentsprechung diese selbst einberufen und leiten, Beobachter mit beratender Stimmen entsenden, die jedoch Einsprüche mit aufschiebender Wirkung erheben können. Sollte dies alles nichts nützen, so kann der Staat auch die Selbstverwaltung zerschlagen und die Sozialversicherung wieder offen in die Hand nehmen:

§ 451: "Die oberste Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Verwaltungskörper, wenn sie ungeachtet zweimaliger schriftlicher Verwarnung gesetzliche oder satzungsmäßige Bestimmungen außer acht lassen, aufzulösen und die vorläufige Geschäftsführung und Vertretung vorübergehend einem vorläufigen Verwalter zu übertragen."

Mit dem Dreh der Selbstverwaltung gibt sich der Staat neutral als über den Klassen stehend und läßt zudem die Kosten der Verwaltungsarbeit von den Versicherten selbst bezahlen. So ist, z.B., sogar die Aufsicht des Staates durch eine eigene Gebühr von den Versicherungsbeiträgen an den Staat zu entrichten.

In den "Selbst"verwaltungsorganen sieht es nicht viel besser aus. Überall sitzen die Interessensvertretungen der Kapitalisten und in den wichtigen Überwachungsausschüssen haben sie sogar die Mehrheit.

Nicht der ÖGB darf die Interessen der Werktätigen in der Sozialversichetung vertreten, sondern die zuständigen Kammern. Diese sind aber als ständische Interessenvertretung vom Staat geschaffen worden und keine Organisation der Arbeiter und Angestellten. Die Werktätigen können auf sie keinen Einfluß nehmen. p.b.

Reform, des Hilflosenzuschusses:

plumper Taschenspielertrick

Für 60.000 Menschen, die gesetzlich als Hilf lose anerkannt werden, soll mit der 32. ASVG-Novelle eine wesentliche Verbesserung eintreten. Nicht mehr die Höhe der Pension wie bisher, auch nicht der Grad der Hilf losigkeit, wie die ÖVP bei den Nationalratswahlen vorgeschlagen hat, soll die Höhe des Hilf losenzuschusses bestimmen. Jeder Hilf lose soll einen einheitlichen Betrag als Unterstützung erhalten.

Mit diesem Verbesserungsvorschlag gingen die bürgerlichen Parteien schon vor den Wahlen um Wählerstimmen hausieren. Jetzt - so wird mit Stolz auf die neue Novelle verwiesen - soll dies Wirklichkeit werden.

Wenn sich auch so mancher kranke Pensionist gefreut haben mag, und hoffte, dass er nun bald eine Aufbesserung für sein schmales Geldbörsel bekommt, muss man ihn enttäuschen. Erst Anfang der achtziger Jahre gibt es einen einheitlichen von der Höhe der Pension unabhängigen Betrag. Auch wird dieser nicht an der Obergrenze vereinheitlicht. Ganz im Gegenteil! Der Höchstbetrag im Jahre 1977, der dann S 2.2oo,-- betragen wird, wird festgehalten, sodass vier, fünf Jahre später ein einheitlicher Hilf losenzuschuss in der Höhe von S 2.2oo,-- herauskommt. Haben heute Pensionisten bei einer entsprechenden Pension die Möglichkeit, S 2.061,-- als Hilf losenzuschuss zu bekommen, so sollen sie Anfang der achtziger Jahre um glatte S 14o,-- mehr bekommen. Ein Hohn und eine tatsächliche Verschlechterung durch die laufende Geldentwertung!

Es gehört schon eine gehörige Portion an Frechheit dazu, diese Reform als Verbesserung hinzustellen.

Eine Vereinheitlichung und Unabhängigkeit des Hilf losenzuschusses ist natürlich schon längst notwendig. Doch kann dies nur auf der Grundlage einer ausreichenden Erhöhung geschehen! Heute bekommt man die halbe Pension, mindestens S 1.o31,--, höchstens S 2.o61,--. Wenn man bedenkt, dass man als "hilflos" nur dann anerkannt wird, wenn man einer ständigen Betreuung und Pflege bedarf, so erkennt man, dass dieser Betrag keineswegs ausreichend ist. Der Zuschuss müsste in einer Höhe sein, die es ermöglicht, die Kosten für eine Pflegeperson zu bestreiten, also mindestens S 4.ooo,--.

Fortsetzung auf S. 12